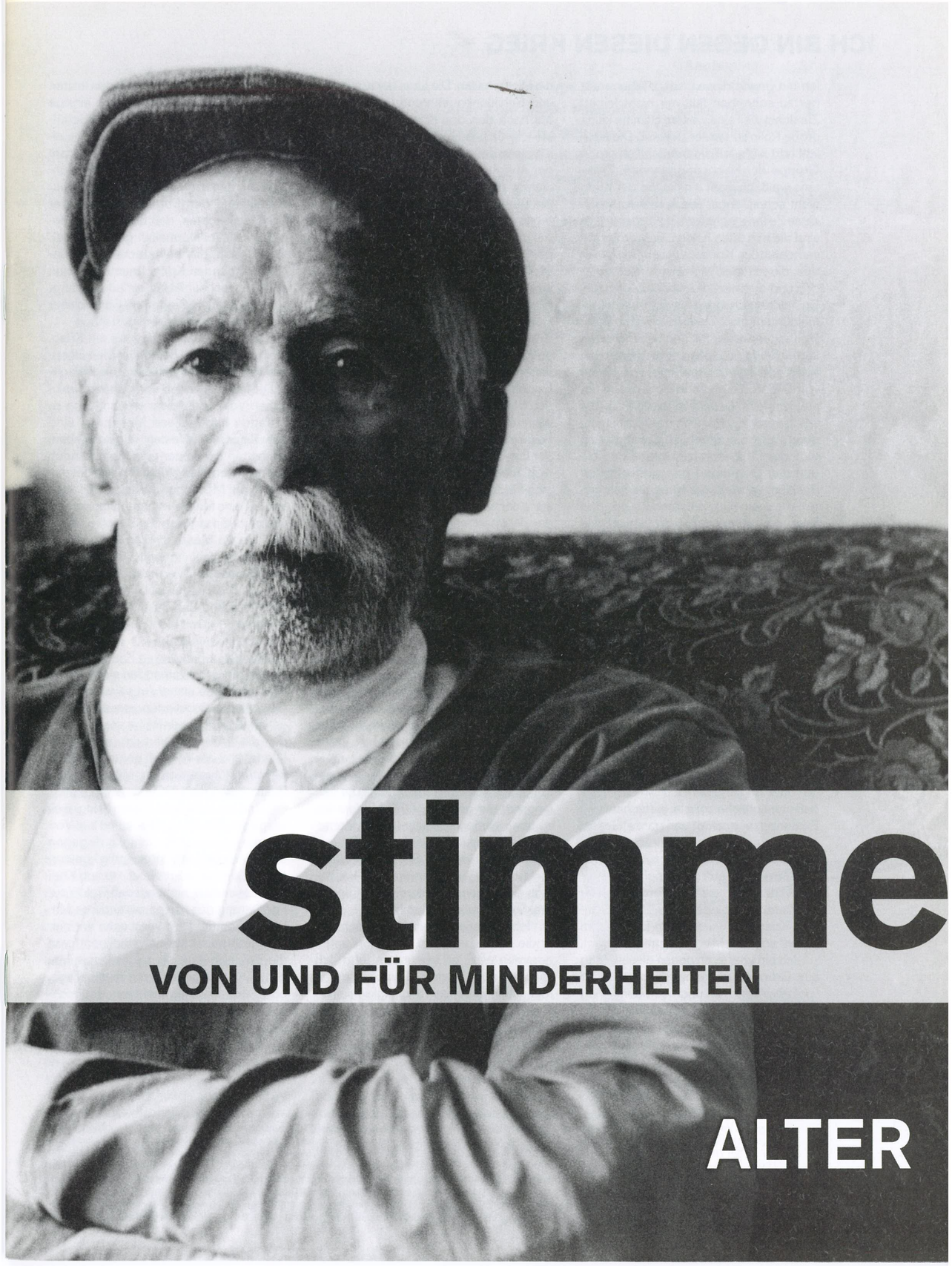
Zeitschrift der Initiative Minderheiten N° 46 / Frühjahr 2003



# stimme

## VON UND FÜR MINDERHEITEN

## ALTER

# ICH BIN GEGEN DIESEN KRIEG

Ich bin *gegen* diesen Krieg! Aber darüber zu schreiben fällt mir nicht leicht. Zunächst weil eine weitere Stimme keine große Rolle zu spielen scheint: Die Realität hört nicht auf die beträchtlich große Gruppe der KriegsgegnerInnen. Zweitens weiß ich nicht einmal, ob der Krieg nicht schon längst aus sein wird, wenn diese Zeilen erscheinen. Vollzogene Akte sind die härtesten Fakten. Es werden die verheerenden Konsequenzen übrig bleiben, die mit allen Mitteln verwischt werden und durch mediale Absenz glänzen. Und drittens handelt es sich bei Wortmeldungen um Schwarzweiß-Debatten: Man ist entweder für den Krieg und ein Menschenfeind, oder man ist gegen den Krieg und ein nützlicher Idiot im Dienste von Diktatoren. Solche Polarexpeditionen ins Reich des intellektuellen Wortes erschweren die Position des Pazifismus; denn nicht die angeblich „zwingenden Gründe" für *diesen* konkreten Krieg bilden den Gegenpart der pazifistischen Position, sondern der Krieg als solcher. Solange wir nicht imstande sind, den Krieg in all seiner sinnlosen Gewalt, seinen komplexen Verwicklungen in unterschiedliche Interessen und seiner Eigendynamik sichtbar zu machen und zu disqualifizieren, werden wir bald wieder dieselben Argumente und Gegenargumente unter einem neuen Titel (Krieg gegen den Iran, gegen Syrien, gegen Nordkorea ...) diskutieren müssen.

Ich bin aber auch gegen *diesen* Krieg – aus Gründen, die jeder Mensch mit Hausverstand als naheliegend empfindet. Ich will beispielsweise nicht, daß Menschen ermordet werden, lebenslange körperliche und seelische Verletzungen davontragen, unter Kälte, Hunger oder Angst leiden. Ich bin dagegen, daß menschliche soziale, wirtschaftliche Existenzen vernichtet und ganze Gesellschaften in die Steinzeit zurückbombardiert werden. Ich finde es schlimm, daß die Umwelt zerstört, menschliche Produktivkraft und materielle Ressourcen für die Zerstörung eingesetzt werden (an einem Kriegstag wurden nun Bomben im „Wert" von 500 Mio. Dollar abgeworfen).

Ich bin aber auch gegen diesen Krieg aus Gründen, die einen Schritt weiter „politisch" sind: Im und nach dem Krieg wächst der Rassismus, gedeihen Vorurteile, entstehen langwährende Feindschaften. Und: Im Krieg verlieren immer die Minderheiten. Die Lage der KurdInnen und SchiitInnen während und unmittelbar nach den drei Kriegen im Irak sind ein lehrreiches Beispiel dafür. Während ich diese Zeilen schreibe, am dritten Tag der Angriffe auf den Irak, droht ein ernster Parallelkrieg zwischen der türkischen Armee und den kurdischen Milizen.

Schließlich bin ich aus Gründen der „inneren Kohärenz" (Umberto Eco) gegen diesen Krieg. Jeder Krieg ruft zugleich den nächsten hervor *und* macht ihn unmöglich. Das hat eine endlose Spirale zur Folge. Nach einem Krieg sinkt die Hemmschwelle zur nackten Gewalt, Bomben werden schneller als Lösungsoption herangezogen. Die Schere zwischen der Legitimation („chirurgischer Eingriff") und der Realität mit den vielen „Kollateralschäden" macht indes einen weiteren Krieg prinzipiell unmöglich. Die Folge ist eine Steigerung der Argumente, der Instrumente und der Vehemenz. Vor nicht langer Zeit, im Zuge des Afghanistan-Feldzugs der USA, hatte ich in dieser Kolumne notiert: Die Kriege, in die der „Westen" verwickelt ist, müssen zunehmend *im Namen der Vernunft* geführt werden. Die Kriegsführung muß, einem inneren Paradoxon „westlicher" Werte gehorchend, jederzeit und an jedem ihrer Mittel als „rational" entzifferbar sein. Und diese Rationalität hat stets feinere Formen anzunehmen: Wollte man mit der Herstellung der Atombombe den größtmöglichen Schaden mit möglichst wenig Aufwand erreichen, muß heute mit größtmöglichem Aufwand der kleinste Schaden erzielt werden – der kleinste Schaden mit der größten Wirksamkeit. Diese Skala ist nach oben offen. „Eine neue Qualität der Waffen und der Kriegsführung" attestieren Militärfachleute (die langsam die gesamte ORF-Moderation zu übernehmen scheinen) und Möchtegern-Feldherr-Journalisten den USA und meinen damit wohl die Spirale der Kriegstechnologie. Diese Technologie hat bereits eine Eigendynamik, die den Frieden praktisch unmöglich macht.

Ich bin gegen diesen Krieg, auch weil er die Werte, in deren Namen er unternommen wird, ad absurdum führt. Ich kann nicht für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte sein und zugleich einen Zustand schaffen, der Freiheit, Demokratie und Menschenrechte aufhebt: mit dem Verweis, es handle sich um einen *Ausnahmezustand*. Aber seit den letzten 20 Jahren gab es nahezu keine einzige Periode, in der etwa die USA als Schützerin der „westlichen Werte" nicht in einen Krieg verwickelt waren. Langsam sollte es auch den „dankbaren" Bewunderern, den berauschten Hans Rauschern und den Eugen Freunden der USA, einleuchten, daß der „Ausnahmezustand" zum Normalfall geworden ist. Wenn sich die selbsternannten friedensbringenden Kräfte ununterbrochen auf Kriegsschauplätzen befinden, drängt sich die legitime Frage auf, wann dieser Friede denn endlich kommen möge.

Ja, und ich bin gegen diesen Krieg, weil er ein kulturell geformtes Menschenbild vermittelt, das zutiefst rassistisch geprägt ist. Alle reden vom „armen irakischen Volk", das leider diesen Krieg zu ertragen habe. Diese Menschen sind aber für uns im „Westen" nacktes Leben, als hätten sie weder eine Psyche noch Wünsche oder als stünde ihnen nicht das Recht auf Menschenwürde zu. Sie werden als eine Masse wahrgenommen – so wie zuvor die afghanische Bevölkerung –, weil sie als Masse *präsentiert* werden. Unlängst befahl ihnen ihr Angreifer, der amerikanische Verteidigungsminister Rumsfeld, sie hätten sich in den Bunkern zu verstecken und ihr Land ja nicht zu verlassen – damit nicht noch ein Flüchtlingsproblem entsteht.

Ich bin gegen diesen Krieg, weil alle Anzeichen dafür vorhanden sind, daß er nicht der letzte seiner Art sein wird – im Gegenteil: Wir befinden uns, so scheint es, am Anfang einer Reihe von Kriegen, die die USA im Namen „westlicher Werte" und der Vernunft gegen den Rest der Welt führen werden. Mit oder ohne Zustimmung der UNO.

Und ich bin gegen diesen Krieg, weil ich gegen den Krieg als solchen bin. Vergessen wir nie: die „Schurken", gegen die heute ein Krieg „notwendig" geworden ist, sind allesamt Produkte von Kriegen. Lassen wir nicht zu, daß Politik zur Fortführung des Kriegs mit anderen Mitteln verkommt! Und vergessen wir nie: Eine Bombe ist nur so „intelligent" wie die Befehlshaber, die sie abfeuern lassen! (Doch frage ich mich dieser Tage, ob in diesem Krieg nicht ein Ungleichgewicht zugunsten der Bomben in Sachen Intelligenz besteht.)

**Hakan Gürses**

## impressum

**STIMME von und für Minderheiten** ist das vierteljährliche Vereinsblatt des Vereins zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten (Initiative Minderheiten). Medieninhaber und Verleger: Bürgerinitiative Demokratisch Leben, Klostergasse 6, A-6020 Innsbruck; Herausgeber: Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten (Initiative Minderheiten), Gumpendorfer Str. 15/13, 1060 Wien, Tel: 01/586 12 49-12, e-mail: initiative.minderheiten@chello.at; Klostergasse 6, 6020 Innsbruck, Tel. & Fax: 0512/586 783; Redaktion: Gumpendorfer Str. 15/13, 1060 Wien, Tel: 01/586 12 49-18, Fax: 586 82 17, e-mail: stimme@chello.at; Chefredakteur: Hakan Gürses; Redaktionelle Mitarbeit: Hikmet Kayahan (hk), Gerald K. Nitsche (gkn), Vladimir Wakounig, Franjo Schruiff, Ursula Hemetek, Michael Oertl, Cornelia Kogoj, Beate Eder-Jordan, Gerd Valchars, Isabelle Bene; Ständige AutorInnen: Erwin Riess, Stefan Nicolini, Marinela Vecerik, Anita Konrad, Kahlauer, mh, ed, M. Fürst; Fotoredaktion: Mehmet Emir; Zeichnungen: Andreas Ohrenschall, Hakan Gürses; Graphische Gestaltung: schultz+schultz-Mediengestaltung; Herstellung (Repro & Druck): Drava Verlags- u. Druckgesellschaft m.b.H., Tarviser Str. 16, A-9020 Klagenfurt/Celovec, Tel.: 0463/50 566; Verlags- und Erscheinungsort: Innsbruck; Verlagspostamt: 6020 Innsbruck. Namentlich gezeichnete Artikel müssen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wiedergeben. Aboverwaltung: Vida Bakondy (Redaktionsadresse); Jahresabo (4 Hefte): € 14,-; für Vereinsmitglieder kostenlos.





**Impressum** 2
**Offenlegung** 27
**Der Kampf ums Pflegegeld** von Erwin Riess 4
**Alter – die größte Minderheit** von Walter Tietze 6
**Ältere Migrantinnen und Migranten in Österreich** von Margit Grilz-Wolf 9
**SeniorInnenklub im Burgenländisch-kroatischen Zentrum** von Gabriela Novak-Karall 12
**Quality Supported Skills for Integration** von Patricia Hladschik 14
**Weltkonferenz der Ethnotherapien 2002** von Ruth Karzel 16
**Das andere Ich im Bundesland Steiermark** von Michael Petrowitsch 18
**Groll: Ein epidemiologisches Welträtsel** von Erwin Riess 19
**Brief nach Istanbul** von Gerald Kurdoğlu Nitsche 20
**Ein politikrelevantes Forschungsprogramm** von Michaela Mayrhofer 21
**InterkulturlotsInnen für Gleichbehandlung** von Armin J. Hanschitz 22
**Gleichheit für Alle** von Ljubomir Bratić 23
**Kulturen und Künste** 24
**Tips** 27
**Kahlauers Tagebuch** 31

**Thema: Alter**

Die Zahl der Menschen, die über 60 Jahre alt sind, ist gerade in Österreich beachtlich groß. Dennoch wird das Alter – auch und gerade im Rahmen des Wohlfahrtstaates – von Negativbildern und sozialen Hindernissen begleitet, die einer flächendeckenden Diskriminierung älterer Personen gleichkommen. So wäre es wohl keine Übertreibung, trotz zahlenmäßiger Größe von der „Minderheit älterer Menschen" zu sprechen.

Alter ist aber keine statische Kategorie und bezeichnet keineswegs eine homogene Gruppe. Es umfaßt Frauen und Männer ebenso wie jeden sozialen Schichtunterschied und nationale oder ethnische Differenzen. Aus der Nähe betrachtet zeigt sich, daß innerhalb der „Minderheit" der Älteren einige Gruppen besonders diskriminiert werden und mit spezifischen Erfahrungen konfrontiert sind. Es handelt sich um Minderheitenangehörige, die im zunehmenden Alter Nachteilen und Hindernissen ausgesetzt werden, die zu jenen hinzukommen, welche ihnen in jüngeren Jahren widerfahren sind.

Die Altersforschung widmet sich zunehmend den sozialen Konsequenzen des Älterwerdens für diese „besonderen Gruppen" (seit einigen Jahren auch für MigrantInnen) sowie den unterschiedlichen Umgangsformen dieser Gruppen selbst mit dem natürlichen, sozialen und kulturellen Phänomen Alter.

Im Thema-Teil der vorliegenden Ausgabe befassen sich drei Beiträge mit diesen altersbezogenen Fragen und Problemen. Walter Tietze vermittelt ein differenziertes Bild von der „größten Minderheit", den älteren Menschen, und zeigt die Bereiche auf, in denen Ältere Diskriminierungen erleben. Margit Grilz-Wolf rekonstruiert – anhand eines gerade abgeschlossenen EU-Forschungsprojekts – diese Bereiche für ältere Migrantinnen und Migranten insbesondere in Europa. Gabriela Novak-Karall berichtet von einem „best practice"-Projekt, dem Klub für SeniorInnen im Wiener Burgenländisch-Kroatischen Zentrum. Das wegweisende Fazit der Autorin: Selbstbestimmung und Selbstrepräsentation allein können – auch in diesem Bereich – zu Erfolg führen.

**EQUAL-Projekte**

Der gesamteuropäische Aktionsplan des Europäischen Sozialfonds zur Bekämpfung der Diskriminierung am Arbeitsmarkt, EQUAL, hat auch in Österreich viele Projekte angeregt: Im Herbst 2002 starteten in Österreich 58 EQUAL-Projekte, acht davon widmen sich ausdrücklich dem Antirassismus. Wir stellen in dieser Ausgabe zwei dieser Projekte vor, an denen die *Initiative Minderheiten* als Entwicklungspartnerin mitwirkt: „open up" und „InterkulturlotsInnen". Die ProjektmitarbeiterInnen selbst präsentieren Ziele und Stand ihrer Vorhaben.

# DER KAMPF UMS PFLEGEGELD
## GESCHICHTE EINER BÜRGERRECHTLICHEN AUSEINANDERSETZUNG
Erwin Riess

**Der Vorschlag der SPÖ, das Pflegegeld abzuschaffen, war einer der wenigen konkreten Punkte, mit denen sie in die Koalitionsverhandlungen mit der ÖVP ging. Prompt zeigte die ÖVP Sympathien für diese Vorgangsweise. Eine drohende Große Koalition schien als erstes Opfer die behinderten Menschen auserkoren zu haben. Gegen diese existentielle Bedrohung des Lebens zehntausender behinderter Menschen formierte sich innerhalb von 48 Stunden eine „Plattform Pflegegeld".**

**Leserbrief zu Erich Demmers Artikel in Stimme Nr. 44**

Das Wesen einer Satire ist es, knapp übers Ziel zu schießen und dadurch versteckte Wahrheiten ans Licht zu holen. Manchmal wird dabei aber nicht übers Ziel, sondern daneben geschossen. Bei der Formulierung des von mir hoch geschätzten Erich Demmer, „karrieregeile Behindertenvertreter" würden sich um ein Nationalratsmandat bewerben (gemünzt auf Franz-Joseph Huainigg), scheint mir das der Fall zu sein. Franz-Joseph Huainigg hat sich trotz schwerer Krankheit vorbildlich in den Kampf um den Erhalt des Pflegegelds eingebracht. Wir waren und sind froh, ihn als Verbündeten in der ÖVP zu haben.

**Erwin Riess,**
*Sprecher der „Plattform Pflegegeld"*

Am 1. Juli 1993 wird das Bundespflegegeld per Gesetz, und zwar als Staatsvertrag zwischen Bund und Ländern, eingeführt. In sieben Stufen erhalten behinderte Menschen je nach Behinderungsgrad und Assistenzbedarf Geldleistungen, mittels derer sie sich selbständig Hilfe organisieren können. Der Einführung des Gesetzes gehen jahrzehntelange Kämpfe der Behindertenverbände voraus. Zwei Massenkundgebungen, bei der bis zu 10.000 behinderte Menschen und ihre Angehörigen vor dem Finanzministerium und dem Bundeskanzleramt demonstrieren, erzwingen schließlich die Zustimmung der Regierung unter Kanzler Vranitzky, Finanzminister Lacina – und Sozialminister Hesoun, der sich im Lauf der Entwicklung vom Gegner zum glühenden Anhänger des Pflegegelds wandelt. 2003, als die SPÖ bei den Koalitionsverhandlungen mit der ÖVP durch den Vorschlag aufhorchen läßt, das Pflegegeld abzuschaffen und statt dessen Pflegeschecks einzuführen, die nur bei wenigen, meist parteinahen Anbietern wie Volkshilfe und Hilfswerk eingelöst werden können, protestiert Hesoun ebenso gegen dieses Vorhaben wie der langjährige Behindertensprecher der SPÖ, Walter Guggenberger, aus Tirol.

### Förderung der Selbstbestimmung

In § 1 des Gesetzes, das durch einen 0,4 prozentigen Aufschlag zur Krankenversicherung (bei Pensionisten 0,5 %) finanziert wird, heißt es: Das Pflegegeld verfolgt zwei Ziele, erstens ist es ein Zuschuß zu den Pflege- und Assistenzleistungen, und zweitens dient es der Erhöhung der Selbständigkeit und der Förderung der Selbstbestimmung behinderter Menschen. Auf das Pflegegeld besteht ein Rechtsanspruch, es ist also nicht von der Gewährung irgendeiner Kommission abhängig. Allerdings sind die medizinischen und sozialen Voraussetzungen für die Gewährung sehr streng und genau geregelt, sodaß alle einschlägigen Studien zur Evaluierung des Gesetzes zu dem Ergebnis kommen, daß es keinen Mißbrauch gibt. In seiner Transparenz und Radikalität ist das Gesetz in Europa bis heute beispielgebend. Der Grundsatz – einer benachteiligten Bevölkerungsgruppe durch eine bestimmte Geldleistung eine relative Selbständigkeit zu erlauben – ist hier erstmals anerkannt. De facto ist das Pflegegeld also ein Einstieg in eine Art von Grundsicherung für einen Teil der Bevölkerung, der nicht oder nur zum Teil vom Verkauf seiner Arbeitskraft leben kann.

Seit 1996 wurde das Pflegegeld nicht mehr valorisiert, was einer realen Verminderung um 20 % gleichkommt. Außerdem wurden mit dem zweiten Sparpaket der damaligen Großen Koalition Verschlechterungen und Kürzungen bei einzelnen Stufen vorgenommen. Andererseits wurde das Pflegegeld aber auch auf Kinder unter drei Jahre ausgedehnt (gilt jedoch nicht für die ansonsten gleichlautenden *Landes*pflegegelder von Niederösterreich, Burgenland und Wien.) Zu bemerken ist, daß das *Bundes*pflegegeld, das von ca. 85 % aller rund 320.000 BeziehenInnen empfangen wird, auf den bereits früher geltenden Landespflegegeldern und dem einstigen Hilflosenzuschuß aufbaut. Hätte man diese ehemaligen Geldleistungen aus dem Titel dieser Gesetze weitergeführt, so würden sie heute rund 60 bis 65 % des Gesamtaufwandes für das Bundespflegegeld ausmachen. Genaugenommen müßten wir, wenn wir vom gegenwärtigen Pflegegeld sprechen, also vom erhöhten Bundespflegegeld reden, das rund ein Drittel mehr Kosten als die Vorgängergesetze beansprucht und dessen Neuheit vor allem in der Einführung von höheren Stufen für schwerstbehinderte Menschen besteht, die früher nur in entmündigenden Heimstrukturen leben konnten und jetzt unter großen persönlichen Anstrengungen auch „auf freier Wildbahn" existieren können.

Durch die Nicht-Valorisierung des Pflegegeldes seit 1996 macht der Finanzminister, da die Bruttolohnsumme steigt, jährlich um die 30 Millionen Euro Gewinn. Zur Erinnerung: der alte Hilflosenzuschuß, die alten Länderpflegegelder und Blindenhilfen waren valorisiert und wurden 14 Mal pro Jahr ausbezahlt.

Halten wir also fest: Weder explodieren die Kosten für das Pflegegeld, noch steigt die Zahl der Bezieher rasant an. Es leistet auch der informellen Arbeit („Schwarzarbeit") keinen Vorschub. Entschädigungen für informelle Hilfsleistungen, schreibt Professor Badelt in seiner Studie , sind *kein* Mißbrauch im Sinne des Gesetzes. Ähnlich lauten die Kommentare zu den beiden jüngsten Novellierungen.

### „Verstaatlichung" der Behinderten

Das Gesetz ist nicht perfekt, es gibt Schwachpunkte, deren Beseitigung die Behindertenvertreter seit langem fordern: die Öffnung der Stufe 7 für besonders schwere Fälle, die Zweckbindung der Beiträge, die Beseitigung der Diskriminierung jener Menschen, die in Heimen leben und vom Pflegegeld nur 45 Euro monatlich bekommen, die Beseitigung der Schlechterstellung alter Menschen, schließlich die lang versprochene Valorisierung des Pflegegelds. Sollte von seiten des Gesetzgebers daran gedacht werden, das Pflegegeld substantiell zu erhöhen, könnten Assistenten angestellt werden. Bei den derzeitigen Sätzen ist dies nicht möglich. Die behinderten Menschen sind nicht gegen die Schaffung von Arbeitsplätzen. Wir wissen sehr wohl, daß in einer prosperierenden Gesellschaft auch unsere Lebenschancen steigen. Wir sind nur dagegen, daß man die Arbeitslosen, die jetzt plötzlich Pflege- und Assistenzdienste leisten sollen, gegen uns, die behinderten Menschen, ausspielt. In unseren Augen ist das nicht Arbeitsmarktpolitik, sondern Zynismus.

Es gibt von seiten der Behindertenorganisationen eine Reihe von Vorschlägen zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Absicherung von pflegenden Frauen, denn diese leisten nun einmal die Hauptarbeit. Zum Beispiel der Ermöglichung der Selbstversicherung jener pflegender Frauen, die noch nie ein Dienstverhältnis hatten. Zum Beispiel die Schaffung von Assistenzgenossenschaften, deren Pilotmodell in Wien laufend neue Assistenten anstellt. Zum Beispiel die Ermöglichung eines Urlaubs von der Pflege.

Es war grotesk: In einer Zeit der Privatisierungen sollten die behinderten Menschen verstaatlicht werden. Nichts anderes wäre ja die Abhängigkeit von einem staatsnahen Monopolanbieter. Außerdem, wie sollte das funktionieren, wenn ich das Auto vom Schnee freigeschaufelt brauche und bei der Volkshilfe anrufe, die in drei Tagen jemand vorbeischickt? Wie schön, daß die Betreuer für intime Verrichtungen immer wieder wechseln. Was machen jene Behinderten, die weit ab von Sozialdiensten wohnen? Zurück ins Heim? Oder gleich auf den Kompost? Welch glorreichen Perspektiven im Jahr der Behinderten!

### „Plattform Pflegegeld"

Der Vorschlag der SPÖ, das Pflegegeld abzuschaffen, war einer der wenigen konkreten Punkte, mit denen sie in die Koalitionsverhandlungen mit der ÖVP ging. Prompt zeigte die ÖVP Sympathien für diese Vorgangsweise, führende Gewerkschafter sowie Vertreter von Sozialdiensten der beiden Parteien, die sich gern aus dem Pflegegeld saniert hätten, stimmten in den Chor ein. Eine drohende Große Koalition schien als erstes Opfer die behinderten Menschen auserkoren zu haben – ein zynischer Auftakt zum Europäischen Jahr der behinderten Menschen.

Gegen diese existentielle Bedrohung des Lebens zehntausender behinderter Menschen und ihrer Angehörigen formierte sich innerhalb von 48 Stunden eine „Plattform Pflegegeld", die alle Behindertenverbände, viele Betroffene und die Behindertensprecher der Grünen, Theresia Haidlmayr, und der ÖVP, Franz-Joseph Huainigg, umfaßte. Auf der ersten Pressekonferenz der Plattform sprach sich auch die Behindertensprecherin der SPÖ, Christine Lapp, für den Beibehalt der Geldleistung aus. Dem war allerdings ein ausführliches Gespräch der Plattform-Vertreter mit dem SPÖ-Vorsitzenden Gusenbauer vorausgegangen, dem Frau Lapp auch beiwohnte. In diesem Gespräch, das offensichtlich erstmals ungeschminkte Informationen über die Praxis des Gesetzes an die hohe Politik heranbrachte, entschied sich der SPÖ-Vorsitzende schließlich für die Beibehaltung und die Valorisierung des Gesetzes. Es sollte aber noch zwei Wochen dauern, bis diese radikale Positionsänderung – noch vor Weihnachten hatte Gusenbauer die Einführung des Gesetzes einen ökonomischen Fehler genannt – sich auch bei anderen SPÖ-Politikern herumgesprochen hatte. Wichtige Unterstützung in dieser Phase kam auch von der Menschenrechtsverantwortlichen der Grünen, Therezia Stoisits, und dem grünen Landtagsabgeordneten in Oberösterreich, Günther Trübswasser. Auch die *Initiative Minderheiten*, Teile der Kirchen, die KPÖ sowie Vertreter von ÖAAB und der ÖVP-Pensionistenbund sprachen sich für die Beibehaltung des gegenwärtigen Systems aus. Dem schlossen sich mit Fortschreiten unserer Proteste auch Teilorganisationen von Volkshilfe, Hilfswerk, Caritas und Rotes Kreuz an.

### Prominente Unterstützung

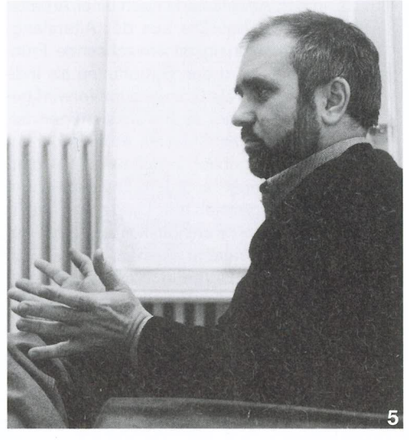
Ungewöhnlich für Behindertenanliegen und in seiner Bedeutung und seinem Signalwert nicht zu unterschätzen war das Eintreten einer Reihe von Künstlern, Ärzten und Wissenschaftlern für unsere Sache. Erstmals hatten wir den Eindruck, nicht allein im Kampf um unsere Existenzbedingungen zu sein. Wir sahen, daß wichtige Teile der Zivilgesellschaft verstanden hatten, was das Pflegegeld in der Praxis bedeutet. Es waren die Künstler, die, wie Michael Scharang bei der ersten Pressekonferenz, als erste darauf verwiesen, daß hier mit einer menschlichen Gemeinheit sondergleichen an den Behinderten ein Exempel hätte statuiert werden sollen. Im Unterstützungstext der Künstler heißt es unter anderem: „Das Rote Kreuz errechnet, daß ein System mit Pflegeschecks, das die behinderten Menschen wieder von Hilfsorganisationen abhängig machen würde, fünfmal teurer käme als das gegenwärtige. Und die Privatinitiative der behinderten Menschen, wichtiges Moment ihrer Integration und Selbständigkeit, würde lahmgelegt. 2003 ist in Europa das Jahr der behinderten Menschen. Die Valorisierung des Pflegegeldes, seit 1996 überfällig, sollte zur Debatte stehen. Stattdessen plant man eine Maßnahme, hinter der nur ein Motiv erkennbar ist: bösartige Ignoranz. Darauf wollen die unterzeichneten Künstlerinnen und Künstler, ehe sie sich weitere Schritte überlegen, die Öffentlichkeit aufmerksam machen."

Der Aufruf wurde unterzeichnet von: Anni Brus, Peter Rosei, Barbara Frischmuth, Gerhard Roth, Elfriede Jelinek, Michael Scharang, Elisabeth Reichart, Robert Schindel, Günter Brus, Peter Turrini, Karl-Markus Gauß, Erich Hackl und Josef Haslinger. Falls der Kampf weitergeführt werden muß, sind diese Künstler, denen sich noch weitere wie Sigi Maron, Götz Fritsch, Rainer Frieb und viele andere zugesellten, bereit, in verschiedenster Weise Widerstand zu leisten. Eine sachliche und dichte Medienberichterstattung verstärkte den Druck, der von unserer Seite ausging, sodaß vier Wochen nach dem Vorstoß zur Abschaffung des Pflegegelds kaum mehr Stimmen *dafür* zu vernehmen waren. Auch aus SPÖ, Gewerkschaft und AK kamen zunehmend differenziertere Stellungnahmen. In einem Gespräch der „Plattform Pflegegeld" mit der ÖVP-Bundesgeschäftsführerin Maria Rauch-Kallat versicherte diese, dem Prinzip Geldleistung vor Sachleistung in jedem Fall Vorrang einzuräumen und das Pflegegeld nicht abzuschaffen. Schließlich gelang es der grünen Abgeordneten Theresia Haidlmayr während der Verhandlungen der Grünen mit der ÖVP, für den gesamten Behindertenbereich ein Papier auszuhandeln, das alle wichtige Positionen der Behindertenbewegung – vom Ausbau des Pflegegeldes bis hin zur Einführung eines Gleichstellungsgesetzes – enthält. Rauch-Kallat versprach, dieses Papier zur Basis aller kommenden Verhandlungen und Regierungsübereinkommen zu machen.

Wir werden sehr genau beobachten, ob all die uns gegenüber gemachten Versprechungen halten. Wenn es erforderlich ist, sind wir schnell wieder auf den Barrikaden. Wir sind ja mobil.

**Erwin Riess** *ist Schriftsteller, STIMME-Autor, Rollstuhlfahrer und Sprecher der Initiative „Plattform Pflegegeld".*

[1] **Christoph Badelt u. a.(1997): Analyse der Auswirkungen des Pflegevorsorgesystems. Forschungsbericht im Auftrag des BM für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Wien.**



# ALTER – DIE GRÖSSTE MINDERHEIT

**Walter Tietze**

**In vielen gesellschaftlichen Bereichen ist die Gruppe der Älteren an den Rand geschoben. Darüber hinaus müßte eine differenzierende Sicht selbst zur Kenntnis nehmen, daß einzelne Gruppen unter den Alten – wie z. B. Frauen, Behinderte, AusgleichszulagenempfängerInnen, MigrantInnen u. a. – weitaus mehr im sozialen Abseits stehen als die Mehrheit der Alten. Einer drohenden weiteren Ausgliederung der Älteren gegenzusteuern tut not; es bedarf aber neben dem Aufbau eines persönlichen und begründeten positiven Altersbildes auch auf vielen Gebieten gesetzlicher Regelungen, um eine bessere und gesicherte Integration der Älteren sicherzustellen.**

In den letzten Jahrzehnten haben immer mehr Menschen ein biologisches Lebensalter von mehr als 60 Jahren erreicht, und ihre Zahl könnte bis zum Jahr 2030 auf 35 % der Bevölkerung ansteigen (vgl. Kytir/Münz 2000: 22-30). Sozial gesehen ist diese Gruppe vor allem dadurch gekennzeichnet, daß sie – bei einem durchschnittlichen Pensionsalter von ca. 58 Jahren – aus dem Lohnarbeitsprozeß ausgegliedert ist. Und es scheint so, daß diese Tatsache immer noch die Grundlage für eine Diskriminierung und Stigmatisierung dieser Gruppe darstellt. Von einer Diskriminierung würde ich dann sprechen, wenn Mitgliedern einer sozialen Gruppe, gleich wie groß sie auch ist, mindere Anteile am gesellschaftlichen Leben ohne deren ausdrückliche positive Zustimmung zugebilligt werden als anderen. In folgenden sozialen Lebensbereichen scheint eine Abwertung des Alters vorzuliegen: Arbeitswelt, Verkehr, Bildung, soziale Absicherung, politische Repräsentation und Partizipation, soziale Wertschätzung und Anerkennung.

### Arbeitswelt

Im Bereich der Arbeitswelt beginnt die Zuschreibung „alt" bereits mit dem 50. Lebensjahr (vgl. Amann 2000: 385), wobei das Wort pejorativ gemeint wird. Dieses frühzeitige „Alterklären" trägt neben dem Argument der höheren Lohnkosten für Ältere wesentlich zum Ausgliedern und erschwerten Eingliedern in den Arbeitsmarkt nach einer Arbeitslosigkeit bei. Die aus der Alterslangzeitarbeitslosigkeit erwachsende Frühpension wird den Betroffenen als Individuen und als Gruppe zum Vorwurf gemacht, wobei zu berücksichtigen ist, daß auch der Staat als Arbeitgeber zur Zeit maßgeblich arbeitswillige ArbeitnehmerInnen aus dem Staatsdienst in die Frühpension treibt und somit die Erhöhung der Pensionskosten selbst betreibt, diese aber gleichzeitig als durch die älteren BürgerInnen verursacht beklagt. Das in Österreich nicht in der Verfassung verankerte Recht auf Arbeit steht eigentlich allen jüngeren und älteren Arbeitswilligen zu. Ein gesetzlich festgelegtes Pensionseintrittsalter hat den Sinn, älteren unselbständigen ArbeitnehmerInnen eine Alterspension zukommen zu lassen anstatt sie bis zum Lebensende zur Arbeit zu verpflichten; dieses Recht ist aber heute faktisch mit einem Arbeitsverbot verbunden, da zu viele Einschränkungen mit einem regulären Arbeitsverhältnis nach Überschreiten des gesetzlich vorgeschriebenen Pensionsantrittsalters verbunden sind. In bezug auf die gesellschaftliche Wertschätzung älterer Menschen wird auch häufig nicht gesehen, daß PensionistInnen in hohem Ausmaß unbezahlte Arbeit leisten, sei es im Haushalt, in der Kinderbetreuung, in der Pflege von Angehörigen oder auch in Ehrenämtern, die zu einer gesellschaftlichen Wertschöpfung dazu gezählt werden müssen.

### Verkehr

Im Bereich des Verkehrswesens kommt dem Staat das Recht und die Aufgabe der Regelung der Infrastruktur zu. Die geltenden Festlegungen negieren teilweise die Bedürfnisse alter Menschen, verteilen die Nachteile zuungunsten dieser Gruppe und bringen sogar Sicherheitsgefährdungen mit sich (vgl. Risser 2000: 368 f). Die bei staatlichen Verkehrsregelungen erkennbare Bevorzugung vor allem der AutofahrerInnen – Jugend und Erwachsene – benachteiligt und gefährdet vor allem die Älteren, die zu Fuß oder als BenützerInnen der öffentlichen Verkehrsmittel ihr Recht auf Mobilität in Anspruch nehmen. Vor allem an Wochenenden und in ländlichen Regionen wird der öffentliche Verkehr immer mehr ausgedünnt, und viele Maßnahmen zur Verkehrssicherheit sind zugleich fußgängerfeindlich (vgl. Risser 2000: 373 ff).

### Bildung

Bildung gilt als Menschenrecht, weil durch sie die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und die Fähigkeit zur Selbstbestimmung ermöglicht wird. Ältere haben fast ausnahmslos Bildung erworben und sind dadurch sozial integriert; aber einmal erworbenes Wissen reicht aufgrund des technischen und gesellschaftlichen Wandels nicht aus, alle wesentlichen zukünftigen Herausforderungen zu bewältigen. Bildung ist zu einem lebenslangen Lernen für alle und so auch Ältere geworden, denn auch Ältere haben eine Zukunft (Fiala/Vater 2000: 345 f). Insgesamt zeigt sich aber, daß über Sechzigjährige nicht repräsentativ an Weiterbildungsangeboten teilnehmen. Dieses Phänomen ist aber nicht allein durch im Alter abnehmendes Bildungsinteresse oder Zunahme der Lernunfähigkeit erklärbar, sondern hat zum größeren Teil seine Ursachen darin, daß die Förderung der Weiterbildung für Erwachsene noch zu sehr auf die berufliche Weiterbildung ausgerichtet wird und ein lebensbegleitendes und generationsübergreifendes Bildungsangebot noch Mangelware ist (vgl. Fiala/Vater 2000: 346 ff). Der Zugang zu den Universitäten ist durch die Einführung der Studiengebühr wie im allgemeinen auch für die PensionistInnen erschwert worden.

### Soziale Absicherung

Eine der wichtigsten gesellschaftlichen Aufgaben stellt die soziale Absicherung der Gesellschaftsmitglieder dar. Vor allem in den Bereichen Wohnen, Gesundheitsfürsorge und Pflege, finanzielle Grundsicherung fehlt es an einer ausreichenden Berücksichtigung altersspezifischer Normalitäten, um eine zu den jüngeren Gesellschaftsmitgliedern analoge Lebensqualität sicherzustellen. Wohnen in den „eigenen vier Wänden" stellt für die meisten Menschen einen elementaren Wunsch dar, das gilt auch im Alter (vgl. Mahidi 2000: 198 f). Wohnraum in Miete oder als Eigentum wird häufig im jungen Erwachsenenalter erworben, daraus erkärt sich, daß diese Wohnungen eher den Bedürfnissen junger Erwachsener und der Familien entsprechen. Altersgerechtes Bauen schon für jüngere Menschen kommt nicht vor, und damit ist die entscheidende Ursache dafür gegeben, warum ältere Menschen oft gegen ihren Willen ihre angestammte Wohnung aufgeben müssen: Sie sind für Alte zu groß, zu teuer, nicht behindertengerecht und mangels Lift nicht mehr erreichbar. Es wäre ein einfaches, Bauordnungen so zu gestalten, daß zugleich zukünftige Bedürfnisse junger und älterer Menschen berücksichtigt werden. Wenn sich die Frage des Wohnungswechsels im Alter vor allem in ein Wohnheim oder Pflegeheim stellt, tritt oft das Problem auf, daß öffentliche oder non-profit-orientierte Heime fehlen oder Heime zwar geographisch schön, aber abgeschieden liegen und eher eine soziale Isolation mit sich bringen.

Das Gesundheitssystem und die Pflegevorsorge haben in Österreich einen hohen Standard und garantieren bisher eine weitgehende Absicherung vor allem auch der älteren Menschen (vgl. Badelt/Leichsenring 2000: 408 ff; Kytir et al. 2000: 258 ff). Die in den letzten Jahren zu beobachtende Kostensteigerung des Gesundheits- und Pflegesystems hat aber eine Diskussion über die Ursachen und die zu treffenden Maßnahmen ausgelöst, mit dem Grundtenor, die Verantwortung den Alten zuzuschreiben, sie an den Kosten mehr zu beteiligen oder die Ausgaben reduzieren zu müssen. Abgesehen davon, daß Alter keine Krankheit ist, liegt die Pflegebedürftigkeit bei den über Sechzigjährigen bei ca. 7 % , auch wenn die Tendenz aufgrund der zunehmenden Lebenserwartung und der dann zunehmenden Gefahr der Multimorbidität steigend ist (vgl. Kytie et al. 2000: 409 f). Das heißt aber, daß die ganze Gruppe der Älteren pauschal durch den Vorwurf diskreditiert wird, das Gesundheitssystem zu stark zu beanspruchen. Dieser Vorwurf erscheint auch deshalb als ungerechtfertigt, weil das Solidarsystem Krankenversicherung gerade deshalb gegründet wurde, um die Belastung der von Krankheit betroffenen einzelnen Personen – das gilt für Jung und Alt – durch die Gemeinschaft zu entlasten. Die Pflegevorsorge in Österreich zeichnet sich zur Zeit dadurch aus, daß das Pflegegeld zur freien Inanspruchnahme von Pflegemaßnahmen den Betroffenen selbst zur Verfügung gestellt wird, das heißt: in den meisten Fällen den pflegenden Angehörigen zugewendet werden kann. Manche Politiker haben inzwischen gefordert, das Pflegegeld in Betreuungsschecks umzuwandeln, die nur bei professionellen Diensten eingelöst werden können, wodurch aufgrund höherer Kosten eher weniger Pflege für Bedürftige möglich wäre. Bei der Frage, ob in Zukunft eher zu Hause oder in Heimen gepflegt werden soll, gehen die Meinungen auseinander (vgl. Badelt/Leichsenring 2000: 420 f), wobei von entscheidender Bedeutung ist, ob Non-profit- oder gewinnorientierte Träger – in manchen Bundesländern werden letztere stark gefördert – die erforderlichen Pflegeleistungen anbieten werden.

Die Tendenzen einer sozialen Diskriminierung der Älteren zeigen sich am deutlichsten in der Diskussion um die Renten bzw. Pensionen. Alle ArbeitnehmerInnen sind zu Beitragszahlungen zu gesetzlichen Rentenversicherungen verpflichtet. Durch die Beitragszahlungen werden Ansprüche auf Renten /Pensionen erworben, wobei zum Einzahlungszeitpunkt – differenziert nach Höhe der Einzahlungen und Zahlungsdauer bis zum Pensionsantritt – den Einzelnen eine bestimmte Pensionssumme in Aussicht gestellt wird, auf die hin die meisten arbeitenden Menschen ihre finanziellen Pensionserwartungen orientieren. Kaum bewußt ist den meisten, daß das System auf dem Generationenvertrag im Sinne eines Umlageverfahrens (vgl. Rürup 1999: 294 ff) beruht und damit die tatsächliche Pension, die einerseits erst in einigen Jahren angetreten wird und nach dem Pensionsantritt Jahrzehnte laufen kann, abhängig ist von den jeweiligen Einzahlungen der noch arbeitenden Generationen. Die Praxis war und ist, daß der Staat bei positiven Quotienten – Rentenbeiträge zu Rentenauszahlungen – den Überschuß in den normalen Etat überführt und bei einem negativen die Fehlbeträge aus Steuermitteln ausgeglichen hat. Diese Bereitschaft wird von seiten der Politik immer mehr in Frage gestellt in Richtung eines Ausgleichs des Defizits durch Erhöhung der Rentenbeiträge, geringere Anhebung der Pensionen unter der Inflationsrate und Kürzung der zu erwartenden oder auch der bestehenden Pensionen. Faktisch stellen die beiden letzten Maßnahmen und Pläne eine Verschlechterung der finanziellen Situation und Zukunftsaussichten von PensionistInnen und älteren ArbeitnehmerInnen dar. Von einer Diskriminierung kann in diesem Fall deshalb gesprochen werden, weil einerseits mit diesen Reduktionsvorschlägen das Prinzip der Rechtssicherheit aufgehoben würde, auf das die Betroffenen als Basis ihrer Lebensplanung vertraut haben, andererseits sie sich aus Altersgründen keine anderen finanziellen Quellen zur Altersabsicherung mehr erschließen können.

### Politische Repräsentation und Partizipation

Die Gruppe der Älteren nimmt quantitativ zu, und damit wächst auch potentiell ihre Bedeutung bei Wahlen. Die Wahlbeteiligung liegt auch bis ins hohe Alter im repräsentativen Bevölkerungsschnitt, und der Organisationsgrad über die politischen Seniorenorganisationen liegt bei knapp unter 50 % (vgl. Leichsenring/Strümpel 2000: 474 ff), sodaß von einer Politikmüdigkeit der Alten keine Rede sein kann. Allerdings ist zu beobachten, daß die direkte Beteiligung der Älteren in politischen Interessensvertretungen eher marginal ist und so eher von Jüngeren Politik für Ältere, aber ohne Ältere – d. h. auch mit geringer Berücksichtigung der Interessen Älterer – gemacht wird, was auch als eine teilweise politische Entmündigung verstanden werden kann. Es ist somit verständlich, daß Ältere häufig das Gefühl haben, daß sie keinen Einfluß auf die Politik hätten (vgl.Leichsenring/Strümpel 2000: 477).

Die seit den achtziger Jahren in den meisten Bundesländern eingerichteten Seniorenbeiräte werden von Funktionären politischer Organisationen dominiert und haben wenig konkrete Bedeutung für die Berücksichtigung der Alltagsinteressen der Älteren. Allerdings könnten Seniorenbeiräte auf Gemeindeebene ein Mittel sein, an Ort und Stelle konkret Interessen der Älteren zur Geltung kommen zu lassen (vgl. Leichsenring/Strümpel 2000: 480-490).

**Soziale Wertschätzung**

Ältere Menschen haben in der Vergangenheit in verschiedenen Gesellschaften sehr unterschiedliche Wertschätzung zwischen Verehrung und Verachtung gefunden. Ab Mitte des 20. Jahrhunderts wird Alter „zu einem Lebensabschnitt, der durch Ruhestand statt Aktivität, Defizite statt Kompetenzen, Sinnlosigkeit statt Perspektiven, Nutzlosigkeit statt Produktivität, Rückzug statt Engagement gekennzeichnet wird" (Rosenmayr 2000: 543). Die Gründe dafür liegen in der Unterstellung abnehmender geistiger Leistungsfähigkeit, dem Rückzug oder der Verdrängung aus dem Berufsleben und einer geringeren Präsenz in der Öffentlichkeit. Auch wenn es richtig ist, daß Menschen im Alter anders lernen, in den Lohnberufen weniger zu finden sind und bei Events seltener auftauchen, so vollbringen viele von ihnen mit hoher Kompetenz hohe intellektuelle und ökonomisch wertvolle Leistungen. Geistiger und körperlicher Verfall kennzeichnet nur die Lebenssituation einer Minderheit der Älteren, und im übrigen sind auch jüngere Menschen davon nicht ausgenommen. Die inhaltlich kaum begründbare negative Sicht älterer Menschen im Sinne des Defizitmodells und die daraus gefolgerte Forderung nach einer Reduzierung der Rechte Älterer in bezug auf gesellschaftliche Mitwirkung und Mitbestimmung werden – in Analogie zu anderen diskriminierenden Verhalten gegenüber bestimmten Gruppen und Minderheiten – als „ageism" bezeichnet (vgl. Majce 2000: 155 f). Diese negative Stereotypisierung wird dem Lebensbereich Alter genausowenig gerecht wie eine rosarote Beschönigung des Alters, bei der nur die Entlastung von der Berufsarbeit, die hohe Freizeit und andere positive Seiten gesehen werden. Die Verzerrung des Altersbildes durch die Überbetonung negativer Seiten des Alters kann nur als gestörte Wahrnehmung und Vorurteil angesehen werden, denn es zeigt sich, daß dort, wo direkte Kontakte zwischen Jüngeren und Älteren bestehen – so etwa in Familien zwischen Enkeln und Großeltern –, hohes gegenseitiges Verständnis und Wertschätzung herrschen, was sich in engem Kontakt, einem dichten Kommunikationsnetz und gegenseitiger Unterstützung zwischen den Generationen ausdrückt (vgl. Majce 2000: 112 ff). Studierende zwischen 20 und 30 Jahren haben mir in Lehrveranstaltungen aber häufig mitgeteilt, daß sie über die Familien hinaus keinen Kontakt zu älteren Menschen hätten, Ältere in den Medien weniger präsent seien und sie sich deshalb schwer tun würden, überhaupt ein allgemeines Altersbild, also auch kein positives oder negatives Altersbild zu entwickeln. Diese öffentliche Beziehungslosigkeit zu den älteren Menschen in der Gesellschaft bildet aber eher eine Vorstufe zur Segregation als daß sie zu einer besseren gesellschaftlichen Integration beiträgt.

**Zusammenfassung**

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß unter einer allgemeinen Perspektive in vielen gesellschaftlichen Bereichen die Gruppe der Älteren an den Rand geschoben ist und eine mangelnde Integration vorliegt. Darüber hinaus müßte eine differenzierende Sicht auf die sehr unterschiedliche Lebenslage der einzelnen Älteren selbst zur Kenntnis nehmen, daß einzelne Gruppen unter den Alten – wie z. B. Frauen, Behinderte, AusgleichszulagenempfängerInnen, MigrantInnen u. a. – weitaus mehr im sozialen Abseits stehen als die Mehrheit der Alten. Einer drohenden weiteren Ausgliederung der Älteren gegenzusteuern tut not; es bedarf aber neben dem Aufbau eines persönlichen und begründeten positiven Altersbildes auch auf vielen Gebieten gesetzlicher Regelungen, um eine bessere und gesicherte Integration der Älteren sicherzustellen.

**Walter Tietze** *ist Ass.Prof. am Institut für Erziehungswissenschaften und Bildungsforschung der Universität Klagenfurt, Abteilung für Sozial- und Integrationspädagogik.*

**Literaturhinweise:**

**Amann, A.** (2000): Vom Erwerbsleben in den Ruhestand. In: Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen (Hg.): Seniorenbericht 2000. Wien: 384-407

**Badelt, C./Leichsenring, K.** (2000): Versorgung, Betreuung, Pflege. In: Seniorenbericht 2000: 408-453

**Fiala, W./Vater, S.** (2000): Bildung im Alter. In: Seniorenbericht 2000: 344-366

**Kytir, J./Münz, R.** (2000): Demografische Rahmenbedingungen: die alternde Gesellschaft und das älter werdende Individuum. In: Seniorenbericht 2000: 22-51

**Kytir, J./Schmeiser-Rieder, A./Böhmer, F./Langgassner, J./Panuschka, C.** (2000): Gesund und krank Älterwerden. In: Seniorenbericht 2000: 258-322

**Leichsenring, K./Strümpel, C.** (2000): Gesellschaftliche und politische Partizipation älterer Menschen. In: Seniorenbericht 2000: 472-502

**Mahidi, M.** (2000): Wohnen älterer Menschen. In: Seniorenbericht 2000: 198-223

**Majce, G.** (2000): Generationenbeziehungen und Generationenverhältnisse. In: Seniorenbericht 2000: 106-162

**Risser, R.** (2000): Ältere Menschen als Verkehrsteilnehmer. In: Seniorenbericht 2000: 366-382

**Rosenmayr, L.** (2000): Die soziale Situation älterer Menschen nach kulturellen Gesichtspunkten. In: Seniorenbericht 2000: 534-584

**Rürup, B.:** Hält der Generationenvertrag? Soziale Sicherung im Alter. In: Niederfranke, N./Naegele, G./Frahm, E. (Hg.) (1999): Funkkolleg Altern. Opladen-Wiesbaden, Bd. 2: 287-339





# ÄLTERE MIGRANTINNEN UND MIGRANTEN IN ÖSTERREICH

**Margit Grilz-Wolf**

**Das Altwerden ist nicht primär eine Frage der Lebensjahre, sondern eng verknüpft mit den sozikulturellen Werten einer Gesellschaft. Daher erfahren ältere MigrantInnen oft eine zweifache Stigmatisierung: Als alte Menschen erleben sie die Probleme der nachberuflichen Lebensphase und als ältere MigrantInnen (wieder) die ethnische Diskriminierung als Fremde. Ein EU-Projekt befaßt sich mit diesen Problemen.**

**Anteil älterer MigrantInnen**

Im Jahr 2001 hatte Österreich 8,06 Millionen EinwohnerInnen, und der Anteil der ausländischen Bevölkerung betrug knapp mehr als 9 % (Quelle: Statistik Austria: Bevölkerungsfortschreibung, Volkszählung 2001). Die ausländische Wohnbevölkerung unterscheidet sich im Altersaufbau deutlich von der österreichischen. Der Anteil von Kindern und Jugendlichen bis 15 Jahre betrug 2001 bei der ausländischen Wohnbevölkerung 22 %; bei der inländischen Wohnbevölkerung 17 %. Auch der Anteil der ausländischen Staatsangehörigen an Personen im erwerbsfähigen Alter (15 bis 60 Jahre) war in Österreich um 12 % höher (AusländerInnen: 73%, ÖsterreicherInnen: 61 %).

Der Anteil der über 60jährigen betrug unter den ausländischen Staatsangehörigen 7 %; dagegen betrug dieser Anteil bei der österreichischen Bevölkerung 22,4 %. Damit liegt der Anteil der über 60jährigen an der ausländischen Wohnbevölkerung zwar deutlich unter dem Vergleichswert für die österreichische Bevölkerung; die Bevölkerungsprognose des *Instituts für Demographie der Akademie der Wissenschaften* kündigt jedoch für die nächsten Jahrzehnte einen Wandel in Richtung einer Angleichung der Altersstrukturen an jene der einheimischen Wohnbevölkerung an (Reinprecht 1999: 9). Und verfolgt man den demographischen Trend der letzten Jahre in Österreich (Vergleich Volkszählung 1991 / Volkszählung 2001), so ist festzustellen, daß sich der Anteil der über 60jährigen bei der ausländischen Wohnbevölkerung verdreifacht hat und dieser Trend weiter anhalten wird.

Insbesondere der Altenanteil unter den ZuwandererInnen aus den traditionellen Herkunftsländern der Arbeitsmigration (Ex-Jugoslawien und Türkei) ist stark angestiegen. So hat sich in Wien der Anteil der über 60jährigen an der ausländischen Bevölkerung von 1980 bis jetzt sogar verzehnfacht (Reinprecht 1999: 9; Quelle: Statistik Austria: Volkszählung 1991; Quelle: Statistik Austria: Volkszählung 2001).

Dieser Umstand ist vor allem auf die Tatsache zurückzuführen, daß seit den 1960er Jahren immer mehr ArbeitsmigrantInnen nach Österreich zugewandert sind und diese jetzt in das Pensionsalter kommen.

**Politische und strukturelle Rahmenbedingungen sozialer Integration älterer MigrantInnen**

Die demographische Struktur älterer MigrantInnen in Österreich ist ein Spiegelbild der Geschichte der Arbeitsmigration in Österreich seit den 1960er Jahren. Der größte Teil der ArbeitsmigrantInnen kam von Mitte der 1960er bis Mitte der 1970er Jahre nach Österreich. Eine zweite Einwanderungswelle gab es Ende der 1980er Jahre.

Insofern ist auch der Begriff *ältere MigrantInnen* in Beziehung zu Arbeitsmigration und ArbeitsmigrantInnen zu setzen und zu sehen. Er bezieht sich auf Menschen, die entweder in Österreich als MigrantInnen alt geworden sind, oder auf alte Menschen, die im Rahmen des Familiennachzugs nach Österreich gekommen sind. Eine Eigenmigration von älteren Menschen nach Österreich erfolgte im Zuge der Jugoslawienkrise.

Grundsätzlich kann gesagt werden, daß über die Lebenssituation der älteren MigrantInnen in Österreich und die spezifischen Bedingungen ihres Älterwerdens wenig bekannt ist. Fest steht jedoch, daß Österreich für sehr viele Angehörige der ersten „GastarbeiterInnengeneration" auch im Alter, nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben, Lebensmittelpunkt bleibt. Die Gründe dafür können die familiäre Verankerung im Migrationsland, gesundheitliche Aspekte oder knappe materielle Ressourcen, aber auch die Entfremdung vom Herkunftsland oder eine unsichere politische und ökonomische Lage im Herkunftsland sein. Unbestritten ist aber der Umstand, daß viele ehemalige

**Entwicklung innovativer Konzepte zur sozialen Integration älterer Migranten/innen**

Das Projekt ist Teil des Aktionsprogramms 3 „Vorbereitende Maßnahmen zur Bekämpfung und Vermeidung der sozialen Ausgrenzung" in den Europäischen Gemeinschaften (Europäische Kommission, GD Beschäftigung und Soziales) und zielt auf eine Verbesserung der Partizipationschancen älterer MigrantenInnen. Damit soll dem Tatbestand Rechnung getragen werden, daß Altern in der Migration mit spezifischen Risiken für die soziale Integration und gesellschaftliche Teilhabe verbunden ist. Beteiligt an diesem EU-Projekt sind Belgien, Deutschland, Niederlande und Österreich.

Seit einigen Jahren werden in Ländern Maßnahmen und Projekte für und mit älteren MigrantenInnen durchgeführt. Allerdings finden die dabei gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen in Politik, Verwaltung und Verbänden noch nicht die Aufmerksamkeit, die ihnen angesichts der wachsenden Zahl dieser Bevölkerungsgruppe zukommen sollte. Auch in der Fachöffentlichkeit besteht ein hohes Informationsdefizit. Zentrales Anliegen des Projektes ist es daher, bereits vorhandene Erfahrungen systematisch auszuwerten und für die Weiterentwicklung von Förderinstrumenten nutzbar zu machen. Es handelt sich dabei vor allem um Konzepte und Verfahren, die darauf abzielen, die gesellschaftliche Teilhabe, u. a. im Bereich der Kultur-, Freizeit- und Bildungsmöglichkeiten, durch die Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe von älteren MigrantenInnen zu verbessern. Die primäre Aufgabe des Projektes besteht darin, diesbezügliche innovative Ansätze zu eruieren und praktische Umsetzungsvorschläge zur kommunalen Partizipation von älteren Menschen ausländischer Herkunft in den beteiligten Ländern zu erarbeiten.

*Weitere Informationen zum Projekt (Laufzeit: Dezember 2001 bis April 2003): www.migranten-initiativen.org oder direkt von der österreichischen Projektstelle: Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung,*

*Mag. Margit Grilz-Wolf, Berggasse 17, 1090 Wien Tel.: (01) 319 45 05-44 E-Mail: grilz-wolf@euro.centre.org.*

ArbeitsmigrantInnen ihre nachberufliche Lebensphase in Österreich verbringen (werden) und es daher notwendig ist, die Situation älterer MigrantInnen in Österreich zu erforschen und eine bedarfsbezogene Sozialplanung zu entwickeln.

Die Erfahrung der Migration und die damit meistens verbundene Erfahrung an geringem Einkommen, knappem Wohnraum, erschwerten Bildungszugängen, keiner oder geringer rechtlichen Absicherung und mangelnder sozialer Integration sowie lebenslange Rückkehrorientierung kennzeichnen den Lebenslauf vieler älterer MigrantInnen und bedingen oftmals im Alter einen „ethnischen Rückzug" von MigrantInnen, der als Versuch zur Bewältigung der Doppelbelastung von Altwerden und Fremdheit angesehen werden kann (Dietzel-Papakyriakou, Olbermann 1996: 34-4; Reinprecht 1999; BMSG 2000).

Ältere MigrantInnen stehen oft einer Lebenssituation gegenüber, die aufgrund der lebenslangen Belastungen und Benachteiligungen keine positive Lebensbilanz ermöglicht, denn niedriges Einkommen und geringe Versicherungszeiten bedingen eine geringe Pension, knappen Wohnraum und ein schlechtes gesundheitliches Befinden. So sahen sich in der Studie *Ältere MigrantInnen in Wien* (Reinprecht 1999) 59 % der befragten MigrantInnen sehr stark durch gesundheitliche Probleme belastet, und jede/r vierte ältere MigrantIn fühlte sich älter, als er/sie tatsächlich war.

Es gibt zwar in Österreich zahlreiche Beratungs- und Betreuungseinrichtungen für MigrantInnen. Diese setzen jedoch nur in einem sehr geringen Ausmaß spezifische Angebote für ältere MigrantInnen (Reinprecht 1999: 9). So wird im *Handbuch der Integration 2002* (WIF 2002: 95-98) bei der Frage nach den Zielgruppen der Vereine, welche mit MigrantInnen arbeiten, sehr häufig der Begriff „alle" angegeben; die Auswahlmöglichkeit „SeniorInnen" wurde von den insgesamt 158 aufgelisteten Vereinen nie angeführt. Eine Bestandsaufnahme der Selbstorganisationen von (älteren) MigrantInnen liegt nicht auf.

Ebenso läßt sich vor dem Hintergrund der Studie *Ältere MigrantInnen in Wien* und dem *Seniorenbericht 2000* des Bundesministeriums für soziale Sicherheit und Generationen (BMSG 2000) erkennen, daß ein hoher Bedarf an Unterstützung für ältere MigrantInnen im Sozial- und Gesundheitsbereich besteht. Dies ist umso notwendiger, als in Österreich ältere MigrantInnen keinen Anspruch auf Sozialhilfe haben und deshalb für sie der Zugang zu sozialen Diensten und Einrichtungen extrem erschwert ist bzw. vom Ermessen der jeweils zuständigen Behörde abhängt.

Setzt man diesen Umstand in Beziehung zu den oben skizzierten Problemen und den weiters miteinzubeziehenden Faktoren wie Sprach- und Informationsmängel und/oder Defizite der sozialen Gesundheits- und Sozialdienste in spezifischen Angeboten für ältere MigrantInnen, so sind die derzeitigen Bedingungen, die ältere MigrantInnen in Österreich für eine aktive Gestaltung ihres Älterwerdens vorfinden, sehr ungenügend.

In diesem Sinne ist die immer wiederkehrende Forderung nach einer „interkulturellen Öffnung" der Altenhilfe und Altenarbeit im Bereich des Sozial- und Gesundheitswesens sowohl in der Literatur (Reinprecht 1999: 132) als auch in der durchgeführten Telefonrecherche bei Beratungs- und Betreuungseinrichtungen in Österreich im Rahmen unseres EU-Projektes (siehe Kasten) eine verständliche Forderung an die politischen Entscheidungsträger.

Bezüglich der sozialen Situation älterer Migranten und Migrantinnen bleibt aber die Frage offen: „Welche Einflußnahme bzw. Koordination zwischen von MigrantInnen entwickelten eigenen – auch informellen – Organisationsformen und staatlichen sozialen Diensten wäre hinsichtlich einer effektiven Altenbetreuung und in Hinblick auf eine Integration wünschenswert?" (Reinprecht 1999: 132).

## Strukturelle Rahmenbedingungen

Die Familie und das soziale Netz sind für ältere MigrantInnen in Österreich nach wie vor die wichtigste Ressource für die Bewältigung von kritischen Lebenslagen. Diese Netzwerke, die in einer Notsituation wie der Pflege älterer Angehöriger zu tragen kommen, sind sehr dicht, sind aber auch oft für die Familienmitglieder sehr belastend bzw. verursachen oft intergenerationelle Konflikte (Reinprecht 1999).

Insofern ist es nachvollziehbar, daß trotz der derzeitigen geringen Inanspruchnahme der Hilfe von ambulanten und stationären Gesundheits- und Sozialdiensten die Akzeptanz vorrangig der ambulanten Dienste bei der Befragung in Wien mit 21 % sehr hoch war. Die sozialen Einrichtungen der Altenhilfe sehen sich jedoch – aufgrund struktureller (finanzieller) Defizite wie keine muttersprachlichen Angebote für MigrantInnen oder zielgruppenbezogene Schulungen für MitarbeiterInnen – kaum in der Lage, dem steigenden Bedarf gerecht zu werden (Reinprecht 1999).

Ein Ergebnis unserer Arbeit ist aber auch, daß MigrantInnenvereine und -initiativen sich diesem Thema zu widmen beginnen und es zu ersten Gründungen von Seniorenvereinen von und für ältere MigrantInnen kommt bzw. Beratungs- und Betreuungseinrichtungen, die auch mit älteren MigrantInnen arbeiten, Projekte mit und für diese Zielgruppe starten. Das heißt, die MigrantInnenvereine und -initiativen sind sich dessen bewußt, daß eine weitere Zielgruppe ihrer Arbeit ältere MigrantInnen sein werden (müssen).

Die großen parteinahen Seniorenorganisationen in Österreich beschäftigen sich derzeit ungenügend mit der Gruppe der älteren MigrantInnen. Gemäß Bundesseniorengesetz, das 1998 in Kraft getreten ist, gelten als Seniorenorganisationen im Sinne des Gesetzes freiwillige Vereinigungen von SeniorInnen mit eigener Rechtspersönlichkeit mit Sitz im Inland, die gesamtösterreichische Bedeutung und daher in mindestens drei Bundesländern eine Zweigorganisation und mindestens 20.000 SeniorInnen als Mitglieder haben müssen. Ihr Hauptzweck muß die Vertretung und Förderung der sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und sonstigen Interessen der SeniorInnen sein. Zudem darf ihre Tätigkeit nicht auf Gewinnerzielung gerichtet sein. Erst wenn alle diese Kriterien erfüllt sind, stehen einer Seniorenorganisation Mittel aus der Allgemeinen Seniorenförderung zur Verfügung. Das heißt: kleinere bestehende Seniorenorganisationen oder neugegründete Vereine wie der *Seniorenverein von und für ältere Migranten und Migrantinnen in Wien* haben keinen Rechtsanspruch auf diese Mittel; sie finanzieren ihre Tätigkeiten großteils über Projektförderungen. Derzeit beziehen der *Pensionistenverband Österreichs*, der *Österreichische Seniorenbund*, der *Österreichische Seniorenring* und der *Zentralverband der Pensionisten Österreichs* Mittel aus der Allgemeinen Seniorenförderung. Diese beträgt insgesamt jährlich rund 1.550.000 Euro; das sind pro Senior/Seniorin in Österreich 0,80 Euro. In Österreich leben derzeit ca. 1,8 Millionen Senioren/innen.

Laut dem Bundesseniorengesetz gelten als Senioren/innen im Sinne des Gesetzes jedoch nur Personen, die die österreichische Staatsangehörigkeit besitzen oder den Wohnsitz in Österreich und eine Staatsangehörigkeit eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum haben. Somit sind viele ältere MigrantInnen in Österreich in diesem Gesetz nicht berücksichtigt, auch wenn sie, wie ebenfalls im Gesetz festgelegt, ein bestimmtes Alter (Frauen 55 Jahre, Männer 60 Jahre) und/oder eine Pension aus eigener Tätigkeit bekommen (vgl. *www.bmsg.gv.at/senioren/bundesseniorengesetz*).

## Auswirkungen

Österreich ist für viele MigrantInnen zu einer zweiten Heimat geworden, in welcher sie nun auch ihren Lebensabend verbringen werden. Als sie in den 1960er Jahren als ArbeitsmigrantInnen nach Österreich kamen, dachten sie, aber auch die politischen Entscheidungsträger in Österreich, nicht daran, daß sie einmal in Österreich in Pension gehen würden. Die Ziele des Rotationsmodells, an dem sich Politik und Wirtschaft orientierten, und die Hoffnung der MigrantInnen, sich mit dem Verdienst im Migrationsland in ein paar Jahren eine neue Existenz in der Heimat aufzubauen, haben sich nicht erfüllt. Aus diesem Grund müssen einerseits integrationspolitische Maßnahmen von seiten der Politik und Gesellschaft für ältere MigrantInnen gesetzt werden; andererseits müssen sich die älteren MigrantInnen mit der „Rückkehrillusion" und dem Altsein in Österreich auseinandersetzen. Für viele ältere MigrantInnen wäre in diesem Zusammenhang die Möglichkeit des „Pendelns" zwischen „alter" und „neuer" Heimat erstrebenswert. So waren in der Wiener Studie (Reinprecht 1999) 29 % für diese Lösung, weitere 29 % wollten in Österreich bleiben, 21 % wollten zurückkehren, und 16 % waren unentschlossen.

Diese Ergebnisse zeigen grundsätzlich eine hohe Mobilitätsbereitschaft älterer MigrantInnen, die jedoch durch sozialrechtliche Bestimmungen wie Pensions- und Versicherungsleistungen (z. B. Ausgleichszulage), die an den dauerhaften Verbleib in Österreich geknüpft sind (Waldrauch 2001: 369-396), und durch geringe materielle Ressourcen und/oder Krankheit von älteren MigrantInnen vermindert werden. Insofern ist es nicht verwunderlich, daß sich ein beträchtlicher Teil der ArbeitsmigrantInnen hinsichtlich ihrer persönlichen Migrationbilanz negativ äußert.

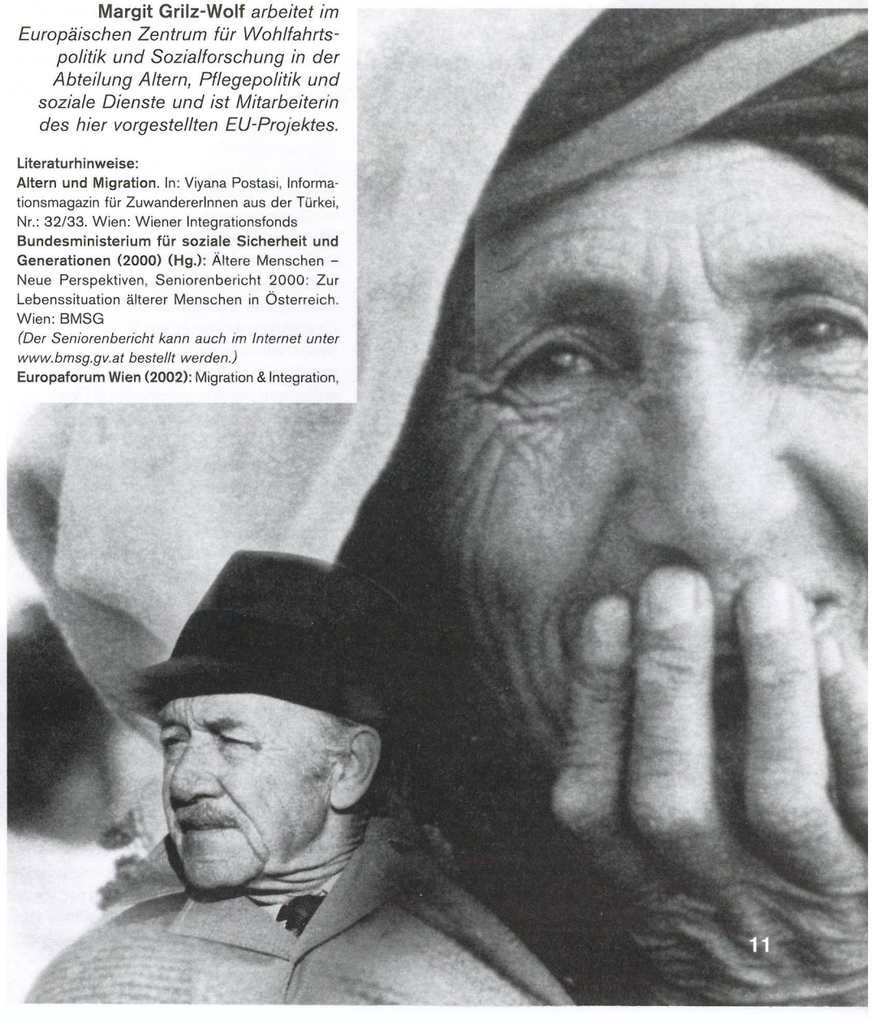
„... Für uns hat sich nicht sehr viel verändert. Damals waren wir arm, jetzt sind wir es noch immer. (...) Hier sind die sozialen und gesundheitlichen Dienstleistungen viel besser. (...) Ich werde nach meiner Pensionierung nicht in die Türkei zurückkehren. Mit der Pension, die ich bekommen werde, ist es nicht einfach, in der Türkei zu leben. (...) Ich kann nicht zurückkehren und meine Kinder hier lassen. Zudem fühle ich mich in der Türkei fremd (...). Wenn ich an meine Gesundheit und die Zukunft meiner Kinder denke, scheint mir die Rückkehr eine Illusion zu sein" (Cuma Bozkurt, 60 Jahre, lebt seit 27 Jahren in Wien. Aus: Altern und Migration, Viyana Postasi, Informationsmagazin für ZuwandererInnen aus der Türkei, Nr.: 32/33: 14).

Da das Altwerden nicht primär auf die Frage der Lebensjahre ausgerichtet ist, sondern eng verknüpft ist mit den soziokulturellen Werten einer Gesellschaft, erleben ältere MigrantInnen oft eine zweifache Stigmatisierung: Als alte Menschen erleben sie die Probleme der nachberuflichen Lebensphase und als ältere MigrantInnen (wieder) die ethnische Diskriminierung als Fremde, deren Bedürfnisse von den Sozialdiensten (noch) nicht berücksichtigt werden.

Aufgrund dieser Tatsache, die in Politik, Verwaltung und Verbänden noch nicht die notwendige Aufmerksamkeit hat, ist dieses europäische Forschungsprojekt für die beteiligten Länder und für die Europäische Union ein erster Schritt, mögliche bestehende erfolgreiche Verfahren und Konzepte aufzuzeigen und zu fördern. Die ausgewählten Vereine, Projekte und Initiativen in diesem EU-Projekt sind Vorreiter und Vorbilder in der (Zusammen-)Arbeit mit älteren MigrantInnen. Sie haben erkannt, daß ältere MigrantInnen eine eigene Zielgruppe in ihrer Arbeit bilden und beziehen diese in ihre Arbeit ein. Sie bringen durch ihre Arbeit das Thema „ältere MigrantInnen" in das Bewußtsein der politischen Entscheidungsträger und der Öffentlichkeit und bieten zugleich mögliche Zugänge zu dieser „jungen" Zielgruppe.

**Margit Grilz-Wolf** *arbeitet im Europäischen Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung in der Abteilung Altern, Pflegepolitik und soziale Dienste und ist Mitarbeiterin des hier vorgestellten EU-Projektes.*

**Literaturhinweise:**
**Altern und Migration**. In: Viyana Postasi, Informationsmagazin für ZuwandererInnen aus der Türkei, Nr.: 32/33. Wien: Wiener Integrationsfonds
**Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen (2000) (Hg.):** Ältere Menschen – Neue Perspektiven, Seniorenbericht 2000: Zur Lebenssituation älterer Menschen in Österreich. Wien: BMSG
*(Der Seniorenbericht kann auch im Internet unter www.bmsg.gv.at bestellt werden.)*
**Europaforum Wien (2002):** Migration & Integration, Teil 5, Anhang 1 – Vergleich Zuwanderungspolitik. Wien: Europaforum Wien
**Institut für Demographie (1998):** Bevölkerungsvorausschätzung 1996 bis 2021 nach Teilgebieten der Wiener Stadtregion. Wien: Institut für Demographie
**Dietzel-Papakyriakou, Maria / Olbermann, Elke (1996):** Soziale Netzwerke älterer Migranten. Zur Relevanz familiärer und innerethnischer Unterstützung. In: Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie, 29/1, 34-41
**Reinprecht, Christian (1999):** Ältere MigrantInnen in Wien, Empirische Studien zu Lebensplanung, sozialer Integration und Altersplanung. Wien: Senior Plus
**Stadt Wien MA 18, Stadtentwicklung und Stadtplanung; BLI, Bereichsleitung Integration (2002):** Migration Integration Diversitätspolitik. Wien: Stadt Wien, MA 18; BLI
**Waldrauch, Harald (2001):** Die Integration von Einwanderern. Ein Index der rechtlichen Diskriminierung. Wien: Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung, Band 9. 2
**Wiener Integrationsfonds (WIF) (1996):** Jahresbericht. Wien: WIF
**Wiener Integrationsfonds (WIF) (1997):** Jahresbericht. Wien: WIF
**Wiener Integrationsfonds (WIF) (1999):** Jahresbericht. Wien: WIF
**Wiener Integrationsfonds (WIF) (2002):** Handbuch der Integration. Wien: WIF
*(Informationen können auch im Internet unter www.wif.wien.at abgerufen werden.)*



Thema-Fotos: Mehmet Emir

# SENIORINNENKLUB IM BURGENLÄNDISCH-KROATISCHEN ZENTRUM / KLUB SENIOR/KOV U GRADIŠĆANSKO-HRVATSKOM CENTRU – EIN ERFAHRUNGSBERICHT

**Gabriela Novak-Karall**

**Selbstbestimmung und Selbstorganisation zeichnen den SeniorInnenklub im Burgenländisch-kroatischen Zentrum in Wien aus. Ausgezeichnet wurde diese langjährige Einrichtung jüngst auch im Rahmen eines EU-Projektes.**

**Ausgezeichnete Organisationen**
Folgende Organisationen wurden im Rahmen des EU-Projekts „Entwicklung innovativer Konzepte" (siehe S. 9-11) ausgezeichnet:

Klub Seniorov / Seniorenclub
Cilka Fischer (Leiterin),
Gabriela Novak-Karall (Sekretariat)
www.hrvatskicentar.at

Integra, Verein für Ausländerintegration
Rheinhilde Mendel, Elvira Freimuth
Bahnhofstraße 16
integra@utanet.at

Seniorenverein von und
für Migrantinnen und Migranten
Ramis Dogan, Kemal Akin
ramisdogan@hotmail.com

Zeit!Raum – Verein zur Förderung
soziokultureller Stadtteilarbeit
Projektzentrum 15., Süd
Claudia Hoffman
www.zeitraum.co.at

Islamischer Besuchs- und Sozialdienst
(Islamische Seelsorge)
Irmgard Amine Akar, Andrea Saleh
salehand@gmx.at

Manchmal bedarf es eines Anstoßes von außen, um einen Schritt zurückzutreten und die eigene Arbeit oder das Geschehen rundherum aus einer gewissen Distanz zu betrachten. Vieles, was so selbstverständlich, alltäglich, normal erscheint, sieht mit ein wenig Abstand völlig anders aus – sowohl im Positiven als auch im Negativen.

## Wozu diese Einleitung?

Nun ja, so ist es mir ergangen, als ich im Frühjahr des vorigen Jahres einen Anruf von Frau Grilz-Wolf vom *Europäischen Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung* erhielt: Sie recherchierte für das EU-Projekt „Entwicklung innovativer Konzepte zur sozialen Integration älterer MigrantInnen" (*Anm. d. Red.: siehe den Beitrag von Margit Grilz-Wolf auf S. 9-11*) das auf diesem Gebiet bestehende Angebot in Wien und war im Internet über unseren *Klub senior/kov* gestolpert. Auf meinen Hinweis, daß es sich bei den Mitgliedern des Klubs nicht um MigrantInnen im herkömmlichen Sinne handle – obwohl es in einigen Bereichen natürlich Parallelen gäbe –, meinte sie, ich solle den Erhebungsbogen trotzdem ausfüllen.

So war ich gezwungen, mich mit unserem SeniorInnenklub näher zu befassen. Der Klub war für mich integrativer Bestandteil des Zentrums – so selbstverständlich wie der Kindergarten, wie die wöchentlichen Chorproben und vieles andere –; er war „schon immer da". Seit es das *Centar* (*Gradišćansko-hrvatski Centar / Burgenländisch-kroatisches Zentrum* in Wien) gab, gab es auch den Klub.

Beim Ausfüllen des Erhebungsbogens wurde mir – von Frage zu Frage – immer mehr bewußt, was in diesem Klub eigentlich „passiert", was er bewirkt, wieviel dahinter steht. Und mit einem Mal erkannte ich, daß der Klub viel mehr ist als das regelmäßige Treffen älterer Menschen, die plaudern und Karten spielen.

## Formale und inhaltliche Voraussetzungen

Die formalen Voraussetzungen für den Erfolg des Projektes in dieser Form waren in jedem Fall die Rahmenbedingungen, vor allem die Sicherstellung der Infrastruktur, der Räumlichkeiten, das *Centar* an sich.

Die Initiative zur Gründung des Klubs ging von einer kleinen Gruppe „Betroffener" aus. In erster Linie waren es ehemalige oder noch aktive FunktionärInnen des Burgenländisch-Kroatischen Kulturvereines in Wien, die für sich und andere Angehörige der Volksgruppe in dieser Altersgruppe ein entsprechendes Angebot in Wien schaffen wollten. So konnte die Gestaltung des sozialen Lebens dieser Altersgruppe in einer vertrauten soziokulturellen Form und an einem für viele vertrauten Ort stattfinden.

Eine weitere Voraussetzung war die Regelmäßigkeit der Klubtreffen sowie die völlige Autonomie des Klubs von Beginn an, die Selbstorganisation und Selbstbestimmung der Inhalte. Hilfestellung von außen (seitens des Sekretariates des *Centar*) gab und gibt es nur bei Erfordernis bzw. in konkreten Punkten – Veröffentlichung der Klubtermine, Erstellung von Einladungen usw.

Zu den inhaltlichen Voraussetzungen zählen vor allem die Offenheit für alle gesellschaftlichen Schichten; gemeinsame Klammer ist die Sprache bzw. die burgenländischkroatischen Wurzeln. Von Beginn an war der Klub auch offen für nicht kroatischsprachige PartnerInnen, und im Laufe der Jahre konnten sich auch einige ZuwandererInnen aus Kroatien bzw. Bosnien im Klub integrieren.

Die Gestaltung des Klubprogrammes folgt dem Jahreskreis im Hinblick auf verschiedene Feste und Traditionen, darüber hinaus gibt es Vorträge (Gesundheit, juristische Fragen, Dia-Vorträge) sowie gemeinsame Stadt-Exkursionen und Ausflüge. Alle Klubmitglieder sind in die Gestaltung der Inhalte und das Programm des Klubs gemäß ihren Interessen und Fähigkeiten eingebunden, alle können Anregungen und Vorschläge einbringen.

Der Klub ist aber auch in andere Tätigkeitsbereiche des Zentrums eingebunden – ein SeniorInnenteam erledigt regelmäßig das Expedit der im *Centar* erscheinenden Zeitschriften und Programmfolder, andere steuern Selbstgebackenes für diverse Buffets bei.

Darüber hinaus gibt es eine Kooperation mit dem im *Centar* beheimateten Kindergarten. Interessierte SeniorInnen wurden eingeladen, den Kindergarten zu besuchen, um mit den Kindern zu spielen, Geschichten zu erzählen, sie bei Ausflügen zu begleiten. Derzeit kommen zwei Seniorinnen regelmäßig, um mit den Kindern zu kochen oder zu backen. Im Gegenzug besuchen die Kinder den SeniorInnenklub mit kleinen Glückwunschliedern oder -gedichten zu besonderen Anlässen (z. B. Weihnachten oder Muttertag).

## Probleme im Hinblick auf die Umsetzung der Projektziele

Das größte Problem in diesem Zusammenhang ist die Frage „Wie erreicht man die potentiellen InteressentInnen?" bzw. „Wie hilft man ihnen, die Schwellenangst zu überwinden?".

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß die Mundpropaganda das effektivste Medium ist und die meisten neuen Mitglieder aufgrund persönlichen Engagements und persönlicher Kontakte gewonnen werden konnten. Die Schwellenangst ist bei vielen potentiell Interessierten doch relativ hoch, und mit diesem persönlichen „Hereinholen" kann sie am leichtesten überwunden werden.

Von besonderer Bedeutung sind aber auch immer wieder Berichte in den kroatischen Medien über die Veranstaltungen und vielfältigen Aktivitäten des Klubs. Sie können bei der Zielgruppe das Interesse und die Neugier wecken, doch einmal zu einem Treffen und dann vielleicht auch regelmäßig zu kommen. Wichtig ist auch die Ankündigung der Klubtermine in den kroatischen Medien, im monatlichen Programmfolder des *Centar* sowie die eigene Rubrik in der Vereinszeitschrift, die sich mit „SeniorInnenthemen" befaßt.

## Erweiterung des Angebotes und Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe

Neben der Erhaltung des bestehenden Angebotes bzw. der Einbindung der SeniorInnen in andere Tätigkeitsbereiche des Zentrums steht mittelfristig vor allem der Ausbau eines Sozial- und Hilfsdienstes an erster Stelle. Den Ansatz bildet dabei das Motto „Von SeniorInnen für SeniorInnen"; das heißt: die Organisation und Verwaltung dieses Hilfsdienstes wird von Mitgliedern des Klubs übernommen, aber auch die Besuchs- und Hilfstätigkeit selbst.

So können auch InteressentInnen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr mobil sind, in das Klubleben einbezogen werden. Ein Teil des Klubangebotes (Kommunikation und Information in der Muttersprache) wird gewissermaßen auch „nach außen" verlegt. Andererseits ist es für die „Aktiven" eine Möglichkeit, ihre Erfahrungen aus dem Berufsleben (einige haben z. B. als Heimhelferinnen gearbeitet) einzubringen, vorhandene Potentiale, Kenntnisse und Fähigkeiten zu aktivieren, weitere soziale Kontakte in der Muttersprache zu pflegen. Die Installierung eines solchen Sozialdienstes in einer ersten Ausbaustufe scheint realistisch und sollte im Laufe dieses Jahres möglich sein.

## Übertragbarkeit auf andere Stadtteile und Regionen bzw. Volks- und MigrantInnengruppen

Im Sinne des EU-Projektes ging es natürlich auch um die Frage, wie weit das Konzept des *Klub senior/kov* auf andere Regionen oder Gruppen übertragbar ist. Die Übertragbarkeit ist in jedem Fall gegeben, Voraussetzung ist die Sicherstellung der Infrastruktur, vor allem der Räumlichkeiten für die Klubtreffen, darüber hinaus sind kaum weitere finanzielle Mittel erforderlich

Im Idealfall sollte die Initiative von den „Betroffenen" selbst ausgehen, vor allem sollten sie von Beginn an in den Aufbau eines solchen Klubs eingebunden werden und den Ablauf und die Inhalte selbst bestimmen. Wichtige Kriterien sind die Regelmäßigkeit der Treffen, und die kulturellen und gesellschaftlichen Angebote sollten sich nach dem Jahresablauf gemäß dem religiösen und kulturellen Hintergrund der Mitglieder richten.

Die Selbstorganisation und Selbstbestimmung, die Förderung vorhandener Potentiale waren wohl auch die ausschlaggebenden Kriterien, die den *Klub senior/kov* als „vorbildliche Initiative zur Förderung der sozialen Integration älterer MigrantInnen„ auszeichnete. Deshalb war es auch selbstverständlich, daß zwei Vertreterinnen des Klubs selbst nach Bonn fuhren, um dort im Rahmen des EU-Workshops ihr Projekt vorzustellen und die Auszeichnung entgegenzunehmen.

**Gabriela Novak-Karall**
*arbeitet im Burgenländisch-kroatischen Zentrum, beschäftigt sich mit Projekten zu Mehrsprachigkeit und kultureller Vielfalt; sie ist die Chefredakteurin von „put", der Zeitschrift der BurgenlandkroatInnen in Wien.*

stimmen

# QSI – QUALITY SUPPORTED SKILLS FOR INTEGRATION

**Patricia Hladschik**

**QSI – ein Projekt zur Entwicklung einheitlicher Standards für Ausbildungen im Integrationsbereich und zur Integration behinderter Menschen in den Arbeitsmarkt. Eine Projektvorstellung.**

Im Rahmen der europäischen Gemeinschaftsinitiative EQUAL entwickeln seit Mitte September des vergangenen Jahres 58 österreichische Entwicklungspartnerschaften innovative Standards, um Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt zu bekämpfen. Das Projekt QSI – *Quality Supported Skills* erarbeitet im Rahmen dieses Programms in den nächsten 30 Monaten Curricula und Qualitätskriterien für die Ausbildung von Integrationsfachkräften.

Der Köder muß dem Fisch schmecken und nicht der Anglerin!

So plausibel das klingt, ist es in der Praxis der Integrationsarbeit noch immer nicht selbstverständlich, daß der Blick auf die Bedürfnisse des Marktes und den Nutzen der Kundinnen und Kunden gelenkt wird.

Genau hier setzt das Projekt QSI an, das das Ziel verfolgt, gemeinsam mit behinderten Menschen und ihren Angehörigen einheitliche Standards für Ausbildungen im Integrationsbereich zu entwickeln.

## Die Ziele

Die Entwicklungspartnerschaft QSI will

- die Integrationsarbeit durch österreichweit gültige, Träger übergreifende Qualitätsstandards in Ausbildungen verbessern;
- die beruflichen Aufstiegschancen erhöhen und den (Wieder-)Einstieg ins Berufsleben erleichtern;
- die berufliche Anerkennung von Wissen aus informellen Tätigkeiten und eigener Betroffenheit fördern und damit Diskriminierungsketten durchbrechen;
- die Sichtweise der Kundinnen und Kunden als Maßstab in den Ausbildungen verankern;
- behinderten Menschen und ihren Angehörigen Profis zur Seite stellen, die nicht nur praktische Erfahrung und theoretisches Wissen mitbringen, sondern auch um die Rahmenbedingungen „behinderten Lebens" Bescheid wissen.

## Der Markt

In Österreich leben ca. 800.000 Menschen mit Behinderungen, die durch Hindernisse auf allen Ebenen ihres Lebens an einer gleichberechtigten Teilnahme am gesellschaftlichen Leben wie am Arbeitsleben gehindert werden. Ein hoher Prozentsatz dieser Personen benötigt ein erhöhtes Maß an Beratung, Betreuung und Begleitung, um in Bildungsmaßnahmen und Beschäftigungsverhältnisse integriert zu werden.

In den letzten Jahren ist in Österreich der Bedarf an Fachkräften, die behinderte Menschen und ihre Angehörigen im täglichen Leben unterstützen, stark gestiegen. Der Arbeitsmarkt rund um die Integration behinderter Menschen bietet positive Berufsperspektiven. Die Bemühungen um (vor)schulische Integration, die Einführung der Pflegesicherung, die Formulierung des Benachteiligungsverbots als Staatszielbestimmung und die Auszahlung der so genannten „Behindertenmilliarde" ließen zahlreiche integrative Unterstützungsstrukturen entstehen bzw. wachsen.

Der Arbeitsmarkt rund um die Integration behinderter Menschen bietet entsprechend positive Berufsperspektiven, wenn in Zukunft Ausbildungsangebote und klare Berufsbilder die vorhandene Nachfrage abdecken können.

## Die Bedürfnisse – oder „Die Kundin /der Kunde ist König/in"

Behinderte Menschen und ihre Angehörigen fordern als Expertinnen und Experten in eigener Sache selbstbewußt einen Wandel in der Arbeit mit und in der Beratung und Betreuung von behinderten Menschen ein. Zu Recht weisen sie darauf hin, daß die Situation am Ausbildungssektor in Österreich derzeit unbefriedigend ist und Wünsche und Bedürfnisse der Kundinnen und Kunden kaum Berücksichtigung finden. Das Projekt QSI holt die Kundinnen und Kunden mit ins Boot. Sie sind aktiv an der Entwicklung von Qualitätskriterien für integrative Arbeit beteiligt.

## Die Pilotlehrgänge

Im Zentrum der Arbeit von QSI stehen vier Pilotlehrgänge, die qualifizierte Integrationsfachkräfte mit folgenden Schwerpunktsetzungen ausbilden:

- Elternbildung mit Schwerpunkt Eltern behinderter Kinder
- Familienberatung mit Schwerpunkt Integration
- Schulbegleitung
- Individuelle Hilfe und Familienentlastung.

Die Lehrgänge bauen auf einem Basislehrplan von 72 Stunden auf, der aus sechs Grundblöcken besteht:

- Gesellschaftliche und persönliche Perspektiven
- Grundlagen einer integrativen Pädagogik
- Von der Ausgrenzung zur Integration
- Interdisziplinäres Arbeiten
- Selbstbestimmtes Leben
- Qualitätsmerkmale und Evaluation der praktischen Arbeit.

Darauf aufbauend besteht jeder Lehrgang aus einem zusätzlichen individuellen Curriculumsteil. Die dreisemestrigen Angebote, die je nach Lehrgang zwischen 144 und 226 Stunden umfassen, sind für jeweils 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmer konzipiert, finden berufsbegleitend statt und sind kostenlos.

## Unser Menschenbild

Die Vision, die das Projekt QSI leitet, ist die Gleichberechtigung von behinderten und nicht behinderten Menschen in allen Lebensbereichen. Eine Gesellschaft ist nur dann eine offene und lebenswerte Gesellschaft, wenn alle sozialen Gruppen gleichberechtigt an allen Lebensbereichen teilnehmen können. Daher ist auch unser arbeitsmarktpolitischer Ansatz, verbesserte Ausbildungen für Beschäftigte in der Integration behinderter Menschen zu entwickeln, im Kontext der Unteilbarkeit der Menschenrechte und der Nichtausgrenzung zu sehen.

Dazu gehört eben auch, daß die QSI-EntwicklungspartnerInnen gemeinsam mit behinderten Menschen und ihren Angehörigen an der Entwicklung von Qualitätsstandards für die Ausbildung von Integrationsfachkräften arbeiten.

Das Jahr 2003 ist von der Europäischen Gemeinschaft zum Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen ausgerufen worden. QSI leistet einen Beitrag dazu, daß die Bedürfnisse behinderter Menschen nicht nur ein Jahr lang im Mittelpunkt des medialen und gesellschaftlichen Interesses stehen, sondern auf Dauer in der Ausbildung von Integrationsfachkräften Berücksichtigung finden.

QSI-EntwicklungspartnerInnen sind:
Die Förderagentur, Graz
Integration:Österreich, Wien
Sozialökonomische Forschungsstelle, Wien
Pädagogische Akademie des Bundes in OÖ, Linz
Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Salzburg
Selbstbestimmt Leben Initiative Wien
Verein Miteinander, Linz
BAB GesmbH Unternehmensberatung, Wien
Landesstelle Steiermark des Bundessozialamtes, Graz
Bundesarbeiterkammer
Bundeswirtschaftskammer.

*Weitere Informationen:*
*QSI-Koordinationsstelle*
*Integration:Österreich*
*Tannhäuserplatz 2, 1150 Wien*
*Tel.: (01) 789 17 47-23*
*Fax: (01) 789 17 46*
*E-Mail: info@qsi.at, www.qsi.at*

**Patricia Hladschik** *ist Koordinatorin des Projektes QSI; daneben ist sie als Verlegerin, Kulturpublizistin und literarische Übersetzerin tätig.*

Foto: QSI

**„ExpertInnen in eigener Sache"**
Wolfgang Mizelli, Vorsitzender von *Selbstbestimmt Leben Österreich*, ist als Vertreter von SLI Wien für die „Disabled People Empowerment Strategy" bei QSI zuständig:
*„Nothing about us without us!* Dieser Slogan der internationalen Behindertenbewegung drückt einfach und klar aus, worum es geht. Wenn unsere Angelegenheiten verhandelt werden, reden wir erstens mit und bestimmen zweitens, wo die Reise hingeht. Wir sind die ExpertInnen in eigener Sache. Das betrifft unser eigenes Leben, und das betrifft die Rahmenbedingungen, in denen wir leben.
Wir reden im übrigen alle mit und nicht nur VertreterInnen der großen Verbände und Organisationen. Wir sind mündige BürgerInnen. Diesen Anspruch gilt es von seiten nichtbehinderter Menschen zur Kenntnis zu nehmen.
Behinderte Menschen werden aber immer noch gedemütigt und nicht ernst genommen. Ihre Bedürfnisse und Anliegen werden ignoriert. Alle anderen wissen immer besser, was gut für behinderte Menschen ist. Damit muß jetzt Schluß sein!"

stimme@chello.at
Ein E-Mail macht Sie zur Abonnentin der Stimme
Ein E-Mail macht Sie zum Abonnenten der Stimme
www.initiative.minderheiten.at
Sie können auch Mitglied der Initiative Minderheiten werden. Besuchen Sie unsere Website

# WELTKONFERENZ DER ETHNOTHERAPIEN 2002

## SIEH DEM FREMDEN INS ANTLITZ: EIN SUBJEKTIVER EINDRUCK

**Ruth Karzel**

**Wir haben in unserer westlichen Zivilisation viel von Heilern zu lernen. Hier geht es nicht um Flucht vor unserer selbstgeschaffenen Realität in esoterische, exotische Gefilde. Und es ist eine Chance: Etwas in Richtung eines Gleichgewichtes zu bringen, das seit Jahrhunderten in schrecklichem Ungleichgewicht hängt.**

**Ethnomed**
*Ethnomed* ist ein Netzwerk von über 7.000 internationalen Wissenschaftlern, Forschern, Praktizierenden, Vereinigungen, Interessenten, traditionellen Heilern und Schamanen sowie über 100 ehrenamtlichen Mitarbeitern. Das Institut arbeitet gemeinnützig zur Förderung der Wissenschaft, Forschung und Bildung des öffentlichen Gesundheitswesens und der Weltgesundheit. *Ethnomed* unterstützt Projekte zur Revitalisierung traditioneller ethnischer Heilverfahren und deren Integration, fördert die Arbeit des internationalen Netzwerks WORLD WIDE HEALER FORUM und koordiniert Veranstaltungen, Publikationen und Kontakte weltweit.

Was bringt die einen dazu, traditionelle Heiler und Schamanen sowie Wissenschaftler aus der ganzen Welt zu einer Konferenz nach Mitteleuropa einzuladen, und die anderen – Ärzte, Heilpraktiker, Therapeuten, Psychologen, Ethnologen, Künstler oder ganz einfach Interessierte – dazu, sich damit auseinanderzusetzen?

Dazu als Kurzinformation: Die Weltkonferenz der Ethnotherapien im Oktober 2002 wurde von *Ethnomed*, Institut für Ethnomedizin e. V. in München, in Kooperation mit anderen Institutionen organisiert.

### Das Sichtbare – das Unsichtbare

Kurz zur Struktur der Konferenz selbst – die Vorlesungen am Vormittag an der Universität München widmeten sich wissenschaftlichen Ansätzen, kulturübergreifenden Projekten und traditionellen Heilmethoden im Kulturvergleich. An den Nachmittagen konnte man in Workshops mit den traditionellen Heilern, Schamanen, Sufis sowie Spezialisten aus der Naturheilkunde sein Wissen vertiefen und in Ritualen und Zeremonien etwas Erfahrung erwerben.

Was also kann es jemandem gebracht haben, dorthin zu gehen?

In einer vor allem materiell faßbaren Welt, in der gilt, was sichtbar ist und sichtlich nützt, kommen da also Heiler her – wie ich jetzt ganz allgemein und salopp jene nennen will, die sich mit traditionellen Methoden der Gesundung sich ihnen anvertrauender Menschen widmen (die Diskussion, was nun ein Schamane sei, führen die Ethnologen an anderer Stelle). Menschen zumeist aus völlig anderen Kulturen mit Methoden, die manchmal jenseits (bisher) meßbarer Vorgänge funktionieren; und sie bringen ihre Weltsicht ein in diese Konferenz. In einem stimmen diese Gäste – bei aller Verschiedenheit untereinander – überein: Sie arbeiten auch für das Wohl aller Menschen, für den Weltfrieden.

Eine ganzheitliche Sicht, und ob es nun Nepalesen, Canela aus Amazonien oder etwa Azteken aus Mexiko sind – ihre Erfahrung und das, was sie lehren, heißt: Ich stehe nicht allein, ich bin eingebunden in eine Welt, die Sichtbares und Nichtsichtbares umfaßt, ich bin Teil der Schöpfung, mein Wohlergehen ist mit dem der Welt verwoben. Es kann mir auf Dauer nicht gutgehen, wenn ich mir das auf Kosten anderer Menschen und der Natur hole.

In dieser Sicht wird Spiritualität, was immer das für den Einzelnen von uns heißen mag, einfach und nachvollziehbar, es geht nicht um Dogmen und Heilige Bücher und Sekten, sondern um unsere Verbindung zu dem, was uns umgibt, zu dem, wo wir herkommen und wo wir hingehen. Wer weiß es schon? In unserer stark bewertenden, dualistischen Kultur sind die Aussagen stets verbindlich. Im Grunde einfältig. Warum soll es denn wichtig sein zu beweisen, welches Jenseits das richtige ist? Muß immer wer recht haben?

### Sehnsucht nach Unsterblichkeit

Und schon sind wir mit der Spiritualität da, wo sich noch ein großer Unterschied zu unserer technokratischen westlichen Kultur zeigt: „Heil" und „heilig" haben sich getrennt, die gemeinsame ethymologische Wurzel ist gespalten worden, es gibt medizinisches Personal und Krankenkassen und die Pharmaindustrie, vor allem diese, auf der einen Seite, und die institutionalisierten Kirchen auf der anderen. Es gibt die Theologie, sie ist eine Wissenschaft, aber immer mehr Menschen dringt die Religion nicht mehr ans Herz, die *Rückbindung*, ursprüngliche Bedeutung des Wortes, fehlt.

Und dann diese Schamanen hier auf der Konferenz, die in der Trance ihre religiösen Vorstellungen anrufen und um Hilfe bitten, das Heil herbeisingen. Oder die Canela aus dem Amazonas, die jeden Tag die Sonne herbeisingen und am Abend den Tag singend wieder verabschieden.

Allerdings, gibt es in unserer technisierten, verwissenschaftlichten, materialistischen Kultur nicht auch die Sehnsucht nach Unsterblichkeit, nach Transzendenz? Ist nicht die Neugier, die Gier nach Wissen immer eine wesentliche Triebkraft gewesen, die viele Forscher gleichzeitig nach Ruhm streben läßt; träumen nicht viele davon, durch Entdeckungen gleichsam in die Unsterblichkeit einzugehen? Die Raumschiffahrt, das „spacige" in Mode und Architektur, Türme, silbrige und gläserne Hochhäuser – zeigen sie nicht möglicherweise in ihrem Äußeren eine unbewußte, materialisierte Sehnsucht unserer Gesellschaft hinauf, nach Transzendenz?

### Kontakt zum Selbst

Der Unterschied: ein Heiler hat in seiner Lehrzeit, in der Erfahrung von Untergang, Schmerz und Tod sein Ego verloren, während Stararchitekten, Modeschöpfer etc. unserer heutigen Zeit das ihre im Rampenlicht sonnen, die gleißenden Jupiterlampen von Fernsehteams für wahre Gestirne haltend.

Das also bringt so ein Kontakt mit sich: Wir haben in unserer westlichen Zivilisation viel von Heilern zu lernen. Und damit es deutlich sei: Hier geht es nicht um Flucht vor unserer selbstgeschaffenen Realität in esoterische, exotische Gefilde, was im übrigen auf der Konferenz auch angesprochen wurde. Sondern es geht darum, in aller Demut wieder zu lernen, was es auch bei uns einmal gegeben haben muß: Kontakt zu unserem tiefsten Selbst jenseits vom Ego zu finden, in Konsequenz zur Verbindung zu unserer näheren und weiteren Umgebung, zum Leben, Universum, Kosmos – wie immer man es nennen mag. Auf der Flucht hingegen geschieht die gierige, verzweifelte Aneignung fremder Methoden, ohne den Kontext je authentisch erfahren zu können. (Es sei denn, man ist in einer Hütte am Amazonas etwa, von indianischen Eltern geboren.) Es geht nicht darum, mit bemalten Gesichtern herumzuhüpfen, sich diese fremden Rituale anzueignen, sie ihren Eignern wegzunehmen und womöglich gewinnbringend in Seminaren für Verzweifelte zu verkaufen. Oder um Rezepteklau.

Es geht um Transformation, um ein Erkennen dessen, was diesen Ritualen zugrunde liegt und was uns alle, die wir Menschen sind, betrifft, um diese anthropologischen Konstanten.

Es geht darum, im Erkennen und Würdigen die eigenen Formen dafür wieder zu finden. Das hat in einem sehr weiten, umfassenden Sinne mit Liebe zu tun.

Und deshalb geht es zum Beispiel auch darum, die indigenen Völker vor der Ausbeutung schützen zu helfen. Etwa vor dem Abluchsen pflanzlicher Heilrezepturen durch die Pharmakonzerne, die dann Reichtümer scheffeln mit dem wertvollen Wissen von Menschen, die der täglichen Bedrohung des Ausgerottetwerdens ausgesetzt sind, direkt physisch und indirekt durch die systematische Zerstörung ihrer natürlichen Umgebung.

### Zusammenarbeit beider Welten

Ja, auch dies war Thema im Kongreß. Ein Canela-Mann und seine Frau, die im Hörsaal der Anatomie *coram publico* verzweifelt ihren Sohn beweinten, betrauerten, der vor ein paar Monaten von Weißen gevierteilt worden ist. Gevierteilt im Jahr 2002!

Und dennoch waren sie bereit, vor einem überwiegend weißen Publikum in ihrem Ritual das Heilwerden der Welt herbeizusingen. Dies war der schrecklichste und der berührendste Moment während des ganzen Kongresses.

Wie stelle ich mich dem als weißer Mensch? Dem Gefühl von Schuld und gleichzeitig persönlicher Unschuld? Es war ein überaus wichtiger, wertvoller Moment der Veranstaltung, der zu all dem Gebotenen dazu gehörte: es auszuhalten, nicht zu verdrängen. Es war irdische Wirklichkeit, es zu verhindern wäre Lüge gewesen.

Es geht auch nicht darum, andere Kulturen zu verherrlichen und eigene Wünsche und Sehnsüchte hinein zu projizieren; es geht um das voneinander Lernen, es geht um das Eröffnen anderer Dimensionen, die unendlich tiefer und weiter sind als Zahlen und Fakten unserer überwiegend materialistisch denkenden westlichen Welt.

Schöne Beispiele einer fruchtbaren Zusammenarbeit beider Welten, der westlich geprägten Schulmedizin und traditioneller Heilkunst, gibt es etwa in Nepal, wo Schamanen und Ärzte in einem Krankenhaus in Katmandu zusammenarbeiten. Oder in Kolumbien, wo ein Arzt moderne Therapieverfahren und heilende Rituale der Ureinwohner Amazoniens kombiniert.

Es geht um Anstöße, die Dinge einmal anders zu betrachten. Als passionierter Nichtraucherin gefiel mir ein Vortrag über den Tabak als Schamanenpflanze: verehrt, geheiligt, voll Respekt genossen, schadet er nicht – denn Indianer inhalieren nicht. Erst die hastige, gierige, achtlos inhalierte Industriezigarette kann den Schaden bringen, den man der heiligen Pflanze Tabak zu Unrecht anlastet. Es sind unsere Sucht, unsere Gier und der achtlose Umgang mit den Dingen, die die Konsequenzen – nicht die Dinge selbst! – zu schädlichen, tödlichen Erfahrungen mutieren lassen.

### Vergessene heimische Weisheit

Es geht auch um längst vergessene heimische Kenntnisse, wie die Signaturenlehre der Pflanzen: An welchem Merkmal der Pflanze erkenne ich, welche Pflanze welchem Körperteil bzw. welchem Leiden zugeordnet wird? Verblüffende Zusammenhänge etwa von Formen und Farben, die bereits Paracelsus kannte. Weisheit, die in Vergessenheit geraten ist.

Merkwürdigerweise saß mir die ganze Zeit ein „ja, genau, weiß ich eh" im Kopf, als hätte das Gehörte ein unbewußtes inneres Wissen angestoßen. Kein gelangweiltes Dasitzen aber! Eher freudiges Wiedererkennen, als schlummerte etwas und würde wach. Nichts erschien unverständlich oder absurd. Die Vision der „einen Welt" blitzte auf, des Menschseins an sich, menschlicher Grundmuster jenseits aller Kulturunterschiede.

Auf die Frage „Was bringt es?" finde ich für mich die Antwort: Sieh dem Fremden ins Antlitz und erkenne dich selbst! Denn alles Fremde tragen wir auch in weniger beleuchteten Seiten in uns. Damit mag auch das soeben erwähnte Gefühl des Wiedererkennens zusammenhängen: Ich weiß, obwohl ich weiß, daß ich nicht weiß.

Es ist auch eine Antwort auf das globalisierte Scheffeln. Es geht um ein respektvolles Kennenlernen und um ein Wiederlernen der Essenz – was haben uns diese Heiler, die noch nicht ihrer umgebenden Natur so entfremdet sind wie wir, zu sagen? Und – es ist eine Chance: Etwas in Richtung eines Gleichgewichtes zu bringen, das seit Jahrhunderten in schrecklichem Ungleichgewicht hängt: Diese unverblümte Arroganz des weißen Teils der Welt, sich als Wissender aufzuspielen, ohne die eigenen blinden Flecken registrieren zu wollen, und den indigenen Kulturen – die als unwissend begriffen werden – seine Zivilisation aufzudrängen. Jetzt ist die Gelegenheit da, sich wahrhaft respektvoll vor der Menschenwürde und dem Wissen dieser Menschen zu erweisen – und dankbar.

Im Sinne einer Ganzwerdung dieser zerrissenen Welt, ihrer zerrissenen Bewohner. Die Essenz bleibt die gleiche: Es geht um den heilenden, also liebenden Umgang mit uns selbst und damit der Welt. Das eine bedingt das andere. Und damit unser aller Überleben.

**Ruth Karzel** *arbeitet mit dem Großgruppenverfahren „Open Space", schreibt und übersetzt.*

Zeichnung: Andreas Ohrenschall

# DAS ANDERE ICH IM BUNDESLAND STEIERMARK

**Michael Petrowitsch**

**„Es ist der Wahn der Aufklärung", schreibt Theodor W. Adorno, „von den Menschen die Furcht zu nehmen, indem sie in den Bannkreis der Tatsachen eingeschlossen werden. Über das, was draußen und anders ist, ergeht ein universales Tabu. Vorm Anderen hat Aufklärung mythische Angst."**

Wenn Nicolaus Harnoncourt, zweifellos einer der größten Söhne der steiermärkischen Landeshauptstadt, ein Interview zur Lage von Graz als Kulturhauptstadt 2003 gibt, spricht er über das Schattendasein, aus dem diese Stadt heraustreten muß und – aufgrund des großangelegten Unternehmens – auch wird. Den Grund für das Schattendasein, in dem die steiermärkische Landeshauptstadt sich befindet, ortet er in der geographischen Entfernung zu Italien. Geographisch gesehen ist dies wohl richtig, inhaltlich sitzt in dieser Aussage allerhand noch zu Erforschendes. Was hat Italien, was dem Bundesland Steiermark abgeht: „Kultur" vielleicht? Im Sinne eines erweiterten Kulturbegriffs stellt sich also die Frage, wieso Graz so weit weg von einem kulturellen Selbstverständnis sein soll und sich dies immer wieder in öffentlichen Äußerungen manifestiert.

### Kulturelles Selbstbewußtsein

Die Basis für diesen Mangel an kulturellem Selbstbewußtsein äußert sich ebenso im Umgang mit der Zweitidentität des Bundeslandes, der slawischen nämlich. Mittlerweile unbestritten und allgemein bekannt ist, daß die slawische Teilidentität sowohl – biologistisch gesprochen – „autochthon" als auch unter interkulturellen Vorzeichen vorhanden ist. Daß Volksgruppendasein nicht immer zwingend mit Tamborizzagruppen, Singen und Tanzen zu tun haben muß, sondern sich im Stillen abspielen kann, zeigt sich am Beispiel der südlichen Steiermark.

„Volksgruppenbewußtsein" äußerte sich in den letzten Jahrzehnten im Privaten und als Haussprache. Die politischen Gründe dafür waren im Prinzip der „Reziprozität" zu suchen. Dies verbesserte sich nach dem Zerfall Jugoslawiens und wurde durch die EU-Beitrittsstrategien Sloweniens und den wirtschaftlichen Interessen beider Länder beinahe ausgemerzt. Die Minderheitenfragen in den beiden Ländern wurde dann so nebenbei mitgenommen. Der Bewußtseinsfindung der Region tut es wohl gut, wenn die Schengen-Außengrenze in den Süden rutscht, ohne darauf eingehen zu wollen, was dies für jene bedeutet, die weiterhin draußen sind.

### Mythen um Identität

In einem nicht-urbanen System ist es weitaus schwieriger, seinem sozialen Umfeld zu „verkaufen", daß man die Kinder zum Freigegenstand Slowenisch schicken will, als im städtischen Multikulti-Kontext den Toleranzgedanken von Kindesbeinen an zu fördern.

Der medialen Präsenz und damit den besseren Verkaufschancen von Minderheitenfragen im allgemeinen, beginnend mit der Mitte der 90er Jahre, kommt in dieser Frage eine besondere Bedeutung zu. Hätte das auflagenstärkste Printmedium im Bundesland in den Nachkriegsjahrzehnten Engagement bewiesen, Slowenischunterricht und eine allgemein unterstützende Funktion des Bundeslandes wären nie ein Thema gewesen.

Im Kulturkampf-Stil und symptomatisch für die abwesende Anwesenheit dieses Doppelcodes liest sich eine Sage, die über die etymologische Entwicklung des Namens der Landeshauptstadt berichtet und damit etwaige Einflußsphären, die sich über die Namensgebung heranschleichen, zurückweisen will. Sie dechiffriert die Crux der steirischen Identität, welche prompt auch in einer Wahlwerbebroschüre einer Großpartei im Zuge der Gemeinderatswahlen im Jänner in Graz auftauchte.

Die permanente Anwesenheit des slawischen Elementes äußert sich zumindest im steiermärkischen Alltag auf der Oberfäche: Wer kommt schon auf den Gedanken, daß hinter dem Stadtnamen Deutschlandsberg die slawische *Auwiese* steckt und daß der Schöckl bei Graz ein slawischer *Wächter* ist. Im Lehnwortschatz finden sich der Klapotetz, die Potitze, und der Autor erinnert sich, in den 70er Jahren noch von seinen Spielgefährten aus steirischslowenischem Elternhaus eine deutsche Variante des slowenischen Duals gehört zu haben: Die oanzwoa (slov. *onadva*) kemman no: die beiden kommen noch. Im Zuge eines breitangelegten Feldforschungsprojektes südsteirischen Liedgutes bestätigte sogar das *Steirische Volksliedwerk* diese Existenz.

### Sprache und Grenze

Daß Zweisprachigkeit in den Grenzregionen einfach zum Alltag gehört und praktiziert wird, ist ebenso offensichtlich und unüberhörbar wie das Phänomen, daß das Ansprechen darauf nach wie vor mitunter zu sofortiger ablehnender Haltung führen kann. Die Soziologin Sonja Ebner weist in ihren Studien auf die Ambivalenz in der Sprachkompetenz, auf Scham-Spiralen und auf das habituelle Schande- und Stolzverhalten im Kontext mit dem Sprachgebrauch in der Region hin.

Abseits von AVNOJ-Dekreten, Reziprozität der Volksgruppenfragen, Rückgabeforderungen u. ä. ist von offizieller Seite vielmehr der wirtschaftliche Zusammenschluß von Interesse, das Schlagwort eines „Europa der Regionen" – in dem derzeit bereits mehr Österreicher in Slowenien arbeiten als umgekehrt und in dem Slowenien zu einem stark anwachsenden nicht nur Einkaufs-, sondern auch reinen Tourismusfaktor herangewachsen ist. Mit der Realisierung hapert es da noch ein wenig. In einem publizierten Gespräch zwischen dem Ostbahnkurti und dem Chef der Österreichwerbung las sich das dann noch vor wenigen Wochen folgendermaßen: Der Werbechef reflektiert den Bereich „Marktsegment Tourismus Osteuropa" mit den Worten: „Da liegt oft ein Problem der gegenseitigen Achtung. So gibt es immer noch bei vielen Österreichern Probleme, Slowenen als selbstverständliche Gäste anzuerkennen." Für seinen Gesprächspartner stimmt dieses Stimmungsbild allein für die Steiermark und Kärnten, für das Burgenland will er dies nicht akzeptieren. Da steht offensichtlich noch viel Bewußtseinsarbeit an, um dies anzuerkennen. Die politischen Vorzeichen – aufgrund wirtschaftlicher Interessen beiderseits der Grenze – skizzieren zumindest ein weitaus positiveres Bild in Sachen Zuerkennung des Minderheitenstatus als noch vor fünf Jahren bei der Eröffnung des Pavelhauses. Vielleicht funktionieren Normierungsversuche der Großmutter des Autors wie „Wenn Du nicht Ruhe gibst, kommen die Partisanen und holen Dich über die Grenze!" dann nur noch in der nostalgischen Schublade und nicht mehr in der angstbesetzten.

**Michael Petrowitsch** *ist Geschäftsführer des Artikel-VII-Kulturvereins für Steiermark und leitet das Pavelhaus (www.pavelhaus.at) in Laafeld bei Radkersburg.*





# EIN EPIDEMIOLOGISCHES WELTRÄTSEL

**Erwin Riess**

Jedes Jahr vor Weihnachten fuhr Groll im Auftrag seines New Yorker Verlegers durch Wien und kontrollierte neuralgische Punkte der Stadt im Hinblick auf ihre Barrierefreiheit. Anfang des neuen Jahres erschienen dann im *Manhattan Wheeling Courier* Korrespondentenberichte aus der ganzen Welt, so daß ein aufschlußreicher Überblick entstand. Zu den Fixpunkten von Grolls Reise zählten der Franz-Josefs-Bahnhof, der Südbahnhof, das Casino Schwarzenberg des Burgtheaters, das Karajan-Zentrum, mehrere Heurige, der Augustiner- und Piaristenkeller sowie das Kinozentrum im Millenniumstower. Groll kannte diese Örtlichkeiten als in keiner Weise behindertengerecht, und mit schöner Regelmäßigkeit konnte er Jahr für Jahr davon berichten, daß sich in Wien nichts verändert habe. Er war gerade dabei, den Südbahnhof wieder zu verlassen, als er des Dozenten ansichtig wurde, der auf dem Laufband stand und aufgeregt winkte.

„Geschätzter Groll! Auf ein Wort!" rief er.

Längst hatte Groll den Rollstuhl umgedreht. Langsam fuhr er auf den Dozenten zu. „Da schweben Sie hernieder, ein gefallener Engel der Soziologie", begrüßte Groll seinen Freund.

„Lassen Sie Ihre Sottisen", sagte der Dozent und lächelte. „Ich muß Ihnen etwas erzählen."

„Gehen wir dort drüben zum Stehcafé", sagte Groll.

„Nicht gerade ein einladendes Ambiente", meinte der Dozent, als sie ein Stehtischchen belegten.

„Österreichs Tor in den Süden", sagte Groll. „Der Südbahnhof ist ebenso wirkmächtig wie die andauernd verschärften Asylgesetze. Ohne Südbahnhof würden doppelt so viele Menschen in Österreich um Asyl ansuchen."

„Sie meinen, die Asylwerber zeigen sich von diesem schmutzstarrenden Bahnhof so beeindruckt, daß sie auf den Antrag verzichten und es woanders versuchen?" Der Dozent nahm seine schmale Reisetasche zwischen die Beine.

Das Innenministerium lasse allabendlich Straßenmüll im Bahnhofsgelände verteilen, erwiderte Groll. Der Südbahnhof entspreche solcherart in seiner abschreckenden Wirkung drei Dutzend Grenzübergängen der Marke Schengen.

Er glaube ihm jedes Wort, sagte der Dozent und begann mit seinem Bericht. Er sei ein paar Tage in Klagenfurt gewesen, an der Universität, wo er einen viel beachteten Vortrag gehalten habe: „Die Rolle der Karawanken bei der Entstehung von Verhaltensstörungen unter Kärntner Jugendlichen." Groll faltete die Hände über seinem Bauch, der Dozent fuhr fort. Das Studium einer Fülle von Krankheitsgeschichten habe ergeben, daß es eine direkte Korrelation zwischen der Nähe des Gebirges und der Häufigkeit von Verhaltensanomalien bei Jugendlichen gebe. Dieses Ergebnis korrespondiere mit einer amerikanischen Studie, der zufolge in der Nähe der Rocky Mountains der Prozentsatz autistischer Kinder um fünfzig Prozent höher sei als im Flachland. Die Epidemiologie gehe davon aus, daß die Berge an diesem Befund wesentlich beteiligt sein müßten.

Groll zeigte sich von den Worten des Dozenten beeindruckt. Er nahm seinen Hut ab und erkundigte sich beiläufig, was denn die Epidemiologie sei. Die Wissenschaft von den Gesetzmäßigkeiten der Entstehung, des Vorkommens und der Ausbreitung von Krankheiten sowie krankhaften Zuständen und Gewohnheiten, sagte der Dozent. „Wenn Sie zum Beispiel wissen wollen, in welchen Regionen Österreichs die größte Häufung von Leberzirrhosen auftritt, dann ist die Epidemiologie gefordert."

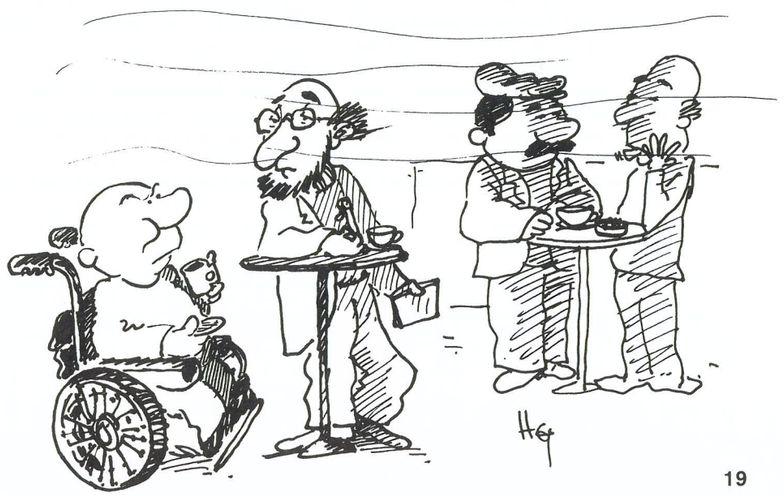
Dann könne diese Wissenschaft auch die oft gestellte Frage klären, ob es an Flüssen mehr Wassertode gibt als in flußfernen Gebieten, erwiderte Groll. Er wisse da von einer Frau, die in der Nähe einer Donaubrücke wohne und regelmäßig Menschen beobachte, die in selbstmörderischer Absicht über das Geländer steigen und in den Strom springen. Manche dieser Leute würden aber von ihr zurückgehalten.

„Manche?" fragte der Dozent erstaunt.

Eine Minderheit, ergänzte Groll. Die Frau sei der Ansicht, daß es bei den meisten nicht dafür stehe, sie vor dem Sprung zu bewahren. Für ihn, Groll, erhebe sich nun die Frage, ob die epidemiologische Wissenschaft in der Lage sei, herauszufinden, anhand welcher Kriterien die Frau die einen in den Tod gehen lasse, die anderen aber rette.

„Eine gute Frage", sagte der Dozent und zückte sein Notizbuch. „Ich werde ihr in einem wissenschaftlichen Beitrag nähertreten."

Das sei sehr freundlich von ihm, sagte Groll. Endlich sehe er Chancen, dieses epidemiologische Welträtsel zu lösen. Dann lud er den Dozenten auf einen Mokka ein. Ein paar Männer mit struppigen Bärten und erfrischend direkter Ausdrucksweise waren auf die beiden aufmerksam geworden. Wenig später waren Groll und der Dozent in angeregte Dispute über Leberzirrhosen, Branntweinerdichte und Schiffahrtstiefen verstrickt. Der Dozent kam mit dem Notieren kaum nach.



**Gerald Kurdoğlu Nitsche**
**Landeck/Tirol**

**an Celal Özcan**
**Lehrer für Türkisch und Literatur am St. Georgs-Kolleg und Schriftsteller in Istanbul**

# SEVGILI CELAL BEY, LIEBER HERR CELAL!

Wie schön war es, als wir damals Ihre Gedichte ins Deutsche zu übersetzen versuchten und die Lesung in Emirgan – „Kultur im Wohnzimmer"! Lyrik ist mir, seit ich lese, die liebste Literaturgattung, eine echte Bauch- und Herzensangelegenheit, aber es gibt noch andere – mit Überschneidung: Seit meiner Kindheit schlägt mein Herz für die Fahrenden und Wenigerheiten, vielleicht weil ich ja selbst durch die unsicheren Zustände nach dem Krieg ein „Fahrender" wurde. Lebensweise, Kultur, Literatur, alles, was mit Minoritäten zu tun hat, interessiert mich. So wollte ich die *Yörükler*, die turkmenischen Nomaden, auf ihrer Fahrt durch die Türkei begleiten und ihre Lebensweise und Kultur studieren – das ist leider nicht zustande gekommen! Aber wo gibt es noch Fahrende in Europa? Die Jenischen bei uns in der Gegend, die Samen in Skandinavien, Roma und Sinti – und die *travellers* in Irland, alle mit Vulgärnamen, die als Schimpfwörter verwendet werden.

Und wir waren heuer in Irland. Mein Freund Herbert Barta hatte verschiedenen Organisationen, die mit und für *travellers* arbeiten, unser Projekt erklärt und um Unterstützung gebeten. Erst über solche Vermittlung kann man vertrauensvollen Kontakt zu den Fahrenden bekommen. Sie haben genug schlechte Erfahrungen mit Neugierigen und Journalisten gemacht. Wir selbst reisten „wie" Fahrende, allerdings mit dem nötigen Komfort auf Campingplätzen, die für *travellers* nicht zugänglich sind – während die wirklichen Fahrenden meist illegal und ohne die nötigste Infrastruktur (Wasser, Toiletten, Elektrizität) an schlechten, ungesunden Plätzen, wie Autofriedhöfen, Müllplätzen, am Straßenrand …, lagern – und ohne Duldung der gutbürgerlich seßhaften Bevölkerung. Aber der Reihe nach: In Pavee-point, einer Traveller-Hilfsorganisation in Dublin mit Sitz in einer ehemaligen Kirche, lernten wir eine Gruppe von Frauen kennen. Winnie Kerrigan, die Sprecherin der Gruppe, berichtete über die Schwierigkeiten ihres Lebens und erzählte auch von der guten alten, längst vergangenen Zeit, als es noch schön und romantisch war, ein Fahrender zu sein. Die Berufe der *tinkers*, Herstellen und Flicken von Kupfergefäßen, Papierblumenbinden, Wahrsagen …, sind nicht mehr gefragt. Nun sind sie fast allesamt Sozialfälle und ein Ärgernis, Außenseiter, auf der untersten Stufe der Gesellschaft – noch unter der Tristesse der *Asche meiner Mutter*. Dazu kommt, daß die meisten von ihnen, zumindest die Älteren, Analphabeten sind und sehr viele, auch Jugendliche, arbeitslos. Die staatlichen Maßnahmen sind restriktiv, bieten kaum Hilfe, zwingen zu Seßhaftigkeit oder drängen sie als Fahrende (etwa 45.000 gibt es) in die Illegalität. Die Lebenserwartung ist auf Grund fehlender hygienischer und finanzieller Voraussetzungen weit unter dem Landesdurchschnitt, die Kinderzahl groß, häufig über zehn. Man erzählte mir, daß *travellers*, erkennt man sie an der Sprache, was fast unvermeidlich ist, aus dem Pub gewiesen werden und ihnen der Hausdetektiv im Supermarkt bis zur Kassa folgt. „Sie stehlen, *a damned people*!", sagte ein an sich netter junger Mann zu mir. Schon mehr am Stadtrand von Dublin fanden wir eine Ansammlung von 14 alten abgetakelten „Wohn"wagen rechts und links der Straße. Die Familie, ein Clan von 14 Familien mit vielen Kindern, zwei uralten Minibussen als Zugmaschinen, war von einem relativ guten Platz von den Nachbarn durch eskalierende Aggression vertrieben worden und hatte diese Sackgasse einfach in Beschlag genommen. Seit einem halben Jahr sind sie nun hier, illegal und natürlich unbeliebt. Die Inhaber des benachbarten neuen Büro- und Geschäftekomplexes beklagen sich, daß sie ihnen die Kunden vertreiben, die Parkplätze verstellen und Schmutz machen, wie in einem recht üblen Zeitungsartikel zu lesen war, den uns das erboste und verbitterte Oberhaupt der Familie, Vater von 14 Kindern, bei unserem Interviewtermin zeigte. Er kann zwar auch nicht lesen, wußte aber genau, worum es ging. Von günstigeren Umständen berichtete John McCarthy – in bestem Englisch übrigens –, der als Baby beinahe verbrannt war und wegen seiner schweren Verletzungen durch viele Spitalsaufenthalte diese Chance hatte – Glück im Unglück, wie er meinte –, in ein anderes Umfeld zu kommen und später sogar das Bildungsdefizit aufzuholen. Jetzt arbeitet er selbst in einer Traveller-Hilfsorganisation und betreut Behinderte. Es gibt ein paar Gruppen, die durch Miteinanderreden, Schreiben, Malen etc. ihre Probleme zu bewältigen suchen.

Ich war von Anfang an darauf eingestellt, daß in solchem Umfeld unsere Suche nach Literatur wohl erfolglos sein würde; aber wir konnten mit einer reichen Sammlung von Material, Texten, Gedichten und durch ergreifende Begegnungen beschenkt die Heimreise antreten. Das Buch *I tell you the truth / Ich sage dir die Wahrheit*, Anthologie der irischen *traveller*, wird 2003 in Englisch, Kant, Irisch und Deutsch erscheinen.

Im Mai komme ich nach Istanbul, da kann ich Ihnen vielleicht schon die ersten Druckfahnen zeigen.

Alles Gute, herzliche Grüße an KollegInnen und SchülerInnen!

Gerald Kurdoğlu Nitsche

# EIN POLITIKRELEVANTES FORSCHUNGSPROGRAMM

**Michaela Mayrhofer**

**Das am politischen Bedarf orientierte Forschungsprogramm „Fremdenfeindlichkeit" des Wissenschaftsministeriums ist mit Ende 2002 abgeschlossen. Eine Bilanz.**

Das erste Top-Down-Forschungsprogramm Österreichs im Bereich der Sozial- und Geisteswissenschaften mit dem Titel „Fremdenfeindlichkeit: Erforschung, Erklärung, Gegenstrategien" wurde vom Wissenschaftsministerium unter Erhard Busek als Projekt lanciert und im Jahr 2002 zum Abschluß gebracht. Die Vorarbeiten zum Projekt erfolgten schließlich durch die Abteilung Gesellschaftswissenschaften des damaligen Wissenschaftsministeriums – heute Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur – gemeinsam mit österreichischen und internationalen WissenschafterInnen. Nach einer öffentlichen Ausschreibung im Jahr 1995 sind von 120 Einreichungen in einem zweistufigen Verfahren letztlich 30 Projekte – insgesamt waren etwa 70 WissenschafterInnen beteiligt – ausgewählt worden und erhielten in Folge die Summe von 2,2 Millionen Euro. Neben einer ganzen Reihe von Einzelstudien und Artikeln in Fachzeitschriften ebenso wie Workshops, Vorträgen und Tagungen als Produkte des Programms ist eine siebenbändige Publikationsreihe im Drava Verlag erschienen und richtet sich an ein wissenschaftliches Zielpublikum ebenso wie an Personen, die sich in ihrer beruflichen Praxis mit Rassismus, Xenophobie, Migration und Integration beschäftigen.

## Breites Publikum erreichen

„Ziele des Programms waren", so Elisabeth Menasse-Wiesbauer, Abteilung Gesellschaftswissenschaften des Wissenschaftsministeriums, auf der Bilanz-Pressekonferenz im Dezember 2002, „auf der einen Seite der Ausbau und Aufbau der wissenschaftlichen Expertise in diesem Bereich sowie die Ankoppelung an den internationalen Forschungsstand, und auf der anderen Seite gab es auch ein wichtiges politisches Ziel, nämlich die Entwicklung von Strategien gegen Fremdenfeindlichkeit und die Vermittlung der Ergebnisse an eine interessierte Öffentlichkeit. Also nicht nur im akademischen Bereich, sondern auch an Personen, die in diesem Bereich arbeiten, wie z. B. Sozialarbeiter und Stadtplaner."

Im siebten und letzten Band der Publikationsreihe „Forschungsprogramm Fremdenfeindlichkeit", *Zuwanderung und Segregation – Europäische Metropolen im Vergleich*, ist das Resultat einer Fachtagung zum Thema „Segregation – Gefahr oder Chance?". Auf dieser Tagung hatten SozialwissenschafterInnen, AusländerInnenbeauftragte, GebietsbetreuerInnen und StadtplanerInnen die Frage diskutiert, welchen Einfluß der räumliche Kontext auf Integrationsprozesse ausübt. Konkret geht es dabei um die Metropolen Amsterdam, Birmingham, Hamburg, Berlin und Wien. Einwanderung ist wichtig, meint Mitautor und Migrationsforscher Heinz Fassmann: wichtig, um die Einwohnerzahlen stabil zu halten. MigrantInnen seien des weiteren zu einem integralen Bestandteil der untersuchten Städte geworden. Zuwanderung sei dabei „kein Einzelfall oder Ausrutscher der Geschichte", jedoch wegen wachsender Wirtschaft und deren Bedürfnisse auf der einen Seite und rückläufiger Geburten auf der anderen eine Notwendigkeit.

## Thema Segregation

Im Buch wird ferner das Thema der Segregation oder Konzentration einzelner Bevölkerungsgruppen in bestimmten Stadtteilen angesprochen. Dabei ist Fassmann überzeugt, daß dies kein Malheur darstelle, denn „Zuwanderung erfolgt eben immer in die ethnische Gruppe hinein. Und eine bestimmte ethnische Gruppe wohnt vornehmlich oder häufig in einem bestimmten Ort. Diese ethnische Gruppe dient der sozialen Sicherheit, der Arbeit, der Wohnmöglichkeit". Segregation sei normal und notwendig, betont wird aber, daß eine zeitliche Verfestigung aller oder bestimmter ZuwanderInnen an einem bestimmten Ort zum Problem werden kann. Nämlich, wenn MigrantInnen nicht die Chance haben, in andere Wohnviertel zu kommen. „Denn dann fragt sich die Nachbarschaft, wie kommen wir dazu, alle Integrationsleistungen bringen zu müssen, und alle Zuwanderer fragen sich, wie kommen wir dazu, nicht hinauszukommen." Als Schlußfolgerung und Lösungsansätze werden die Öffnung der Wohnungsmärkte für MigrantInnen, die Unterstützung der Möglichkeiten des „Hinausgehens" und interkulturelle Wohnprojekte vorgeschlagen. Gleichzeitig dürfe aber nicht die „Politik der perfekten Anpassung" betrieben werden, denn anstatt die kulturelle Differenz auslöschen zu wollen, sollte umgekehrt „die Vielfalt als Wert für urbane Metropolen" entdeckt werden.

## Forschungspolitische Relevanz

Das Forschungsprogramm „Fremdenfeindlichkeit" muß aus forschungspolitischer Relevanz betrachtet werden, da es sich, und dies sei nochmals betont, um das erste Ausschreibung-Forschungsprogramm (Top-Down) im sozial- und geisteswissenschaftlichen Bereich gehandelt hat. In Österreich gibt es nach wie vor fast ausschließlich Bottom-Up-Forschung, d. h. von WissenschafterInnen entwickelte Anträge, welche bei Forschungsförderungseinrichtungen eingereicht und die von verschiedenen Töpfen gespeist werden. Der internationale Trend geht jedoch in Richtung der Programmforschung – „policy driven program". Dabei soll die Forschung zur Lösungsfindung herangezogen werden. Wissenschaft soll nicht für sich, die Seinigen und Ihrigen forschen, sondern an politischen Lösungskonzepten, bedarfsorientiert arbeiten. Darin liegt die politische Relevanz des Programms „Fremdenfeindlichkeit: Erforschung, Erklärung, Gegenstrategien", und dies erfolgte tatsächlich im Rahmen des Forschungsprogramms. Ob die Vorschläge der ForscherInnen ganz oder in abgeänderter Form aufgegriffen werden, bleibt jedoch in der Verantwortung der Politik.

**Michaela Mayrhofer** *ist „Radio Stimme"-Mitarbeiterin.*

*Diese Nachlese basiert auf der „Radio Stimme"-Sendung vom 11. Februar 2003, (gesendet auf Orange 94.0).*

# INTERKULTURLOTSINNEN FÜR GLEICHBEHANDLUNG

**Armin J. Hanschitz**

**„INTERkulturLOTSEN Österreich" (IKLÖ) ist eines von insgesamt 58 EQUAL-Projekten[1] in Österreich, die in der Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit einen innovativen und experimentellen Weg treten.**

Auch wenn der österreichische Arbeitsmarkt nicht vorrangig nach ethnischen Kriterien segmentiert ist, sind v. a. ausländische, aber auch MitarbeiterInnen mit Migrationshintergrund einem sehr viel höheren Risiko ausgesetzt, in Segmenten des Arbeitsmarktes mit schlechteren Arbeitsbedingungen und Aufstiegschancen, geringeren Einkommen und größeren Beschäftigungsrisiken tätig zu sein.

### Integration: Chancengleichheit

„INTERkulturLOTSEN Österreich" (IKLÖ) ist ein Projekt der *Volkshilfe Österreich*, in dem sich acht PartnerInnen zu einer „Entwicklungspartnerschaft" zusammengeschlossen haben[2]. Ziel des Projektes ist es, in verschiedenen Bereichen des Arbeitsmarktes neue praktikable Ansätze experimentell zu erarbeiten, die auch für andere Organisationen richtungsweisend sein können, um langfristig einen Beitrag zur Verbesserung der Situation von MigrantInnen auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen.

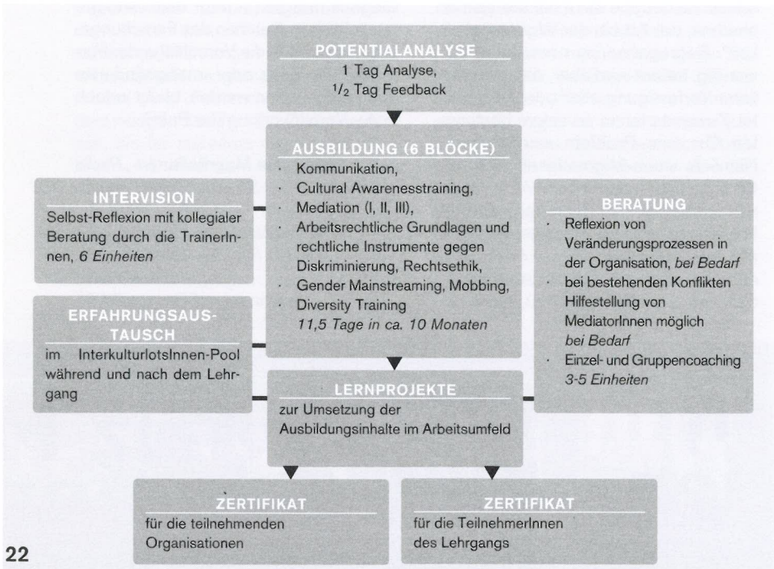
Im Gegensatz zum oft verwendeten, diskriminierenden Integrationsbegriff, der Integration mit Assimilation gleichsetzt, wird Integration im Projekt IKLÖ als Herstellung von Chancengleichheit für ZuwandererInnen begriffen, was die Gleichberechtigung durch die Mitglieder, die gesetzgebenden Instanzen und die Institutionen der Aufnahmegesellschaft beinhaltet. Dieser Ansatz bildet den Ausgangspunkt aller Strategien des Projektes IKLÖ.

### Wie wird man InterkulturlotsIn?

Die Ausbildung zum/r InterkulturlotsIn wendet sich an Personen, die schon in Organisationen wie öffentlichen Institutionen, Verwaltungen, privatwirtschaftlichen Unternehmen etc. beschäftigt sind. Sie erfolgt über mehrere parallele Schienen: Zum einen ist es wichtig, daß die Personen von den Bereichen Management und Personalvertretung nominiert werden, um die Akzeptanz in der Organisation zu gewährleisten. Die nominierten und freiwillig teilnehmenden Personen absolvieren gemäß IKLÖ-Curriculum eine Potentialanalyse, inhaltliche Ausbildungsblöcke, Intervisionen und ein von ihnen gewähltes Lernprojekt.

Die ausgesuchten und beteiligten Organisationen werden *good-practice*-Organisationen (g-p-O) genannt[3]. Die Trainingsblöcke umfassen thematisch einen weiten Bogen; der Schwerpunkt liegt auf alternativen Konfliktregelungsmethoden: Mediation im inter- und intrakulturellen Bereich. Die zwölf TrainerInnen sind erfahrene ExpertInnen auf ihren Gebieten.

Die TeilnehmerInnen schließen ihre Ausbildung mit einem Zertifikat zum/zur InterkulturlotsIn ab. Die *good-practice*-Organisationen werden zertifiziert und nehmen in „ihrer" Branche eine Rolle als Protagonisten in Sachen Antidiskriminierung und Gleichbehandlung ein. Das Projekt IKLÖ, das Projektleitbild und die beteiligten *g-p-O*s werden durch gezielte Pressearbeit einer breiten medialen Öffentlichkeit präsentiert.




### Berufsbild der InterkulturlotsInnen

Das Berufsbild des/der InterkulturlotsenIn basiert wesentlich auf personalen Kompetenzen, die im Zuge der Ausbildung gestärkt und in Hinblick auf interkulturelle Problematiken ausgebaut werden. Gewisse personale Grundkompetenzen müssen also vorausgesetzt werden, um sicherzustellen, daß die künftigen InterkulturlotsInnen ihren Aufgaben auch gerecht werden können. Eine der Aufnahme in die Ausbildung vorausgehende Potentialanalyse soll diese Grundvoraussetzungen abklären.

Zentrale Tätigkeit der InterkulturlotsInnen ist der Umgang mit Menschen in den Organisationen, in denen sie beschäftigt sind. Hier vermitteln sie einerseits in bestehenden Konflikt- und Problemsituationen, andererseits schaffen sie aktiv Bewußtsein, erarbeiten innerbetriebliche Strategien für das positiv umzusetzende Potential, das in der kulturellen Unterschiedlichkeit der MitarbeiterInnen liegt. Eine Grundvoraussetzung für erfolgreiche Arbeit als InterkulturlotsIn ist zum Beispiel, daß er/sie in ihrem Berufsumfeld akzeptiert ist, also die genuine professionelle Kompetenz nicht in Frage steht.

Folgende Kompetenzen stellen eine Richtlinie der (Eigen-)Beurteilung der KandidatInnen dar: Eigeninitiative/Zielorientierung; Kreativität; Reflexions-, Konflikt-, Teamfähigkeit; Belastbarkeit; Empathie; Kommunikationskompetenz. Im Projekt IKLÖ werden Beschäftigte zu InterkulturlotsInnen ausgebildet und sollen mit dem Einverständnis, besser noch mit dem aktiven Zutun der Entscheidungsebenen in den beteiligten *good-practice*-Organisationen ein neues Berufsbild mitgestalten. Sie haben die Möglichkeit, sich mit einem neuen Berufsbild zu etablieren. Sie sollen in den beteiligten Organisationen mit speziellem Problembewußtsein für die Diskriminierung ihre Aufgaben in der Funktion einer/s „Beauftragten für Konfliktlösung, Gleichbehandlung und gegen Diskriminierung" wahrnehmen können.

*www.interkulturlotsen.at*

**Armin J. Hanschitz** *ist Koordinator des Projektes IKLÖ; Diplom-Geograf und Mediator.*

1 www.equal-esf.at
2 Volkshilfe Österreich – EQUAL gemeinnützige GmbH; Initiative Minderheiten; Startbahn, Verein für Arbeits- und Beschäftigungsinitiativen; Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte; Trigon Entwicklungsberatung Unternehmensberatung GmbH; Wirtschaftskammer Österreich; Österreichischer Gewerkschaftsbund (ÖGB); Bundesministerium für Inneres.
3 Zum Zeitpunkt der Berichtserstellung liegen fixe Zusagen von zehn g-p-O vor.





# GLEICHHEIT FÜR ALLE

**Ljubomir Bratić**

**Acht der in Österreich laufenden 58 EQUAL-Projekte widmen sich ausdrücklich dem Antirassismus. Eines der Projekte, die sich mit Bekämpfung von Rassismus am Arbeitsmarkt beschäftigen, ist „Open up – Empowerment gegen Rassismen am Arbeitsmarkt".**

Das Faktum, daß es Diskriminierungen aufgrund verschiedener Unterscheidungsmerkmale gibt, die für die Besser- bzw. Schlechterstellung in der Gesellschaft ausschlaggebend sind, wird mittlerweile von der Europäischen Union anerkannt. Diese Erkenntnis führte 1995 zur Verabschiedung des „Vertrages für Bürger der Union", in dem allen in der EU lebenden Menschen ein verbesserter Grundschutz zuerkannt wurde. Als weiterer Schritt in diese Richtung erwies sich der „Amsterdamer Vertrag". Im Artikel 13 des Vertrags wird festgehalten, daß die „Diskriminierung aus Gründen des Geschlechtes, der Rasse, der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder sexuellen Ausrichtung zu bekämpfen" ist.

Eine genauere Praxisdefinition dieses Artikels erfordert aber eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit allen Bereichen, in denen Diskriminierungen zu verorten sind. Da die Arbeit einen für unsere Gesellschaftsform zentralen Definitionswert hat, werden alle Diskriminierungen dort (z. B. „Ausländer-Beschäftigungsgesetz") auch zu bekämpfen sein. Das führte zum gesamteuropäischen Aktionsplan EQUAL des Europäischen Sozialfonds (ESF) zur Bekämpfung der Diskriminierung am Arbeitsmarkt. 2002 starteten in Österreich 58 EQUAL-Projekte, acht davon widmen sich ausdrücklich dem Antirassismus. Eines der Projekte, das sich mit Bekämpfung von Rassismus am Arbeitsmarkt beschäftigt, ist „Open up – Empowerment gegen Rassismen am Arbeitsmarkt".

### Rassismus am Arbeitsmarkt

Rassismus ist Teil unserer gesellschaftlichen „Normalität" und damit weitgehend unbewußt: als Summe gestaffelter Diskriminierungen, die größtenteils historisch gewachsen sind, erlernt und unhinterfragt reproduziert werden. Als systematische Asymmetrie in der „Normalität" ist er in unserer Gesellschaft verankert. Die Diskriminierung der MigrantInnen am Arbeitsmarkt ist ein wesentlicher Aspekt davon. Somit wird Arbeitsmarktpolitik zu einem Schlüsselbereich für die Bekämpfung systematischer Diskriminierung.

„Open up" geht davon aus, daß Rassismus kein „Problem der MigrantInnen" ist. Diverse Arten der Anstellung, Ausschreibung und Auswahl der ArbeiterInnen und Angestellten zeigen Rassismus als ein gesellschaftspolitisches, strukturelles Problem, das vorwiegend von Mehrheitsangehörigen in Entscheidungspositionen (von Betrieben über Interessensvertretungen bis zur sogenannten NGO-Szene) getragen und tradiert wird.

Die Veränderung der rassistischen Strukturen des Arbeitsmarktes muß von Personen und Institutionen aktiv in Angriff genommen werden. Konkret heißt das, daß die MigrantInnen sowie die Personen, die der gesellschaftlichen „Mehrheit" angehören, an entscheidenden Schnittstellen der Lernprozesse stehen sollen, um diesen Diskriminierungen entgegenzutreten. Um dieses Ziel zu erreichen, soll ein Netzwerk aus emanzipatorisch orientierten MigrantInnen gemeinsam mit „Drehpunktpersonen" aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen eingerichtet werden. Die Maßnahmen dieses Vorhabens richten sich an migrantische AkteurInnen, die selbst ein Bewußtsein für Rassismus entwickelt haben, an Gegenstrategien arbeiten möchten und an Zusammenschlüssen mit der Mehrheitsbevölkerung, aber auch mit anderen gesellschaftlich diskriminierten Gruppen interessiert sind.

### Ziele und Methoden

Ziel von „Open up" ist die Errichtung eines MultiplikatorInnenetzwerkes, das mehrere gesellschaftliche Bereiche umfaßt und gegen Rassismus am Arbeitsmarkt arbeitet bzw. das Ziel verfolgt, den Arbeitsmarkt als für rassistisch diskriminierte Personen zugänglich zu gestalten. Die Zielgruppen sind die MigrantInnen mit technischem Interesse, arbeitsuchende MigrantInnen, Migrantinnen mit gefestigten Arbeitsverhältnissen, ArbeitnehmervertreterInnen als MultiplikatorInnen und an einer Vernetzung und Allianzenbildung interessierte arbeitsmarktpolitische Interessensgruppen und EntscheidungsträgerInnen.

„Open up" besteht aus sechs Modulen. Drei davon bieten den MigrantInnen (Weiter-)Qualifizierungsmöglichkeiten, die zur Verbesserung der persönlichen Arbeitsmarktchancen führen sollen. Die TeilnehmerInnen der Module sind handelnde Personen, die ihre Kenntnisse nach außen tragen, in inhaltlichen Austausch mit anderen treten und so als MultiplikatorInnen fungieren. Ein weiteres Modul richtet sich an die Zielgruppe der ArbeitnehmervertreterInnen und befaßt sich mit der Entwicklung eines antirassistischen Curriculums für die Arbeiterkammer-Akademie in Hinterbrühl. Ein Modul beschäftigt sich mit der Möglichkeit, die „Drehpunktspersonen" und „Betroffene" im Rahmen von zwei großen „Zukunftskonferenzen" zusammenzuführen. Hier verdichtet sich am stärksten das übergreifende Ziel des gemeinsamen Aufbaus eines Netzwerkes sowie der Entwicklung gemeinsamer Strategien gegen die unterschiedlichen Formen der Diskriminierung. Zwei weitere „wissenschaftliche" Module erforschen, dokumentieren und begleiten die Prozesse der Qualifizierung, Vernetzung und Allianzenbildung. Sie stellen Reflexionen und Anregungen zur Verfügung und liefern dadurch Input für weitere Arbeit sowie Feedback für das Projekt.

### Netzwerke und Drehscheiben

„Open up" vertritt das österreichische Netzwerk „Antirassismus", das aus vier EQUAL-Projekten zum Thema Antirassismus besteht: auf der europäischen Ebene mit dem Ziel der transnationalen Netzwerkbildung. Das *Büro für ungewöhnliche Maßnahmen* (BUM) stellt dabei durch öffentlich wirksame Präsentationen, Kooperationen und Erstellung eines antirassistischen Archivs eine Drehscheibe dar. Sowohl für die antirassistische Aktionsforschung als auch für das Mainstreaming des antirassistischen Wissens und weitere Allianzenbildung soll damit eine wesentliche Wissensdrehscheibe etabliert werden.

Die Entwicklungspartnerschaft „Open up" wird von ESF und BMWA finanziert und von *Peregrina – Bildungs-, Beratungs- und Therapiezentrum für Immigrantinnen* koordiniert. Die Partnerorganisationen auf der operativen Ebene sind *Initiative Minderheiten*, MAIZ, SORA und das Institut für Erziehungswissenschaft an der Universität Graz. Auf der strategischen Ebene besteht eine Kooperation mit der Arbeiterkammer, der Wirtschaftskammer und dem Arbeitsmarktservice.

*www.no-racism.net/openup*

**Ljubomir Bratić,** *Büro für ungewöhnliche Maßnahmen (BUM).*

# OFFENE MEDIEN FÜR EINE OFFENE GESELLSCHAFT

**Der Verband Freier Radios Österreich (VFRÖ) und Radio Helsinki, das Freie Radio in Graz, veranstalten in Zusammenarbeit mit Bildungs- und Minderheitenorganisationen am 16. Mai in Graz die Medientagung 2003 zum Thema Mehrsprachigkeit und Integration in Radio, TV und Internet.**

Um Begriffe wie Integration, Toleranz, Meinungsvielfalt und Selbstverantwortung nicht zu Worthülsen werden zu lassen, müssen Funktionsweisen und Auswirkungen der immer stärker standardisierten Medienlandschaft in der „Informationsgesellschaft" hinterfragt werden. Welche Rahmenbedingungen gilt es zu schaffen, um Platz für Meinungsfreiheit und kulturelle Diversität als Spiegel der Gesellschaft auch in Österreich zu garantieren? Welche Forderungen richten sich an öffentliche Institutionen – wer erfüllt sie, welchen Beitrag leisten die freien und nicht-kommerziellen Medien für die Entwicklung einer aktiv gelebten Demokratie?

Um diese und ähnliche Fragen wird es auf der Medientagung „Offene Medien für eine offene Gesellschaft" am 16. Mai im Grazer Schloßbergrestaurant gehen. Ziel der ganztägigen Veranstaltung ist es, unterschiedliche Zugänge zum Thema Mehrsprachigkeit und Integration unter einem europäischen Blickwinkel zu betrachten und in der Präsentation praktischer medialer und künstlerischer Arbeiten konkret und erlebbar zu gestalten.

Auf der Tagung werden österreichische und europäische Sichtweisen, Untersuchungen und Projekte vorgestellt. In Arbeitsgruppen wird an einem Europäischen Manifest für „Mehrsprachigkeit in den Medien" gearbeitet. In einer öffentlichen Podiumsdiskussion werden verantwortliche PolitikerInnen mit den Ergebnissen der Tagung konfrontiert.

Als ReferentInnen stehen ExpertInnen wie Brigitta Busch, Amina Krüger (Deutschland), Rubia Salgado-Meierhofer, Heike Klemper (ECRI) und Rui Monteiro (Dänemark) auf dem Programm.

Die Tagung richtet sich an alle Interessierten und „Betroffenen" – MigrantInnen, MinderheitenvertreterInnen, engagierte Medien- und Kulturschaffende, WissenschafterInnen, LehrerInnen, VertreterInnen aus Politik und Verwaltung.

*Schloßbergrestaurant Graz*
*16. Mai 2003, 9.00 - 21.00 Uhr*

*Nähere Informationen:*
*Ruth Bartussek*
*Tel.: (0316) 830 880*
*ruth@mur.at*
*oder Helmut Peissl*
*Tel.: (04238) 8705*
*helmut.peissl@agora.at*
*www.freie-radios.at*
**red**

# TÜRKEI-FESTIVAL IN SALZBURG

**Das Globalsounds-Festival „ostHÖRweiterung" widmet sich dieses Jahr vom 22. bis 25. Mai der Türkei.**

Seit zwei Jahren zielt das Festival *ostHÖRweiterung* darauf ab, Europa hörbar und sichtbar größer zu machen, kulturelle Einflüsse aus dem östlichen Mitteleuropa- und Südeuroparaum wieder ins Zentrum unserer Wahrnehmung zu rücken. Nach dem Balkan- und Roma-Festival widmet sich *ostHörweiterung 2003* der Türkei. Im Zentrum steht die Musik – im Spannungsfeld zwischen traditionellen Stilen und neuen urbanen Hybridformen. Gleichzeitig werden aber auch kulturelle, politische und soziale Hintergründe beleuchtet – im Hinblick auf die EU-Erweiterung, aber auch was das Zusammenleben von Menschen türkischer Herkunft mit den eingesessenen ÖsterreicherInnen anbelangt.

In der Podiumsdiskussion „Wie weit geht der Westen? Wie nah sind uns Nachbarn?" (Do., 22. 5., 20.30 h) sollen diese Themen ausführlich erörtert werden. Des weiteren werden Workshops angeboten, in denen man türkische Lieder, Trommelrhythmen und Tänze lernen kann. Die Musikethnologin Dorit Klebe (Berlin) vermittelt in ihrem Vortrag „Von den Tanzenden Derwischen bis zum Türk-Rap" einen Einstieg in die faszinierende Vielfalt der türkischen Musik.

Am Freitag spielen Mansur Bildik & Ensemble „Anatolisch-Türkische Musik". Bildik verfügt als virtuoser Meister des Saz-Spiels auch über ein großes Repertoire an Stilen und Musikstücken der verschiedensten Regionen der Türkei.

Am Samstag stehen dann Aziza A. mit „Kendi Dünyam / Meine Welt" und Cay Taylan mit „Oriental Pleasures" auf dem Programm. Die deutsch-türkische Künstlerin Aziza A. bietet einen Teppich von orientalischen Melodien und Rhythmen, fetten Beats und funkigen Riffs und darüber ihre soulig rappende Stimme. Es ist eine Welt zwischen den Kulturen, die sie auch in ihren Texten zum Thema macht, aus der Position einer selbstbewußten Frau, die ihren eigenen Weg geht. Mit ihrer neuen CD „Kendi Dünyam" hat Aziza A. ihr musikalisches Spektrum erweitert. Der Fokus liegt nun auf einem tanzbaren Groove, der sich lässig und funky gibt und für den ihre langjährige Begleitband bürgt, die einige der besten Musiker der Berliner HipHop-/Drum&Bass-/NuJazz-Szene versammelt. Das aktuelle Album wurde in Istanbul aufgenommen und schaffte es auf Anhieb in die türkischen Charts.

Cay Taylan, geboren in der Türkei und aufgewachsen in Wien, versteht sich als weltoffener Kosmopolit, der unterschiedlichste musikalische Einflüsse aufnimmt und gestaltet. Treibende orientalische und lateinamerikanische Percussions, schwebende Klangflächen und Experimentalsounds ergeben eine einzigartige Fusion mit persönlicher Handschrift.

Für den Sonntag ist ein Fest mit der *Grup Sabah*, der bei Hochzeiten und Festen stark gefragten türkischen Combo aus Salzburg, geplant.

*Kontakt:*
*ARGEkultur Salzburg*
*Mühlbacherhofweg 5*
*5020 Salzburg*
*Tel.: (0662) 84 87 84*
*E-Mail: office@argekultur.at*
*www.argekultur.at*
**red**

Aziza A.: „Meine Welt"



# MULTIKIDS 2003

**Das multikulturelle Kindertheaterfestival findet heuer vom 31. Mai bis 6. Juni im dietheater künstlerhaus in Wien statt.**

Bereits zum achten Mal findet das Kindertheaterfestival in Wien statt. Veranstaltet vom Verein Multikids, der aus VertreterInnen folgender Institutionen besteht: MA7 Kulturamt, MA13 Landesjugendreferat / wienXtra, bm:bwk, Interface und Österreichischer Kultur-Service.

Auf dem Festivalprogramm stehen Aufführungen internationaler Theatergruppen aus Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien (je zweimal am Vormittag), Schultheateraufführungen (je zwei an Nachmittagen) in der Programmschiene „Kids 4 Kids", ein Familientag am Samstag und ein Kinotag im *Cinemagic* am Sonntag. Dieser Aufbau ist jenem der vergangenen Jahre ähnlich. Aufgrund der guten Erfahrungen wird auch wieder „Taki" als Kommunikationsfigur zwischen Bühne und SchauspielerInnen und dem jungen Publikum vermitteln.

Neu hingegen ist das Projekt, innerhalb des Festivals an einem Tag für alle KünstlerInnen einen Workshop für nonverbale Kommunikation und Gebärdensprache anzubieten und diesen Tag mit der Präsentation der Arbeitsergebnisse und einer Podiumsdiskussion mit ExpertInnen abzuschließen. Damit wollen die VeranstalterInnen die Möglichkeit des Miteinander-ins-Gespräch-Kommens und des Gedanken- und Ideenaustauschs auf internationaler Ebene im Kindertheaterbereich schaffen und fördern.

Ab sofort geht der dringende Appell an alle Schulen der Sieben- bis 14jährigen, ihre Theater-, Musik-, Tanz-Projekte zu melden. Diese Produktionen sollten sich mit den Themen Toleranz, Integration, Fremd-/Anderssein etc. auseinandersetzen und nicht länger als 30 Minuten dauern. VertreterInnen des Vereins werden die Präsentationen an den Schulen besuchen und eine Auswahl treffen.

Die ausgewählten Produktionen sind integrierter Bestandteil des Festivals, und die SchülerInnen bekommen damit die Möglichkeit, ihre kreativen Fähigkeiten im professionellen Rahmen eines Theaters zu präsentieren.

*Schriftliche Anmeldungen:*
*Christa Binder, c/o Multikids*
*Neubaugasse 80/2, 1070 Wien*
*Tel.: (01) 523 5781-15 oder*
*0664/3944811*
**Verein MULTIKIDS**

# SCHREIBEN ZWISCHEN DEN KULTUREN 2003

**Der „verein exil" schreibt bereits zum siebten Mal Literaturpreise für MigrantInnen und Angehörige ethnischer Minderheiten aus.**

Der Literaturpreis zur Förderung der Literatur von MigrantInnen und von Angehörigen ethnischer Minderheiten in Österreich, „Schreiben zwischen den Kulturen", wird bereits zum siebten Mal ausgeschrieben. Der vom *verein exil* organisierte Wettbewerb findet in mehreren Kategorien statt. Es werden sieben Preise ausgeschrieben, die insgesamt mit ca. 11.000 Euro dotiert sind.

Teilnahmeberechtigt sind Personen, die seit mindestens einem halben Jahr in Österreich leben. Alle Arbeiten müssen in vierfacher Ausfertigung und in deutscher Sprache eingereicht werden und bis zum Zeitpunkt der Einreichung unveröffentlicht sein. Sie sollen den Umfang von 20 Maschinenschreibseiten nicht überschreiten.

Die Texte sollen sich im weitesten Sinne mit den Themen Integration, Assimilation, Identität oder Leben zwischen den (Sub-)Kulturen auseinandersetzen. Alle Dichtungsgattungen sind zugelassen. Ein Blatt mit Kurzbiografie und den Veröffentlichungen der Autorin oder des Autors sowie Adresse und Telefonnummer sind beizulegen.

Der erste Preis ist mit 3.500 Euro dotiert; der zweite mit 2.200 und der dritte mit 1.500 Euro. Der Lyrikpreis beträgt 1.500 Euro und der Preis für die Texte jugendlicher AutorInnen (bis 20 Jahre) 750 Euro. Außerdem werden ein Projektpreis für Teams und Schulklassen und der Preis für „muttersprachlich österreichische" AutorInnen (je 750 Euro).

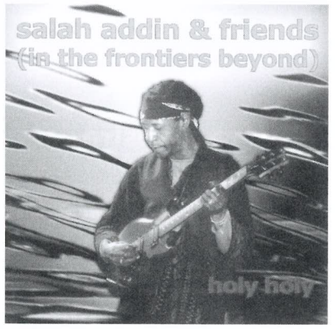
Die Preise werden im Rahmen eines Festaktes im Herbst 2003 im Wiener *Amerlinghaus* verliehen. Die Texte der PreisträgerInnen werden in einer Anthologie der edition exil im Herbst 2003 veröffentlicht. Die Jury bilden Elisabeth Wäger, Simone Schönett und Nikolaus Scheibner. (Die bereits erschienene Anthologie mit den Texten der PreisträgerInnen von 2002 werden wir in der nächsten STIMME besprechen.)

*Einsendungen bis 30. April unter dem Kennwort „Literaturpreis" an:*
*Amerlinghaus*
*Stiftgasse 8, A-1070 Wien*
*Tel.: (01) 523 64 75*
*Fax: (01) 523 40 09*
*www.amerlinghaus.at*
**red**

# PRIDE FROM THE NILE

**Ernst Molden**

**Der sudanesische Singer/Songwriter Salah Addin lebt seit Jahren in Wien und ist eine der künstlerischen Schlüsselfiguren der hiesigen Black Community. Sein Album „Holy Holy" belegt dies erneut.**




Salah Addin Baballa ist Musiker, Songwriter, African Rootsman, er stammt aus Khartum/Sudan und lebt seit den frühen Neunzigern, unterbrochen von einem Berliner Zwischenstopp, in Wien. „Who's it", schreibt er auf dem Booklet seiner neuen Platte, „that nourishes the seed to fruit in due season and for everything to happen for a reason?"

Salah Addin Baballa kennt also keine Zufälle. Und womöglich hat es ja was zu bedeuten, daß, wann immer ich ihm der Musik wegen begegne, seine Welt gerade in Aufruhr steht. Beispiele?

Als wir einander vor vier Jahren im Rahmen der Poetpop-Truppe „Nachtbus" im Wiener Radiokulturhaus trafen, war der nigerianische Schubhäftling Marcus Omofuma eben im Rahmen seiner Zwangsabsiedlung durch österreichische Fremdenpolizisten erstickt (worden). Etwas später, Salah Addin lud mich zu einer Session mit seinem Projekt „Breeze from the Nile" ins *Massiv*, stand die Wiener Black Community unter dem Eindruck der sogenannten Operation Spring, in deren Zuge ein afrikanischer Schriftsteller und Menschenrechtler im Verdacht der Ober-Dealerei in Untersuchungshaft gesteckt worden war. (Undenkbar, sagte Salah damals, daß auch nur ein Teil der dem Dichter angelasteten Dinge von diesem begangen worden sein konnte. Tatsächlich wurde der Mann wegen Unhaltbarkeit der Vorwürfe wenig später enthaftet.)

Nochmals später, Herbst 2001, kam ich ins *Amerlinghaus*, um die SPACE-Show, die Salah Addin dort mit dem Künstler Alam El-Din und der Band *Salah Addin & Friends* entwickelte, zu dokumentieren. 11. September stand watschenfrisch im Raum, die USA rüsteten gegen die Taliban, und die meisten hiesigen MuslimInnen zogen wie überall im Westen den Kopf ein. Nicht so der gläubige Muslim Salah Addin Baballa (der immer wieder betont, daß sich der Islam ebenso wie Juden- und Christentum nur auf eine Weise aufrecht leben lasse: als Friedenslehre), nicht so dieser aus einem sogenannten Schurkenstaat gebürtige Ausnahmekünstler, der am Vorabend der – wie? – Operation Dauerhafte Freiheit ein Konzert dem SPACE widmete. Space, erklärte er, im Sinne von „Platz haben". Aber auch im Sinne von Fliegen.

Salah Addin in Zeiten des Aufruhrs bleibt, vorrangige Eigenschaft, gelassen. Pride – ein angenehm unfundamentalistischer Stolz als die Grundstimmung eines Menschen, der meiner Erfahrung nach zu den inspirierendsten und eigenständigsten Musikern seiner Stadt (seines Exils?) gehört.

Gegenwart, oder fast: Der aktuelle Winter, die Räume des *Mica* in der Stiftgasse. Salah Addin Baballa stellt sein neues Album „Holy Holy" vor, nach „Al Khitab" von 1996 seine zweite in Wien produzierte CD. Wie häufig bei afrikanischen Konzerten sind Essen, Trinken, Rauchen, Palavern lange vor dem Act gültige Eckpfeiler der Veranstaltung. Salah kommt gute zwei Stunden nach seinen Gästen, dafür mit formidablen Genossen wie Courtney Jones, Ric Toldon und Tony Coker, Schwergewichtlern der Austro-Afro-Szene. Die Musik fährt langsam rauf, dreht sich zu schweren, wellenartigen, viertelstündigen Balladen hoch, der Raum swingt.

In der Performance des Singer /Songwriters aus Kharthum, in seinem vokalen Gestus kommen seltsame Mischungen vor. Da steht ein *streetprophet* (im Sinne etwa von Salahs Vorbild und Vorgänger Lynton Kwesi Johnson) auf der Bühne, aber dazwischen wohnt ein Hauch von Kavalier. Da singt ein magischer Realist von der Verwerfung zwischen schwarzem und arabischem Afrika, dazwischen aber blitzt der Gegenwartsbefund auf: Europa, heute. Nicht mehr als sechs, sieben Nummern, mehr englische als arabische spielt die Band, dann wieder Essen, Trinken, Rauchen, Palavern.

Die Musik der neuen Platte? Stil, Schublade? Schwer, fast unmöglich zu sagen. Basis vieler Stücke ist nach wie vor sudanesischer Folk, und auch da wieder ein Geflecht verschiedener Richtungen. Salahs Vater, Musiker auch, stammt aus dem animistischen Süden des riesigen Landes, die Mutter aus einer arabischsprachigen Nomadenfamilie des Westens. Nicht ungewöhnlich im Sudan, schon das Fundament der Songs ist also Schwellenmusik. Dann noch das andere, behutsam moderne, ein bißchen Old School Dub, manchmal gar die Spur Funk. Vor allem durch die hochspirituelle Stimme des Frontmans aber rühren Platte und LIve-Performance an die Seele. Als Muslim, sagte Salah Addin Baballa unlängst lapidar dem *profil*, werde er derzeit betrachtet wie unter dem Mikroskop.

Dabei ist Optik hier klar der falsche Weg. Wer Ohren hat, höre Salah Addin: Best Vibes! Pride from the Nile, mitten in Wien.

*CD-Bestellung unter: salah_addin@8ung.at*

# KLANG DER HETEROGENITÄT

**Zbor slovenskih študentk in študentov na Dunaju / Chor des Klubs slowenischer StudentInnen: razno**

**CD – KSD 261002 AK1 (www.ksssd.org/zbor)**

Der 1996 im Klub der slowenischen StudentInnen in Wien gegründete und unter der Leitung von Anja Kapun singende Chor besteht nicht nur aus Kärntner SlowenInnen – und diese Heterogenität gilt auch für ihr Repertoire. Seither hat die junge Truppe mit ihren – leider seltenen – Auftritten mehrmals beweisen können, daß dieses politisch bedeutsame Konzept auch und vor allem musikalisch aufgeht. Die nun vorliegende erste CD des Chors, „razno", bietet einen repräsentativen Querschnitt des Live-Programms – Lieder in vielen Sprachen, gut ausgesucht, einfallsreich gesetzt und präzise gesungen.

**mh**

# POLITISCHER ANTIRASSISMUS

**Ljubomir Bratić (Hg.): Landschaften der Tat. Vermessung, Transformationen und Ambivalenzen des Antirassismus in Europa**

**Sozaktiv: St. Pölten 2002; 270 Seiten, € 24,–**
**(Bestellen unter: sozak@via.at / www.sozaktiv.at)**

Antirassismus führte lange Zeit in der Beschäftigung mit (Theorien des) Rassismus ein Randdasein: Er wurde meist auf das sozialtechnokratische Konzept der „Gegenmaßnahmen" beschränkt, oder aber auf eher abstrakte Vorschläge am Ende eines Artikels. MigrantInnen wurden dabei als passive Objekte gesehen, deren Lage durch juristische und pädagogisch-aufklärerische Aktivitäten verbessert werden sollte. Das damit verbundene Verdrängen und Verschweigen von MigrantInnen als *politischen Subjekten* versucht der Band *Landschaften der Tat* aufzubrechen. AktivistInnen aus verschiedenen europäischen Ländern informieren und reflektieren darin über konkrete Formen antirassistischen Widerstands.

Manuela Bojadžijev hat im Rahmen ihrer Dissertation begonnen, orientiert an Thesen von Benjamin, Foucault und Fanon die Geschichte widerständigen Handelns von MigrantInnen in der Bundesrepublik Deutschland zu schreiben. Sie bestimmt Rassismus als relativ eigenständige Form bürgerlich-kapitalistischer Herrschaft, die sehr flexibel auf die historisch spezifischen politischen und ökonomischen Konstellationen reagiert und diese konstitutiv mitbestimmt. Ihre empirischen Forschungen beziehen sich darauf, welche Formen von Widerstand MigrantInnen in und gegen diesen Kontext entwickelt haben.

Ljubomir Bratić setzt sein bereits in verschiedenen Zeitschriften begonnenes Werk, eine auf antirassistische Handlungspotentiale zielende Geschichte der Selbstorganisationen von MigrantInnen im Kontext der spezifischen österreichischen Machtverhältnisse zu schreiben, fort. Die Probleme Schwarzer antirassistischer Politik in Britannien (Integration in Regierungsdiskurse und staatliche Institutionen; essentialistische und ausgrenzende Praxen von *Communities* ...) analysiert Shirley Tate und schlägt vor, die symbolischen Grenzpositionen der *Community*, die über Zugang und Ausschluß bestimmen, neu zu verhandeln und auszuweiten. Der französische Journalist und Filmregisseur Mogniss Abdallah skizziert die Versuche der französischen Staatsapparate im Verlaufe der letzten beiden Jahrhunderte, das organisierte politische Handeln der ImmigrantInnen zu verbieten bzw. paternalistisch zu regulieren, sowie die diversen Strategien von MigrantInnen, diese Politikverbote zu umgehen und sich als anerkannte politische Subjekte zu konstituieren. Abdallah folgert aus den bisherigen Erfahrungen, daß die migrantischen AktivistInnen „nicht primär auf die Integration in die bestehenden politischen Institutionen setzen dürfen, wenn sie als kollektive Kraft bestehen wollen, die zu sozialer Transformation fähig ist". Einige der beschriebenen Aktionen aus den 80er Jahren erinnern an aktuelle antirassistische Interventionen in Wien (etwa die *Wiener Wahl Partie*). Wie in Italien das Bild von MigrantInnen als hilfsbedürftigen Subjekten vor allem durch deren Engagement in der Bewegung der „Sozialforen" teilweise überwunden wurde, schildert Sandro Mezzadra. Er regt in seinem Artikel weiters an, Migrationsregime im Kontext der umfassenden neoliberalen Neudefinition und Kontrolle globaler und nationaler Arbeitsverhältnisse zu analysieren. Ebenso wie Gutiérrez Rodríguez, Salgado, Kaynar und Suda zeigt er anhand geschlechtsspezifischer Regulierungen von Aufenthaltsbedingungen von Migratinnen die Verbindung von Sexismus und Rassismus.

Das Politische entsteht, so Andreas Görgs These, wenn eine Konfliktposition bezogen wird, die ein bewußt und öffentlich wirksam ausgewähltes Gegenüber zu einer Reaktion veranlaßt. Er analysiert zwei relevante Konfliktlinien im österreichischen Antirassismus: zunächst diejenige zwischen „Weißen Wohlfahrtsverbänden" auf der einen Seite und migrantischen antirassistischen Initiativen auf der anderen. Dabei ging es vor allem darum, wer in den NGOs die Leitungs- und Sprechpositionen einnehmen soll (die Frage der *equality targets*), sowie um die grundsätzliche Entscheidung, ob vor allem rassistische Vorurteile und Ideologien oder aber rassistische Gesetze im Zentrum der Auseinandersetzung stehen sollten: ob also ein moralisches oder ein politisches Konzept von Antirassismus verfolgt wird. Die zweite Konfliktlinie betrifft die Thematisierung des „verschärften Polizeiterrors gegen Menschen afrikanischen Hintergrunds". Daß und weshalb antirassistische Aktionen scheitern, wenn sie von außen aufgesetzt sind und sich nicht um eine genaue Analyse der konkreten Situation kümmern, schildert Tina Leisch am Beispiel der „Kulturkarawane gegen rechts".

Dieser Sammelband mit Texten zum politischen bzw. universellen Antirassismus bringt eine zumindest für Österreich neue Qualität in die theoretischen und strategischen Reflexionen über antirassistisches Handeln. Er bietet einen spannenden und informativen Anknüpfungspunkt für weitere intensive Diskussionen.

**Hans Pühretmayer**

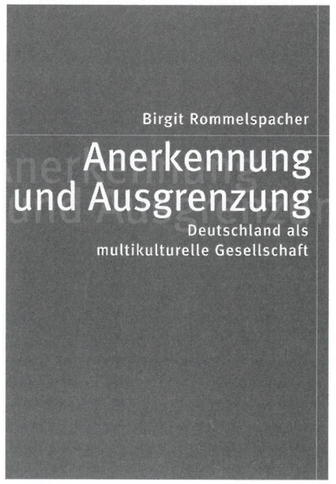
## offenlegung gemäß §25 mediengesetz

**STIMME von und für Minderheiten** ist das vierteljährliche Vereinsblatt der Initiative Minderheiten (*Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten*) mit der grundlegenden Richtung, gemäß §2 und §3 der Vereinsstatuten die Kommunikation und das Zusammenleben von Minderheiten und Mehrheiten durch die Selbstdarstellung von Minderheiten und ihrer Organisationen, durch Interviews, Erfahrungsberichte, wissenschaftliche Beiträge, Buch-, Periodika und Tonträgerbesprechungen, aktuelle Nachrichten und Veranstaltungshinweise bzw. -berichte auf medialer Ebene zu fördern. Die Initiative Minderheiten (*Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten*) ist Mitglied der Bürgerinitiative Demokratisch Leben (Medieninhaber) und Herausgeber der Zeitschrift. Die Finanzierung der Zeitschrift erfolgt durch öffentliche Subventionen, Mitgliederbeiträge, Abonnements und freiwillige Spenden. Die Adressen vom Medieninhaber und vom Herausgeber sind im Impressum angeführt.

# FÜR EINEN KRITISCHEN MULTIKULTURALISMUS

## Birgit Rommelspacher: Anerkennung und Ausgrenzung Deutschland als multikulturelle Gesellschaft

**Campus: Frankfurt/Main; New York 2002; 236 Seiten, € 19,90**




Birgit Rommelspacher analysiert in ihrem Buch eindrucksvoll die Bedeutung von Selbst- und Fremdbildern im Kontext von Machtverhältnissen sowie die Mechanismen und Hintergründe der Gestaltung jener Bilder. Zudem stellt sie die wesentliche Frage, wie im Sinne des Gleichheits- und Gerechtigkeitspostulates für alle Menschen mit den jeweiligen Differenzen umzugehen sei. Ihr Ausgangspunkt ist der geopolitische und kulturelle Begriff der westlichen Welt, basierend auf dem europäischen Kulturraum, der sich im Laufe der christlich-abendländischen Geschichte entwickelte und immer noch davon geprägt ist, wie sie betont. Die von Rommelspacher hervorgehobenen historischen und gegenwärtig relevanten Eckpfeiler: die *Moderne* in bezug auf Zivilisation und Barbarei, deren Projekt durch Fortschritt und Emanzipation, gleichzeitig aber durch Unterdrückung der Anderen charakterisiert wird; die *europäische Bildung* der Nation als ethnischem und politischem Kollektiv, die neue Imagines des Selbst und des Fremden institutionalisierte und als eine wesentliche Bedingung für den Ein- oder Ausschluß bestimmter Menschen bis heute definiert wird; die darin verankerte *Bedeutung des Universalismus* im Sinne des Allmachtsanspruches westlicher Werte und gleichzeitig als Ansporn für Emanzipations- und Befreiungsbewegungen im Hinblick etwa auf Menschenrechte; der *Nationalsozialismus* als ein Geschehen, das bei den sogenannten „Mehrheitsdeutschen" heute ein Schuldgefühle produziert und durch einen komplexen Projektionsprozeß im negativen Bild von Juden und Jüdinnen mündet, indem ihnen das unterstellt wird, was auf sie projiziert wird.

Die Analyse von Selbst- und Fremdbildern konfrontiert Birgit Rommelspacher sehr anschaulich mit gegenwärtig kontrovers geführten Debatten über kulturelle Differenzen im Spannungsfeld von Theorie und Praxis. So etwa diskutiert sie historische Hintergründe und aktuelle Gegebenheiten des „Feindbildes Islam" in „der westlichen Welt" oder zeigt hinsichtlich der „Kopftuchdebatte" in Deutschland die Beziehungskonflikte zwischen der eigenen und der fremden Kultur, die im Blick auf die Anderen stets auch eigene innere Widersprüche und gesellschaftliche Tabuisierungen ausdrücken. Zentral sind dabei die vielschichtigen Zusammenhänge von Kultur, Geschlecht und Religion. Wie von der Autorin gemäß ihrer bisherigen Veröffentlichungen zu erwarten war, spielen in ihrer Publikation Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus in Deutschland ebenso eine zentrale Rolle wie die Situation ethnischer Minderheiten im Verhältnis zur Mehrheit.

Nur weniges kann hier angesichts der Fülle und Komplexität des Buches herausgegriffen werden, dessen Lektüre sehr empfehlenswert ist.

Das Buch beginnt mit dem Bild des Fremden, der aus der Ferne kommt; der Gast, der heute kommt und morgen bleibt. Doch diese von Simmel entlehnte Metapher trügt. Denn der Begriff Gast zeigt gemäß der Autorin letztlich Abwehr und fungiert in Deutschland als Verlegenheitsterminologie gegenüber dem nationalsozialistischen Gebrauch des *Fremdarbeiters*. Und der Fremde wird zum Anderen stilisiert, ungeachtet, ob er aus der Fremde kommt oder immer schon da war. Das Bild vom Anderen ist dabei ständig in Veränderung, so Rommelspacher, die in ihren Analysen konsequent mehrfache Perspektiven einnimmt und die die psychoanalytische Projektionstheorie um die Beziehungsebene erweitert. Sie formuliert: „(...) das Bild vom Fremden ist weder ausschließlich ein Produkt eigener Projektionen, noch ist es ein Abbild des Anderen, sondern in dem Bild kommen vor allem die Beziehung zueinander und ihre Geschichte zum Ausdruck" (S. 10). Fremdheit gilt hierbei nicht als anthropologische Konstante, die dem jeweils Anderen anhaftet bzw. angehaftet wird, sondern als ständiges Wechselspiel von Nähe und Distanz, d. h. als „dynamische Kategorie".

Der Frage nach Ursachen des Fremd-Machens und der Mobilisierbarkeit von Fremd- und Feindbildern (wie etwa Islam im allgemeinen, Kopftuch tragende Frauen oder Juden und Jüdinnen, Roma und Sinti) geht Rommelspacher sehr differenziert nach: Neben ihrer Analyse von historischen, ökonomischen und psychologischen Motiven und dem Zusammenspiel der kollektiv-politischen und individuellen Mechanismen hebt sie immer wieder die Unterscheidung zwischen den „Spätgekommenen" und jenen, die „zuerst da waren" hervor. In jenen Fällen, wo es dem Originären, d. h. dem „Zuerst-da-gewesen-Sein", an Faktizität mangelt, wird es über die Institutionalisierung des Anders-Sein der Anderen dennoch immer wieder beansprucht und als Wirklichkeit festzuschreiben versucht. Im Zuge der Auseinandersetzung mit der Produktion von Fremd- und Feindbildern stellt die Autorin nicht zuletzt das Leistungsprinzip innerhalb der Gesellschaft kritisch in Frage, mit dem im neoliberalistischen Ton Gleichheit der Chancen und Möglichkeiten vorgespielt wird.

Der politischen Frage, wie Menschen an einem Ort adäquat miteinander leben können und wie mit Differenzen gerecht umzugehen sei, geht Rommelspacher Schritt für Schritt nach, um schließlich ein bestimmtes Modell des Zusammenlebens zu forcieren. In kritischer Weise diskutiert sie hierbei divergierende Konzepte des Multikulturalismus auf theoretischer und praktischer Ebene: so etwa das kanadische Multikulturalismus-Konzept oder das Konzept des „affirmative action" in den USA und die Übertragbarkeit auf Deutschland.

Entgegen des mittlerweile bekannten Postulates vom „Kampf der Kulturen" spricht sich Birgit Rommelspacher letztlich für die Form des „kritischen Multikulturalismus" aus, der die Bedeutung von Ethnizität und zugleich Mechanismen der Kategorisierungen und Strategien hinterfragt, die Kulturen und Menschen als jeweils Andere hervorbringen, und der die gleichberechtigte politische Partizipation aller Menschen fordert. Seine Grenzen lassen sich am ehesten im Spannungsfeld von Theorie und Praxis ausmachen, d. h. im alltäglichen Miteinander-Umgehen. Pluralität und Egalität sind schließlich gemäß der Autorin gleichzeitig Voraussetzung der Anerkennung des Anderen, die ihre jeweiligen Zugehörigkeiten selbst bestimmen können sollen. Bei dieser Anerkennung kommt es Birgit Rommelspacher zufolge wesentlich darauf an, „(...) die Stimme der Anderen zu hören und ihre Perspektive aufzugreifen" (S. 217), will eine Politik der Anerkennung verwirklicht werden: national und international.

**Gudrun Perko**





# „WIR HABEN UNS NIE BESCHWERT, WENN DIE HUNDE BELLTEN"

## Goran Novaković (Wiener Integrationsfonds) (Hg.): Wir, die Zugvögel / Mi, ptice selice / Biz Göçmen Kuşlar Zehn Lebensgeschichten der ersten „GastarbeiterInnen" in Wien

**Drava: Klagenfurt/Celovec 2003; 240 Seiten; € 19,50**

Das vorliegende Buch versteht sich als Spurensuche nach den Geschichten derjenigen Menschen, die vor 30 oder 40 Jahren nach Österreich als „Gäste" eingeladen worden sind, um hier zu arbeiten. 40 Jahre nach Abschluß der ersten Anwerbeverträge, die eine vermeintlich neue Ära in der Migrationspolitik der Zweiten Republik einleiten würden, ist dieses Jubiläum klanglos an der österreichischen Öffentlichkeit vorbeigegangen. Dieser offensichtlichen Absenz im kollektiven Gedächtnis versucht *Wir, die Zugvögel* entgegenzutreten und die Menschen sprechen zu lassen, die einen maßgeblichen Anteil am Aufbau der österreichischen Wohlstandsgesellschaft haben, die jedoch in der dominanten Öffentlichkeit als das „Ausländerproblem", die „Tschuschen" und „Kanaken" oder im Gegensatz in wissenschaftlichen, kulturellen Kontexten als das neue revolutionäre/postmoderne Subjekt ausgewiesen werden.

Im Buch versammeln sich zehn Lebensgeschichten von sog. „GastarbeiterInnen" in Deutsch, Serbisch-Kroatisch und Türkisch. Die einzelnen Erzählungen bestechen durch ihre Vielschichtigkeit und Unterschiede, abseits des in den hegemonialen Diskursen homogenisierten „Anderen". Vielschichtig sind nicht nur die Reiseziele und Motivationen, das Glück in einem fremden Land zu suchen – die u. a. auf der Weigerung basieren, weiter „Frösche zu fangen und zu verkaufen, um sich Schokolade leisten zu können" –, sondern auch die Erfahrungen im neuen Land. Besonders frappant erscheint die Diskrepanz zwischen der Erwartung vom „Paradies Europa" und seiner Realität; dies widerspiegelt sich u. a. in den anfänglichen Wohnverhältnissen, die sich entgegen den vorherigen Lebensverhältnissen und Versprechungen von Landsleuten gestaltet haben: „Wir haben in der Türkei gehört: ‚Hier ist es modern und entwickelt: Drücke auf den Knopf und setz dich hin! Drücke auf den Knopf und stehe auf!'."

Die Interaktionen mit Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft sind ebenfalls differenziert. Sie reichen von der Weigerung, ein Quartier zur Verfügung zu stellen, weil vergessen wurde, „Grüß Gott" zu sagen, über nachbarliche Beschwerden wegen Kindergeschrei (hingegen: „Wir haben uns nie beschwert, wenn die Hunde bellten!") und polizeiliche Übergriffe, hin zu Freundschaft und aktiver Unterstützung in der Meisterung des neuen Lebens. Viele der Erzählenden weisen auf die Hilfsbereitschaft von Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft, vor allem in den Anfängen, hin, deren Einstellung sich jedoch in den letzten Jahren zunehmend zum Negativen entwickelt habe.

So unterschiedlich die Erfahrungen der einzelnen ProtagonistInnen auch sein mögen, vielen ist die anfängliche Vorstellung von der baldigen Rückkehr ins

Herkunftsland gemeinsam sowie der Wille und die Kraft, individuellen wie strukturellen Hindernissen im Alltag entgegenzutreten, was unter anderem in einer erfolgreichen Klage gegen die Fremdenpolizei münden kann.

*Wir, die Zugvögel* bietet einen spannenden Einblick in die österreichische Geschichte, in der MigrantInnen als SpezialistInnen und LebenskünstlerInnen auftreten, und beginnt mit der Botschaft, mit der es auch endet: Das ist erst der Auftakt!

**Vida Bakondy**

# DAS AUFSPÜREN VERSCHWIEGENER GRENZEN

## Eure Sprache ist nicht meine Sprache. Texte von Migrantinnen in Österreich

**Milena Verlag: Wien 2002; 181 Seiten, € 15,50**

„Als feministischer Verlag ist es Teil unseres Selbstverständnisses und Programms, Grenzen in Frage zu stellen und verschwiegene Grenzen aufzuspüren", schreiben Karin Ballauff und Martina Kopf im Nachwort zu diesem in der Reihe „Dokumentation" erschienenen Sammelband. Und es gelingt ihnen, mit einem unaufdringlich, aber sorgfältig gestalteten Buch an jene vielfältigen Grenzen heranzuführen, mit denen Migrantinnen konfrontiert sind.

Zwanzig in Österreich lebende Frauen aus elf Ländern, von Brasilien bis Polen, schreiben und beschreiben in diesem Buch ihre Erfahrungen, Perspektiven und Ausschnitte ihrer Lebensgeschichten. Dank der freien Themenwahl und eines bewußt offenen Konzepts vereint die Sammlung Erfahrungs- und Lebensberichte, literarische Texte von unbekannteren Literatinnen ebenso wie von bereits etablierteren, Interviews, Analysen und Essays von Wissenschafterinnen und Sozialarbeiterinnen. Gerade diese Collage und Gegenüberstellung ist es, die den Sammelband auszeichnet. Es ist ein vielfältiges, differenziertes und widersprüchliches Schreiben, das den LeserInnen und hoffentlich auch einigen angehenden Autorinnen „Lust auf mehr" machen kann.

PS: Der Titel „Eure Sprache ist nicht meine Sprache" ist einem ebenfalls sehr empfehlenswerten Buch des Milena Verlags entnommen: *Die Sprache des Widerstandes ist alt wie die Welt und ihr Wunsch. Frauen in Österreich schreiben gegen Rechts*, ausgezeichnet mit dem Bruno-Kreisky-Anerkennungspreis für das politische Buch des Jahres 2000.

**Anita Konrad**

# NICHT NUR DIE „KULTURELLE ELITE“

**Gerhard Botz, Ivar Oxaal, Michael Pollak, Nina Scholz (Hg.): Eine zerstörte Kultur Jüdisches Leben und Antisemitismus in Wien seit dem 19. Jahrhundert**

**Czernin Verlag: Wien 2002; 448 Seiten, € 39,80**

Beim vorliegenden Band handelt es sich um eine neu bearbeitete und erweiterte Auflage der Dokumentation eines Kolloquiums, das im Jahr 1985 am Institut Autrichien in Paris stattgefunden hat. Für die Neuauflage wurden nicht nur einzelne Beiträge überarbeitet, sondern es kamen rund ein Drittel neuer und spannender Artikel hinzu. Deren inhaltlicher Schwerpunkt liegt vor allem auf der Entwicklung jüdischen Lebens in Österreich und im Exil nach 1945 (Albert Lichtblau, Helga Embacher, Ruth Beckermann). In personeller Hinsicht auffallend ist die im Vergleich zur ersten Auflage stärkere Präsenz weiblicher Autorinnen. Dazu gehört etwa Marsha L. Rozenblit, die grundlegende Arbeiten zum österreichischen Judentum verfaßt hat und deren Beitrag sich mit dem Verhältnis von Segregation, Anpassung und Identität der jüdischen Bevölkerung vor und nach dem Ersten Weltkrieg auseinandersetzt. Einen guten Überblick über die Komplexität des politischen Antisemitismus im Wien der Zwischenkriegszeit bietet der Aufsatz von Bruce F. Pauley. Weitere Untersuchungen der vielfältigen Varianten des Antisemitismus beschäftigen sich mit dessen spezifischen Ausprägungen in Österreich (Peter Pulzer, Sigurd P. Scheichl, Robert S. Wistrich). Sehr aufschlußreich, insbesondere für christlich sozialisierte LeserInnen, sind m. E. die Beiträge zum katholischen Antisemitismus (Anton Staudinger, Michael Ley). Nina Scholz kommt in ihrer Analyse antisemitischer Argumentationsmuster in Wiener Pfarrblättern der Zwischenkriegszeit zu dem Schluß, daß eine Unterscheidung zwischen dem sogenannten modernen rassischen und dem religiösen Antisemitismus nicht aufrechtzuerhalten ist. Den „Körberljuden“, eine Figur in einer Kreuzigungsszene im Kreuzgang der Hernalser Kalvarienbergkirche, die früher von KirchgängerInnen angespuckt wurde (weil sich im Korb die Nägel befinden, mit denen Christus gekreuzigt wurde), gibt es in dieser Kirche immer noch! – wenn auch mit einem daneben angebrachten Begleittext.

Ein zentrales Kapitel ist jenes von Gerhard Botz, in dem er in komprimierter Form über Ausgrenzung, Beraubung und Vernichtung des Wiener Judentums unter der nationalsozialistischen Herrschaft berichtet. Einen besonderen Stellenwert haben die autobiographischen Schilderungen jener Autoren, die die Zeit als Verfolgte selbst erlebt haben (Richard Thieberger, George Clare). In ihren Beiträgen ist etwas zu spüren von der Vielfältigkeit jüdischen Lebens jener, die nicht zur kulturellen Elite Wiens gehörten (zur Diskussion darüber siehe: Steven Beller, Ernst Gombrich und Michael Pollak).

Arbeiten zum alltäglichen Leben dieser unbekannten Mehrheit des Wiener Judentums kommen in diesem Buch m. E. zu kurz. So wie es auch durchaus wert gewesen wäre, auf jene Frauen genauer einzugehen, die im Buch abgebildet sind. Auf Ruth Langer beispielsweise, jener Hakoah-Schwimmerin und Staatsmeisterin im 100-Meter-Kraulbewerb, die sich 1936 als 15jährige, ebenso wie die 17jährige Judith Deutsch, geweigert hatte, an den Olympischen Spielen in Berlin teilzunehmen. Für diesen Akt des Widerstands, nämlich – in Übereinstimmung mit den Beschlüssen des „Makkabi-Weltverbandes“ jüdischer Sportvereine – aufgrund ihrer Weigerung als jüdische Sportlerinnen, in einem Deutschland unter nationalsozialistischer Herrschaft an einer Weltmeisterschaft teilzunehmen, wurden beide aus der „Österreichischen Sport- und Turnfront“ ausgeschlossen.

**Elisabeth Malleier**

# VON DER STIGMATISIERUNG ZUM MODELL DER KOEXISTENZ

**Jean-Pierre Liégeois: Roma, Sinti, Fahrende**

**Edition Parabolis: Berlin 2002. Interface-Reihe Bd. 17; 405 Seiten, € 38,-**

Mit der EU-Osterweiterung rücken die Fahrenden wieder ein wenig mehr ins Blickfeld der Öffentlichkeit, meist jedoch nur im Rahmen eines EU-Anforderungskatalogs an die Beitrittskandidaten. Für die Gemeinschaft der Roma und Sinti geht es angesichts des Standes der Integration, schwerer Menschenrechtsverletzungen und rassistischer Übergriffe, die gerade in osteuropäischen Staaten seit dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ zugenommen haben, noch immer vor allem darum, das negative und stereotype Bild, das sich andere von ihnen machen, aufzuwerten und ins Positive zu wenden. Das Buch *Roma, Sinti, Fahrende*, das auf einer bereits 1985 vom Europarat veröffentlichten Arbeit beruht, stellt sich hinter dieses Ziel.

Die Neuauflage enthält neben grundlegend aktualisierten Fakten eine Ausdehnung der untersuchten Länder, was durch die Veränderungen nach 1989 notwendig wurde. Sie ermöglicht dem Autor, mehr als 15 Jahre nach der ersten Veröffentlichung über Weiterentwicklungen zu informieren und die Ergebnisse des ersten Buchs zu analysieren. Die Untersuchungen sind darüber hinaus das Ergebnis einer Zusammenarbeit von mehr als 40 ExpertInnen aus fast allen europäischen Ländern. Somit vermittelt dieser Band einen aktuellen, informativen und gut verständlichen Gesamtüberblick über die unterschiedlichen Aspekte einer so komplexen Situation wie die der Roma, Sinti und Fahrenden. Eine Situation, die der Autor für einen europäischen Kontext als paradigmatisch bezeichnet. „Es geht um nichts weniger, als aus einem Beispiel der Stigmatisierung ein Modell der Koexistenz zu machen. Somit kann aus einem ‚Problem der Integration' ein Modell der Integration in die Europäische Union werden, sofern man die Roma als einen Vektor der Integration in die Europäische Union begreift.“

Liégeois geht es um das umfassende Bild einer europaweiten Problematik, daher sind oft nicht einzelne Fakten, sondern die Struktur und das Gesamtbild betont. Die Ereignisse werden in einen größeren Zusammenhang eingeordnet, zum besseren Verständnis und um eine über den konkreten Einzelfall hinausreichende Untersuchung zu ermöglichen. Das Buch versteht sich auch als Beitrag zu den seit Beginn der 80er Jahre geforderten Informationsmaterialien, die die Kenntnisse über Roma und Sinti und damit ihr Ansehen und die Behandlung der Volksgruppe verbessern sollen. Zwischen der Ausrichtung auf die vorrangige Zielgruppe (LehrerInnen, MitarbeiterInnen regionaler und lokaler Behörden, die nichts oder erst wenig über die behandelten Themen wissen) und der Vermittlung komplexer soziokultureller Daten ist eine gute Balance gelungen. Besonders die Schlußbemerkungen und Analysen sind all jenen, die im Unterricht, in Initiativen oder Projekten tätig sind, zu empfehlen. Es wird eine wertvolle Hilfe sein, die eigenen Erwartungen mit den aus langjähriger Erfahrung gezogenen Schlüssen des Autors zu vergleichen.

**Anita Konrad**





# IM APRIL 2003

Schwer hat man es als Vertreter einer Minderheit heutzutage, wenn die Welt auf dem Kopf steht ... also, eigentlich: auf den Haupt steht. Denn obwohl es uns im Moment nicht gerade gutgeht, ist unser Parteiobmann und Vizekanzler überaus populär. Wenn er nur den Mund aufmacht, halten sich die Menschen schon den Bauch vor Lachen und johlen prustend: „Ja, ja, ich sage in aller Klarheit ...“ – das kommt gut an im Lande. Aber was haben wir davon, wenn eine Wahl nach der anderen in die Hose geht.

Nehmen wir Graz. Das war einmal die Hauptstadt der Bewegung, und mit dem Alexander Götz haben wir dort sogar einmal den Bürgermeister gestellt. Und was ist jetzt? Wir haben eine gehörig aufs Haupt bekommen, und ein einziger Kummerl 20 Prozent. Oder Niederösterreich: Da ist der Vorarlberger Ewald Stadler extra vom Westen in die Ostgebiete gezogen, um für die Aufnordung zu sorgen, als Parteiobmann hatten wir den Ernest Windholz, einen stattlichen Mann, ehrlich und treu, und einen Spitzenkandidaten namens Marchat, dem man nichts nachsagen konnte, also auch nichts Schlechtes. Der wollte Hecht im Karpfenteich sein – und war zum Schluß nicht einmal ein Sardellenringerl. Das Ergebnis: Über 53 Prozent haben die schwarzen Prölleten gewählt, und nur 4,5 Prozent uns. Drei Viertel unserer früheren Wähler haben den blauen Hut genommen und ihn in die Ecke geschmissen – sogar die grüne Bedrohwitsch hat fast doppelt soviel Stimmen wie wir!

Aber ich habe es ja kommen sehen. Der Chef ist nur mehr ein Schatten von einst, selbst sein Aschermittwochsauftritt war eine lahme Angelegenheit. Ob das damit zusammenhängt, daß seine ältere Schwester in der Regierung sitzt? Das ist übrigens der neue Zug in der erneuerten Koalition, daß alles in der Familie bleibt. Wenn das so weitergeht, haben wir bald Zustände wie im ORF. Jedenfalls schreibt der Chef jetzt Bücher und will arabische Außenminister in Kärnten ansiedeln. Aber damit kommen wir auch nicht wirklich in die Offensive.

Wobei ich nicht weiß, ob es wirklich gescheit war, daß wir wieder in die Regierung gegangen sind. Im Moment ist das ja so: Der Schüssel geht am Haupt und am Schweitzer vorbei und brunzt sie an. Darauf sagt der Schweitzer: „Schau, Herbie, es regnet!“ Überhaupt, der Schweitzer. Überall hat er schreiben lassen, was für ein riesiger Marathonläufer er ist, und dann läuft ihm sogar die eigene Frau davon. Kein Wunder, daß das dann auch unser Wähler tun. Und ein wirklicher Aufschwung im Fußball ist auch nicht festzustellen, seit er für den Sport zuständig ist – 0:4 ausgerechnet gegen die Benes-Dekretins!

Aber die Leute sind selbst schuld. Sie haben gewählt, wovon sie überzeugt sind: Wolfgang Schüssel und Alf Poier. Wenn ich an das Ende denke, graust's mir. Aber wenigstens beim Eurovision-Songcontest sind wir als FPÖ nicht mitverantwortlich wie leider in der Regierung. Da seh' ich im Moment nur schwarz. Denn die Leute bei uns im Wirtshaus wollen partout nicht begreifen, daß es nur zu ihrem Besten ist, wenn wir das Steuergeld für Abfangjäger und dicke Dienstautos statt für Pensionen und Bildung ausgeben. In der letzten Zeit wird es fast bedrohlich. Da hab' ich gesagt: „Wir müssen alle den Gürtel enger schnallen!“ Und da hat der Genosse Rotlauf gesagt: „Stimmt, Kahlauer, aber um deinen Hals!“ Und da haben alle blöd gelacht, die Trotteln.

Gut, manches kommt mir auch komisch vor. Was ist dem Vizekanzler und Sozialminister bei seiner Aktion Waldersdorff eingefallen? Die verdient sich noch depperter (und zwar an einem Tag so viel wie drei Arbeitslose im Monat), wenn sie als Society-Gräfin arbeitslosen Frauen feine Lebensart beibringt. Und wofür? Gehen die arbeitslosen Frauen dann zum Billa zum Vorstellungsgespräch, sagen: „Ich kann den Hofknicks, für den Fall, daß die englische Königin vorbeikommt wegen einer Schachtel Alma Rahm“, und schon haben sie den Job?

Darüber reden sie alle, und nicht über die Schwarzen. Dabei hat der selbsternannte beste Abgeordnete und Doppelabcasher, Günther Stummvoll, ein Geheimnis gelüftet. Bei der Parlamentsdebatte vor den NÖ-Landtagswahlen hat er zu den Grünen gesagt: „Sie, meine Damen und Herren, wechseln den Parteinamen so oft wie normale Leute ihre Unterwäsche! Achtmal in fünfzehn Jahren haben Sie den Parteinamen gewechselt!“ Erstaunlich, was für den Herrn Stummvoll normal ist. Irgendwie glaub' ich, muß der mittlerweile ja schon ganz schön streng riechen. Wenn das einer von uns gesagt hätte, wäre wieder ein Geschrei im Land gewesen. Aber sagt's der schwarze Ober-Rhetor, halten es die Medien unter der Tuchent. Wir haben halt keinen Ministersohn als ZIB 1-Moderator beim ORF.

Überhaupt machen wir die falsche Personalpolitik. Unsere Minister treten meistens so schnell zurück, daß wir sie nicht in staatsnahe Jobs entsorgen können. Immer wieder fragen mich die Leute: „Was macht eigentlich die Sickl? Der Krüger? Die Forstinger? Der Schmid? Die Riess-Passer? Der Reichhold? Müssen die eh nicht verhungern?“ Nur der Westenthaler hat einen guten Job gefunden, beim Stronach. Jetzt kann er den heimischen Fußball zugrunde richten – da hat er auch nicht viel zu arbeiten dabei.

Da fällt mir ein: Beruflich schaut es auch bei mir nicht gut aus. Ich hab' vergeblich versucht, irgendwo eine Bankräuber-Ausbildung zu machen, weil ich meiner neuen Generalsekretärin imponieren wollte, der schönen Magda. Aber das wird nirgends angeboten. Und so auf eigene Faust, ich weiß nicht. Vielleicht schreib' ich einmal an den Parteiobmann, ob in seiner Männersektion VI/6 noch ein Platzerl frei ist. Dafür wär' ich nämlich schon qualifiziert.

Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt A-6020 Innsbruck

P.b.b. Bürgerinitiative Demokratisch Leben/Stimme-Nr.: 46

Aufgabepostamt A-9020 Klagenfurt

Zul.-Nr.: GZ 02Z031717 S

Rücksendeadresse:

Initiative Minderheiten
Gumpendorferstraße 15/13
A-1060 Wien

.KUNST
bundeskanzleramt

WIR ALLE SIND WIEN
WIENER INTEGRATIONSFONDS

GRÜNE
BILDUNGS
WERKSTATT
MINDERHEITEN

STADTPLANUNG WIEN

tirol Kultur

Bureau de poste
A-9020 Klagenfurt
(Autriche)
Taxe perçue – Envoi à taxe réduite